

Ulrich Brand, Katharina Pühl, Stefan Thimmel (Hrsg.)

WOHLSTAND – WIE ANDERS?

LINKE PERSPEKTIVEN

5

MANUSKRIPTE NEUE FOLGE
ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Ulrich Brand, Katharina Pühl, Stefan Thimmel (Hrsg.)

Wohlstand – wie anders?

Linke Perspektiven

Ulrich Brand, Katharina Pühl, Stefan Thimmel (Hrsg.)

WOHLSTAND - WIE ANDERS?

LINKE PERSPEKTIVEN

Rosa-Luxemburg-Stiftung

IMPRESSUM

MANUSKRIPTE – Neue Folge wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V.i. S. d. P.: Marion Schütrumpf

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-864X · Redaktionsschluss: Mai 2013

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

INHALT

Einleitung	7
------------	---

1 ERFAHRUNGEN AUS DER ENQUETE-KOMMISSION

Norbert Reuter: Mission Impossible – Koalition verweigerte sich zentralen Debatten	14
Ulla Lötzer: Produktives Scheitern	19
Kai Kuhnhenh, Christopher Laumanns: Ein Herz für den Bundestag – Die Enquete kurz zusammengefasst	22
Hans Thie: Ungenießbarer Zahlensalat – In der Masse verharmlosender Indikatoren ist der Enquete-Auftrag untergegangen	26
Literatur zum Thema Wohlmstandsmessung	29

2 PERSPEKTIVEN UND VERKNÜPFUNGEN

Daniela Gottschlich: Kritische Wissenschaften zwischen Krise und Vision	32
Jana Flemming, Michael Popp: Einführung zum Sondervotum	37
Bundestagsfraktion DIE LINKE, Sachverständiger Ulrich Brand, Sachverständiger Norbert Reuter: Sozial-ökologische Transformation als demokratischen, gerechten und emanzipatorischen Prozess gestalten – Sondervotum zur Enquete-Kommission	39
1. Einleitung	39
2. Schwerpunkte	43
2.1 Deregulierte Finanzmärkte als Problemverursacher	43

2.2 Armut trotz Wachstum	44
2.3 Prekäre Arbeit trotz Wachstum!	45
2.4 Abnehmende Wachstumsraten und die Folgen	47
2.5 Herausforderungen zur Sicherung des Sozialstaates	48
2.6 Wohlstand neu messen	50
2.7 Wachstum und Ressourcenverbrauch	52
2.8 Kritik an der Finanzialisierung der Natur und am Emissionshandel	54
2.9 Ökologische Grenzen einhalten und Produktions- und Lebensweise umbauen	55
2.10 Nachhaltiger Konsum zwischen individueller Verantwortung und politischer Gestaltung	56
2.11 Demokratisierung der Wirtschaft und die Rolle der Zivilgesellschaft	59
Jana Flemming: Wohlstand und Konsum – Kritische Perspektiven	60
Kristina Dietz, Jutta Kill: Energie – wie anders?	66
Sabine Leidig: Mobilität für alle – mit weniger Verkehr	70

3 AUSBLICKE

Judith Dellheim: Den Alltag verändern	74
Sabine Leidig: Wohlstand anders! Und die LINKE?	77
Michael Brie: Vom Wachstums- zum Transformationsdiskurs	80
Steffen Kühne: Wachstumskritik – Modethema oder Denkeinstieg für das ganz Andere?	83
Katharina Pühl, Jan-Philipp Vatthauer: Konferenzbericht	87

Verzeichnis der AutorInnen	89
-----------------------------------	----

EINLEITUNG¹

Die Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft» des Deutschen Bundestags hat im April 2013 nach gut zweijähriger Tätigkeit ihre Ergebnisse in Form eines Abschlussberichts vorgelegt. Darin werden drängende Probleme und zukunftsweisende Fragen diskutiert, die auch für linke Positionen wichtig sind. Ausgangspunkt der Untersuchung war die Frage, «ob die Orientierung auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausreicht, um Wohlstand, Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt angemessen abzubilden» (aus dem Antrag zur Einsetzung der Kommission im Herbst 2010).

Mit Enquete-Kommissionen verfügt das Parlament über ein Instrument, parteiübergreifend und über die Tagespolitik hinaus besonders gesellschaftsrelevante Themen und Problemstellungen aufzugreifen, intensiv zu bearbeiten und Empfehlungen zu ihrer Bewältigung abzugeben. Wenn dies gelingt, können solche Untersuchungen einen Beitrag zur gesellschaftlichen Konsensfindung leisten und die notwendige Grundlage bieten für eine neue, reformorientierte Politik. Zumindest aber werden bei einer entsprechenden analytischen Tiefe die grundlegenden Differenzen in der politischen Auseinandersetzung deutlich.

Die Ergebnisse der Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» sind ambivalent und, gemessen an den postulierten Ansprüchen, tendenziell als enttäuschend einzuschätzen. Obwohl ihre Einsetzung mit der Wirtschaftskrise 2008 ff und sinkenden oder gar negativen Wachstumsraten zu tun hat, agierte sie in einem paradoxen Umfeld: Zum einen greifen in der Bevölkerung, Öffentlichkeit und Wis-

1 Die HerausgeberInnen dieses Bandes bedanken sich bei Sabine Pongratz für die vorzügliche Unterstützung bei der Konzeptualisierung und Organisation der Konferenz und bei Jan-Philipp Vathauer, der uns ebenfalls im Vorfeld der Konferenz geholfen hat und dann bei der Erstellung dieses Heftes umsichtig die Fäden in der Hand hielt.

senschaft und sogar in Unternehmerkreisen Positionen um sich, die aus ökologischen, sozialen und ökonomischen Gründen die einseitige Orientierung am Wirtschaftswachstum hinterfragen. Zum anderen lauten die drei Kernforderungen, um die Krise zu überwinden: «Wachstum, Wachstum, Wachstum». Entsprechend hatten die in der Enquete-Kommission tonangebenden Abgeordneten und Sachverständigen aus dem Lager der Union und FDP wenig Interesse daran, neue Anstöße zu geben. Das Modell Deutschland und die Wachstumsfixierung sollten nicht infrage gestellt werden. Eine intensive Diskussion über die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise oder gar der multiplen Krise wurde weitgehend unterbunden.

Progressives Crossover

Gleichwohl gelang es, während der Arbeit und dann im Abschlussbericht einige progressive Positionen zu verankern. Hierfür einige Beispiele: Der Oppositionsbericht zum Stellenwert von Wachstum ist – trotz blinder Flecken etwa hinsichtlich feministischer Diskussionen und Forderungen – ein guter Überblick zu Vorschlägen für eine alternative Wirtschaftspolitik. Der Begriff der sozial-ökologischen Transformation könnte sich zukünftig in den Oppositionsparteien als eine Art verbindendes und tragfähiges Konzept etablieren, mit dem man Differenzen zu den inkrementellen Politikansätzen der Regierungsseite unterstreichen kann. Des Weiteren konnte in der Projektgruppe «Arbeit, Konsum, Lebensstile» und für ihren Teilbericht durchgesetzt werden, dass hier neben dem neoliberalen beziehungsweise neoklassischen Verständnis von Arbeit ein weiter gefasster Arbeitsbegriff Verwendung findet, bei dem es um gute Arbeit geht (gerichtet gegen die immer weitere Prekarisierung einer wachsenden Zahl von Menschen) sowie um eine Aufwertung der vielfältigen Tätigkeiten und Aufgaben jenseits der Erwerbsarbeit, die für den individuellen und gesellschaftlichen Wohlstand so wichtig sind. In dieser Projektgruppe spielten zudem Diskussionen um Arbeitszeitverkürzung und emanzipatorische Formen der Arbeitsflexibilisierung und die Frage, wie sich diese auf die Systeme sozialer Sicherung auswirken, eine wichtige Rolle. Dies war übrigens die einzige Gelegenheit, bei der Einsichten der feministischen wissenschaftlichen und politischen Diskussion in der Kommissionsarbeit systematisch Berücksichtigung fanden.

Progressive Politik hat mit geteilten Problemwahrnehmungen und gemeinsamen Strategien, aber auch mit solidarisch diskutieren Differenzen zu tun, mit Respekt vor anderen Positionen und mit Vertrauen. In diesem Sinne fand ein überaus spannender Crossover-Prozess der Kommissionsmitglieder der Oppositionsparteien und der von ihnen berufenen Sachverständigen im Rahmen der gemeinsamen Arbeitstreffen statt. Mindestens genauso wichtig waren – unterstützt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung – Diskussionen und Kooperationen mit VertreterInnen kritischer zivilgesellschaftlicher Organisationen. Die Erkenntnis, dass es sich bei der derzeitigen Krise um eine multiple und eher strukturelle Krise und nicht nur um eine wirtschaftliche Konjunkturkrise,

wie mehrheitlich von den Regierungsparteien behauptet, handelt, ist ein einigendes Band. Dementsprechend fällt auch das «Vertrauen in die Marktkräfte» nicht allzu hoch aus, vor allem dann nicht, wenn diese in Zukunft nicht stärker politisch und gesellschaftlich eingebettet beziehungsweise eingeeht werden. Die bereits erwähnte Konzeption einer sozial-ökologischen Transformation könnte künftig eine Art gemeinsames Dach bilden, unter dem verschiedene Vorschläge und Strategien diskutiert werden können.

Differenzen innerhalb der Opposition gibt es dagegen beim Grundverständnis von Kapitalismus und sozialer Marktwirtschaft und der Einschätzung hinsichtlich deren Reformierbarkeit. Inwieweit sind der Staat und staatliche Politik auf nationaler wie internationaler Ebene selbst Teil des Problems und macht es überhaupt Sinn, den Emissionshandel neu zu ordnen, oder ist es nicht besser, ihn abzuschaffen? Auch die Potenziale der sogenannten Green Economy schätzt man durchaus unterschiedlich ein. Fragen von Macht und Herrschaft als Verursacher vieler Probleme wurden systematisch nur von der Partei Die LINKE und ihren Sachverständigen aufgeworfen. Gleichsam sollte mit Norbert Reuter, Ökonom im Bereich Wirtschaftspolitik beim Bundesvorstand der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und einer der Sachverständigen für die LINKE, darauf hingewiesen werden, dass in dem durchaus heterogenen Bericht der Enquete-Kommission noch viele «ungehobene Schätze» liegen.

Linke Positionen und Spannungsfelder der Linken

Die Partei DIE LINKE und ihre Sachverständigen haben in einem ausführlichen Sondervotum zu bearbeiteten Themen der Enquete, das in diesem Heft dokumentiert ist, ihre in der Kommission vorgebrachten bzw. entwickelten politischen Positionen zusammengefasst. Diesbezüglich war die Teilnahme an der Enquete-Kommission hilfreich, weil darüber hoffentlich ein überfälliger Diskussionsprozess angestoßen werden konnte. Viele Ähnlichkeiten bestehen mit dem «Plan B – das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau», den die Bundestagsfraktion der LINKEN in den letzten zwei Jahren ausgearbeitet hat. In der Arbeit der Enquete-Kommission und in den damit zusammenhängenden Diskussionen haben sich einige Spannungsfelder gezeigt. Diese müssen künftig stärker in den Blick genommen und produktiv bearbeitet werden.

Zentral scheint uns: Die LINKE als Partei und die ihr nahestehenden Organisationen sind Teil und Ausdruck einer pluralen gesellschaftlichen Linken, in der sich durchaus unterschiedliche politische Strömungen versammeln. Einige bestehen darauf, dass aufgrund der zunehmenden und ungerechten Umverteilung von unten nach oben die Linke in diesem Land vor allem die Verteilungsfrage bei Einkommen und Vermögen stellen muss. Keynesianische wirtschaftspolitische Positionen gehen in diese Richtung und plädieren für staatliche Interventionen und Investitionen, insbesondere in der Krise. Sie sehen zu Recht weniger ein staatliches Schuldenproblem, sondern eines der zu geringen Einnahmen. Wirtschaftliches Wachstum wird hier wei-

terhin als wichtig erachtet. Feministische, sozial-ökologische und antikapitalistische Strömungen stehen eher für andere Modelle von Arbeit und Arbeitsteilung, für andere Produktions- und Lebensweisen. Insbesondere der gesellschaftlich umfassende Anteil nichtbezahlter Sorgearbeiten muss auch in Fragen nach neuen Verteilungsweisen und -kriterien systematisch eingebracht werden. Hier tut sich eine politische Spannung auf: Denn die radikale Kritik am Bestehenden ist auch vielen innerhalb der Linken verdächtig, wird als «utopisch» oder weltfremd abgetan. Die unterschiedlichen Positionen schließen sich per se nicht aus, doch sie ergänzen sich auch nicht einfach. Die Differenzen müssen offengelegt und diskutiert werden.

Daran anschließend stellt sich die Frage: Wie werden Beschäftigte und Gewerkschaften, soziale Bewegungen und kritische Umweltverbände, progressive UnternehmerInnen und kritische WissenschaftlerInnen zu handelnden Akteuren und gleichzeitig eingebunden in ein plurales linkes Projekt? Ein weiteres Spannungsfeld ergibt sich aus einer transnationalen Perspektive: Wie kann ein internationalistisches Projekt formuliert werden, das Wohlstand für alle Menschen ermöglicht, aber sich deutlich unterscheidet von dem als erfolgreich gepriesenen gegenwärtigen «Entwicklungsmodell», das darin besteht, mit brachialen, destruktiven undemokratischen Mitteln sowohl die Natur als auch die Arbeitskraft von Menschen vor allem für den Weltmarkt in Wert zu setzen? Unbestreitbar konnten viele Menschen in den Schwellenländern in den letzten Jahren der Armut entfliehen. Doch was ist der Preis der brutalen Industrialisierung – auch der Landwirtschaft –, wenn Menschen von ihrem Land vertrieben werden und sich in den Exportfabriken verdingen müssen? Was wäre angesichts dessen ein Internationalismus auf der Höhe der Zeit? Zuvorderst bestünde er offenbar in der sozial-ökologischen Transformations- und Lebensweise hierzulande, um den Druck von den globalen Ressourcenströmen zu nehmen und um Glaubwürdigkeit zu gewinnen gegenüber den Menschen in anderen Weltregionen. Doch wie kann das politisch angegangen werden? Internationalismus bedeutet auch, kritische Debatten zur Kenntnis zu nehmen und aufzugreifen, die in anderen Teilen der Welt stattfinden oder von dort angeregt werden; zum Beispiel die Kritik an den in der Enquete-Kommission wichtigen Begriffen von «Entwicklung» und «Moderne».

Deutlich wurde: Auswege aus der Krise, die nicht neoliberal und/oder autoritär sind, aber auch nicht den möglicherweise falschen Versprechungen einer ökokapitalistischen Modernisierung auf den Leim gehen (Stichwort: Green Economy), müssen Visionen und Pfade einer attraktiven Produktions- und Lebensweise für die Mehrheit der Menschen entwickeln. Das hat viel mit marktvermittelter Produktion und Konsum zu tun, mit gesellschaftlichen Debatten, was produziert und wofür gearbeitet werden soll, welche Rolle privaten Unternehmen und dem Staat beziehungsweise dem Öffentlichen zukommt, wo und wie emanzipatorische Selbstorganisation und Lernprozesse stattfinden und gefördert werden können und welchen Stellenwert in diesem Zusammenhang Zeitwohlstand und Sorge um sich selbst und um andere Menschen einnehmen sollen.

Im Bericht der Enquete-Kommission nur am Rande erwähnt, aber für linke Politik mit einem größeren Stellenwert zu versehen, sind die vielen konkreten Projekte und Experimente, die mehr oder weniger erfolgreichen «Nischen», in denen andere Produktions- und Lebensweisen bereits ausprobiert werden, in denen gelernt werden kann, Fehler gemacht, aber auch positive Erfahrungen – hoffentlich mit Unterstützung der Politik und nicht gegen sie – ausgetauscht und Ansätze auf Dauer gestellt werden können. Inwieweit diese «kleinen» Projekte mit den «großen» Erzählungen etwas zu tun haben und ob sie überhaupt in einen Zusammenhang gestellt werden sollen, ist eine offene Frage. Auch hier hätte linke Politik zu lernen, nämlich wie Selbstermächtigung und Ermöglichung konkret aussehen können.

Die Fragen und einige Antworten zeigen: Für die Klärung und Formulierung eines linken Projekts einer an Solidarität und ökologischer Nachhaltigkeit ausgerichteten Lebensqualität und einem entsprechenden Wohlstand war die Enquete-Kommission wichtig. Die Erfahrungen zeigen aber auch – und das ist für die gesellschaftliche wie parteipolitische Linke mit ihren politischen Ansprüchen wichtig –, dass Themen besonders dann langfristig einen Stellenwert in der Gesellschaft erhalten, wenn sie von sozialen Bewegungen auf die Tagesordnung gesetzt werden – sei es die Kritik an einem erwerbszentrierten Arbeitsbegriff oder an großen Infrastrukturprojekten oder sei es die Forderung nach der Stärkung der Gemeingüter (Commons) oder der solidarischen Ökonomie.

Die vorliegenden Beiträge wurden im Anschluss an die inhaltlich produktive und zudem sehr gut besuchte Konferenz «Wohlstand – wie anders. Linke Perspektiven nach der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» im April 2013 in Berlin zusammengestellt. Auf der Tagung haben wir wichtige Anschlüsse und offene Fragen diskutiert. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung als Ausrichterin der Konferenz hat sich von Beginn an in den Arbeitsprozess der Enquete-Kommission eingebracht. Mit den vorliegenden Beiträgen hoffen wir, zur politischen Klärung, zur Präzisierung von Problemen und zur Formulierung angemessener linker politischer Strategien beizutragen. All dies geschieht aufgrund der Annahme, dass die Überwindung der multiplen Krise des Kapitalismus mit emanzipatorischen, solidarischen sowie demokratischen Mitteln und nachhaltig erfolgen muss. Hier spielen die Kritik an kapitalistischen Wachstumstreibern und an kapitalistischer, patriarchaler und imperialer Herrschaft sowie ein linkes Verständnis von Wohlstand und Lebensqualität eine entscheidende, aber auch innerhalb der gesellschaftlichen und politischen Linken noch unterschätzte Rolle.

Die emanzipatorische Linke kann es sich auf Dauer nicht erlauben – will sie politisch auf der Höhe der Zeit agieren und ihre Glaubwürdigkeit nicht verlieren –, die hier aufgeworfenen Fragen zu umgehen und die – weiterhin wichtigen – Verteilungsfragen zum alleinigen Bezugspunkt ihrer Politik zu machen. Es muss eben auch gefragt werden, wie und mit welchen Zutaten der Kuchen gebacken werden soll, bevor er verteilt und gegessen wird. Er benötigt soziale und ökologische Zutaten und den

entsprechend beheizten Ofen und einen umsichtigen Umgang mit den Reststoffen. Die Beantwortung dieser Frage kann nicht den anderen gesellschaftspolitischen Kräften überlassen werden. Dafür ist ein linkes Verständnis von Wohlstand und Lebensqualität, das kluge Politiken anleiten kann, notwendig.

Ulrich Brand, Katharina Pühl und Stefan Thimmel
Berlin, im Mai 2013

1 ERFAHRUNGEN AUS DER ENQUETE-KOMMISSION

Norbert Reuter

MISSION IMPOSSIBLE - KOALITION VERWEIGERTE SICH ZENTRALEN DEBATTEN

Auftrag und Gegenstand der Ende 2010 vom Deutschen Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft» war es, den problematischen und widersprüchlichen Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Wachstum auf der einen Seite und Wohlstand und Lebensqualität auf der anderen Seite umfassend zu untersuchen. Eigentlich. Tatsächlich ist es während der 28 Monate, in der die Kommission und ihre fünf Projektgruppen tagten, aber nicht gelungen, diese Fragestellung zum zentralen Gegenstand der vonseiten der Mehrheit aus CDU/CSU und FDP dominierten Debatte zu machen. Und eigentlich gab es bereits im Vorhinein genug Hinweise, die genau auf diesen Verlauf hindeuteten.

Die Vorgeschichte

War das Auftreten und die zunehmende Ballung «multipler» Krisen – von der Umwelt- über die Verteilungs- bis hin zur Finanzkrise – in einem ersten Entwurf von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD noch eine der zentralen Begründungen für die Einrichtung der Enquete-Kommission, fehlt diese Formulierung in dem schließlich im November 2010 im Bundestag beschlossenen Einsetzungsbeschluss. Vor dem Hintergrund der veränderten inhaltlichen Ausrichtung des Einsetzungsantrags hatte die Fraktion DIE LINKE den ursprünglichen Entwurf von Bündnis 90/Die Grünen und SPD als eigenen Antrag ins Parlament eingebracht. Dieser war jedoch mehrheitlich abgelehnt worden.

Am Ende hatten die mit ins Boot geholten Fraktionen aus CDU/CSU und FDP auch dafür gesorgt, dass Wachstumskritik im Beschluss ganz gestrichen oder nur noch deutlich abgemildert auftauchte. Rückblickend scheint es fast so, als ob die Regierungsparteien, deren VertreterInnen in der Kommission die Mehrheit und damit die Argumentationshoheit innehatten, bereits zu Beginn die Devise ausgegeben hatten,

wachstumskritische Debatten zu unterbinden und demgegenüber immer und überall das hohe Lied auf die soziale Marktwirtschaft anzustimmen. Tenor: Diese habe sich bewährt. Damit verweigerte man sich schlichtweg Debatten über notwendige, umfassende Reformen, beispielsweise einer von den Oppositionsfractionen und ihren Sachverständigen für notwendig gehaltenen Diskussion über eine grundlegende sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft. Dies zeigte sich vor allem in den beiden «politischsten» und damit konfliktreichsten Projektgruppen 1 und 4, die zum einen den «Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft» und zum anderen eine «nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik» zum Thema hatten.

Keine ergebnisoffene Bestandsaufnahme

Die in der Projektgruppe 1 zu leistende grundlegende Bestandsaufnahme der Bedeutung wirtschaftlichen Wachstums für Wirtschaft und Gesellschaft war von Beginn an nicht ergebnisoffen angelegt. Letztlich ging es der Mehrheit aus CDU/CSU und FDP darum, die vergangene Entwicklung in einem möglichst rosaroten Licht zu zeichnen, sodass sich aus der Analyse entsprechend keinerlei Hinweise oder gar offensichtliche Notwendigkeiten (weiterer) staatlicher Regulierungen ableiten lassen. Auch dies konnte nicht wirklich überraschen. Hatte doch der Wortführer der wachstumsapologetischen Mehrheit, der von der FDP als Sachverständiger benannte Magdeburger Volkswirt Karl-Heinz Paqué, zeitweise FDP-Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt, bereits in einer der ersten Sitzungen der Enquete-Kommission allen Mitgliedern zur Einstimmung sein neuestes Buch mit dem programmatischen Titel «Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus» auf den Tisch legen lassen. Wenngleich einzelne VertreterInnen der Enquete-Mehrheit sichtbar mit dieser Position haderten, beschreibt der Titel des Buchs doch recht treffend den Duktus der Debattenbeiträge der meisten Mitglieder der Mehrheitsfractionen und ihrer Sachverständigen – von der ersten bis zur letzten Sitzung.

Trotz dieser Ausgangslage konnten die Mitglieder der Opposition und ihre Sachverständigen nicht von Beginn an den Appell der Vorsitzenden der Kommission, der SPD-Abgeordneten Daniela Kolbe, ignorieren. Diese hatte eindringlich an alle Enquete-Mitglieder appelliert, Kompromissbereitschaft zu zeigen, um möglichst zu gemeinsamen Positionen zu kommen. Entsprechend wurde in den einzelnen Projektgruppen um gemeinsame Texte und Formulierungen gerungen. Dies gelang in den einzelnen Projektgruppen mehr oder weniger gut – je politischer die Themen, desto schlechter. In der hochpolitischen Projektgruppe 1 wurde schließlich nach langen und mühsamen Versuchen das Ansinnen abgebrochen, einen gemeinsamen Text zum «Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft» zu formulieren. Letztlich war die Sichtweise der Koalition und ihrer Sachverständigen, die die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft alles in allem auf einem guten (Wachstums-)Weg sehen, nicht mit der Position der Opposition und ihrer Sachverständigen zu versöhnen, die von multiplen und sich weiter zuspitzenden Krisen aus-

geht. Kompromisstexte waren auch deshalb letztlich nicht möglich, weil die von den VertreterInnen der Mehrheit vorgelegten Texte sich in der Regel so lasen, als ob sie gar nicht für diese, sondern für eine Kommission mit dem Titel «Wege zu höherem Wachstum» geschrieben worden wären.

Erste alternative Berichtsfassungen

Ende Mai 2012 – also nach 17 Monaten der Konsens- und Kompromissuche und zu einem Zeitpunkt, als der Endbericht der Projektgruppe 1 eigentlich schon vorliegen sollte – waren die Oppositionsfraktionen schlussendlich geschlossen zu der Überzeugung gelangt, dass es aussichtslos sei, weiter an einem gemeinsamen Text mit der Koalition zu arbeiten. Alle von den Oppositionsmitgliedern und ihren Sachverständigen verfassten Textentwürfe wurden daraufhin «mit sofortiger Wirkung» aus der Projektgruppe zurückgezogen. Fortan wurde an zwei getrennten Berichtsfassungen gearbeitet.

Die Tatsache, dass die Projektgruppe 1 sich zu Beginn auf zu bearbeitende Inhalte und eine Gliederung verständigt hatte und diese bei der Berichterstellung weitgehend beibehalten wurden, ermöglicht nun einen direkten Vergleich der unterschiedlichen Positionen. Dies dürfte in Zukunft noch Gegenstand interessanter vergleichender Analysen werden. Die Spezifika der Darstellung der Oppositionsparteien beinhalten vor allem die Herausarbeitung der die Menschheit bedrohenden Krisen, die umfassende Kritik am Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsindikator, die Begründung der Annahme und die Diskussion der Folgen eines zukünftig niedrigen wirtschaftlichen Wachstums, die Relativierung der Schuldenproblematik im Kontext hoher privater Vermögen, die Entzauberung eines angeblichen «Beschäftigungswunders» in Deutschland, die Darstellung zunehmender nationaler wie globaler Verteilungsprobleme und schließlich die Entdramatisierung der demografischen Entwicklung mit Blick auf den Erhalt der Sozialsysteme. Während in dem Bericht der Koalition an der Notwendigkeit wie der Möglichkeit des Wachstums des Bruttoinlandsprodukts kein Zweifel gehegt wird, es sogar als notwendige Bedingung für den Erhalt und die Steigerung des Wohlstands verstanden wird, weist der Bericht der Opposition Wachstum als wirtschaftspolitisches Ziel zurück und plädiert demgegenüber für die Umsetzung konkreter Ziele. Wachstum kann sich nach diesem Verständnis dann im Ergebnis einstellen, muss es aber nicht. Eine Rückkehr zu höheren Wachstumsraten wird auch nicht als notwendige Bedingungen des Erhalts des Sozialstaats verstanden. Eines der reichsten Länder der Welt ist in der Lage, auch bei geringeren oder gar stagnierenden Zuwächsen das erreichte Niveau zu erhalten – zumal bei sinkender Bevölkerungszahl. Statt einer Fokussierung auf Wachstum muss deshalb die Lösung von Verteilungsproblemen bei Einkommen, Vermögen wie auch bei der Arbeitszeit im Vordergrund stehen.

Bei der Abstimmung im Plenum erhielt – trotz teilweise deutlicher Kritik auch einzelner Mitglieder und Sachverständiger der Koalition an der wachstumseuphori-

schen Sichtweise – der Entwurf der Koalition die Mehrheit, sodass der Berichtsentwurf der Oppositionsfraktionen und ihrer Sachverständigen als knapp 100-seitiges Sondervotum zur Projektgruppe 1 in den Endbericht der Enquete-Kommission eingeflossen ist.

Immer mehr Sondervoten ...

Vor diesem Hintergrund kann es nicht verwundern, dass auch in der Projektgruppe 4, in der politische Konsequenzen aus den Analysen der einzelnen Projektgruppen gezogen werden sollten, größere Sondervoten formuliert wurden. Eines bezieht sich auf den Abschnitt «Grundsätze nachhaltig gestalteter Ordnungspolitik in der sozialen Marktwirtschaft». Während die Koalition wirtschaftspolitische Maßnahmen getreu der im Einsetzungsbeschluss von ihr festgeschriebenen Vorgaben nur auf ordnungspolitische Rahmensetzungen reduzieren wollte, ging es der Opposition und ihren Sachverständigen um die Betonung des notwendigen Einsatzes des gesamten wirtschaftspolitischen Instrumentariums, wozu ausdrücklich auch prozesspolitische Instrumente – insbesondere die Steuer- und der Finanzpolitik – gezählt werden. Entsprechend fordert ein weiteres Sondervotum zur «zukunftsfähigen Finanzpolitik» umfassende Steuerreformen. Über erhöhte Einnahmen durch eine stärkere steuerliche Heranziehung von hohem Einkommen, Vermögen und Gewinnen soll das diagnostizierte Einnahmeproblem des Staates beseitigt und er in die Lage versetzt werden, eine ausreichende Zukunftsvorsorge vor allem im Bereich der Infrastruktur, der Bildung und der Umwelt betreiben zu können. Vonseiten der Koalition wurde demgegenüber sowohl bestritten, dass der Staat ein Einnahmeproblem hat, als auch dass er insgesamt mehr finanzielle Mittel zur Zukunftssicherung aufbringen müsse. Im Gegenteil: Statt einer Erhöhung der Staatsquote wurden zusätzliche Ausgabenreduzierungen und ein weiterer Rückzug des Staates angemahnt – nicht zuletzt unter Verweis auf die vorhandene Staatsverschuldung und die als gut und richtig erachtete «Schuldenbremse».

... aber auch Konsenstexte

Auf den ersten Blick mag es vor diesem Hintergrund überraschen, dass im Rahmen der Projektgruppe 4 ein Text zu den Finanzmärkten weitgehend im Konsens beschlossen werden konnte. Man konnte sich sogar schnell auf eine Überschrift einigen, in der explizit auf die Notwendigkeit einer «Regulierung der Finanzmärkte» hingewiesen wird. Dies war offensichtlich nur möglich, weil das Desaster umfassend deregulierter Finanzmärkte noch ganz aktuell war. Ohne die vorangegangene Finanzkrise mit ihren schwerwiegenden Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa wäre ein solches Konsenspapier nicht möglich gewesen. Die VertreterInnen der Koalition und ihre Sachverständige hätten zweifellos wie bis unmittelbar vor der Krise das hohe Lied der Vorteilhaftigkeit deregulierter Finanzmärkte gesungen und weitere Schritte der Deregulierung angemahnt. Nur einzelne Empfehlungen wie die zur Einführung

einer Finanztransaktionssteuer, zum Verbot des Eigenhandels der Banken mit Nahrungsmitteln und zur Rezeptpflicht für Finanzinnovationen und derivative Finanzinstrumente wollte die Koalition nicht mittragen, sodass hierzu kleinere Sondervoten vorgelegt wurden.

Lehren aus der Arbeit

Was lehrt uns dies? Es entsteht der desillusionierende Eindruck, dass es einer weiteren Zuspitzung der sozialen und/oder ökologischen Krise bedarf, um die unbedingten Wachstumsapologeten wie auch die Anhänger möglichst deregulierter und flexibler Märkte zu einem intensiven Nachdenken über das problematische Verhältnis von Wachstum auf der einen und Wohlstand und Lebensqualität auf der anderen Seite zu bewegen. Dann könnte es aber zu spät für ein Umsteuern in Richtung stärkerer demokratisch legitimierter Regulierung sein. Dies zu antizipieren war eigentlich Gegenstand der Enquete-Kommission, ist aber an der Mehrheit gescheitert.

Dennoch sollte nicht vorschnell von dem Scheitern der Enquete-Kommission gesprochen werden. Denn in den übrigen, thematisch stärker eingegrenzten Projektgruppen sowie in den 60 Sondervoten, die immerhin rund ein Fünftel des gesamten Enquete-Berichts ausmachen, ist es zumindest ein Stück weit gelungen, das problematische Verhältnis von Wachstum und Wohlstand aufzuarbeiten und anders gerichtete notwendige politische Schritte zu beschreiben. Diese «Schätze» gilt es in Zukunft zu heben. Insofern ist zu erwarten, dass man in Zukunft etwa von kritischen WissenschaftlerInnen wie von PolitikerInnen, Umweltverbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren öfters hören wird: «Wie schon in einem Sondervotum im Abschlussbericht der Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» aus dem Jahr 2013 zu lesen ist [...]» Damit könnte sich die Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» doch noch als recht erfolgreich erweisen. Eigentlich!

Ulla Lötzer

PRODUKTIVES SCHEITERN

Die zwei Jahre Arbeit in der Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand. Lebensqualität» würde ich zusammenfassend als produktives Scheitern bezeichnen.

Produktiv, weil die vielen Anhörungen, Plenar- und Projektgruppensitzungen und nicht zuletzt der Schreibprozess des 844 Seiten langen Berichts parteiübergreifend von echtem Erkenntnisinteresse geprägt waren. Ich nenne nur die Debatten zum Rebound-Effekt, zu im Trend sinkenden Wachstumsraten oder um die feministischen Beiträge zu einem erweiterten Arbeitsbegriff und die Kritik am Extraktivismus als ressourcenintensiver Lebensweise. Produktiv auch, weil wir uns innerhalb der drei Oppositionsparteien auf zentrale Positionen zu den Folgen der Wirtschafts-, Finanz und Umweltkrise einigen konnten:

- Das Bruttoinlandsprodukt ist kein geeignetes Maß für Wohlstand und auch keine Zielgröße für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik. Es verschleiert vielmehr soziale Ungleichheiten und den Raubbau an der Natur.
- Die multiple Krise war kein einmaliger Betriebsunfall, sondern erfordert eine umfassende Antwort im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation. Wir brauchen einen Bruch mit der herrschenden Wachstumsfixierung und Marktgläubigkeit.
- Wir stehen am Beginn einer neuen Debatte um die Entkopplung von Wohlstandsentwicklung und Ressourcenverbrauch.

Produktiv waren die Diskussionen auch, weil wir auf vielen Veranstaltungen und Konferenzen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft eine erste Debatte über einen neuen Wohlstandsbegriff und ein «gutes Leben» angestoßen haben. Zeitwohlstand, eine geschlechtergerechte Neuverteilung der Sorgearbeit und Suffizienz beziehungsweise ein maßvoller Konsum werden Themen der Zukunft sein – auch für die Partei DIE LINKE. Im Rahmen des Plan-B-Projekts («Plan B – das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau»), hat die Bundestagsfraktion schon erste Eckpunkte formu-

liert. Der Enquete-Bericht und vor allem die ausführlichen Sondervoten erweitern unsere Vorschläge für einen notwendigen sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, sei es zum Emissionshandel, zur sozial-ökologischen Transformation, zur Ressourcenschonung oder zu einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.

Gescheitert ist die Enquete-Kommission, weil erstens insbesondere in der Wachstumsfrage die Koalition weiter darauf beharrt, dass eigentlich alle Probleme dieser Welt nur durch mehr Wachstum, mehr Markt und technische Innovationen gelöst werden könnten. Gescheitert ist sie zweitens aber auch, weil sich eine große Koalition aus CDU, CSU, SPD und FDP auf ein völlig verwirrendes Tableau von 20 Indikatoren geeinigt hat, die nicht geeignet sind, das Starren auf Wachstumsraten als einzig seligmachender Zielgröße abzulösen. Damit stellt man sich aber nicht dem Problem, dass wir in den Industrieländern sowieso sinkende Wachstumsraten haben und die wesentlichen Herausforderungen nicht mehr über Wachstum lösen können. Zudem wird dabei ignoriert, dass die ökologisch-planetarischen Grenzen schon weit überschritten sind und wir Wohlstand und gutes Leben unabhängig davon sichern müssen – und das ist keine einfache Aufgabe: Denn auch wenn man hierzulande diese Grenzen noch nicht unmittelbar spürt, so gehen damit vor allem an anderen Orten der Welt bereits heute oder in absehbarer Zukunft sozial-ökologische Desaster und Konflikte einher. Andererseits reichen Konzepte einer «grüneren Wirtschaft», also die ökologische Modernisierung des Kapitalismus, nicht aus, um diese Krisen langfristig zu bearbeiten. Vielmehr sehen wir an den Diskussionen um Elektromobilität oder Biotreibstoffe, dass sie vielmehr neue Konflikte hervorrufen.

Offen ist weiterhin die angemessene Antwort auf den Rebound-Effekt, das heißt auf die Tatsache, dass technische Effizienzgewinne häufig durch mehr Nachfrage oder größere Produkte aufgefressen werden (da die Effizienzgewinne unter Bedingungen der kapitalistischen Konkurrenz zu billigeren Endverbraucherpreisen führen können). Darauf haben wir noch keine überzeugende Antwort, aber zumindest einen breiten Konsens, wohin die Reise eigentlich gehen müsste: nämlich in Richtung echter Mengengrenzungen (Caps) beim Verbrauch von Ressourcen und bei der Energieerzeugung. Auch hier stehen wir noch am Anfang, genauso wie bei der Frage, wie man Suffizienz, das heißt einen maßvollen Konsum, politisch fördern und gestalten kann, ohne in die Verzichtsfrage zu tappen.

Ein gutes Leben zeichnet sich eben nicht nur dadurch aus, dass materiell immer mehr konsumiert wird, sondern dass ich eine zufriedenstellende Arbeit und eine Arbeitszeit habe, die mir Raum und Zeit lassen für Familie, Freizeit und gesellschaftliches Engagement. Mindestlöhne und eine Beschränkung von Leiharbeit und Werkverträgen sind nur erste Schritte auf dem Weg hin zu guter Arbeit und einem guten Leben.

Ich hoffe, dass jetzt nach Beendigung der Enquete-Kommission eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung folgen wird und insbesondere zivilgesellschaftliche Gruppen die Debatte weiterführen werden. Darüber hinaus muss sich auch die LIN-

KE nach der Wahl überlegen, ob die Idee eines Jahreswohlstandsberichts aufgegriffen wird und ob eine weiterführende Enquete-Kommission eingerichtet werden soll, in der offene Fragestellungen rund um ein neues Wohlstandsverständnis weiter bearbeitet werden sollen.

Kai Kuhnhenh, Christopher Laumanns

EIN HERZ FÜR DEN BUNDESTAG - DIE ENQUETE KURZ ZUSAMMENGEFASST

Die Arbeit der Enquete-Kommission ist beendet. Ihr Auftrag war es, «die programatische Auseinandersetzung mit den Wohlstandsperspektiven Deutschlands für die nächsten Jahrzehnte, mit unserem Wohlstandsverständnis und mit den Prinzipien, mit denen die ökonomischen, gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen bewältigt werden können, voranzubringen». Nach zweieinhalb Jahren Arbeit ist ihr Ergebnis ein 844 seitenlanger Bericht aus fünf Projektgruppen mit 60 Sondervoten. Auf dem Blog Enquetewatch.de haben zwei Jahre lang zahlreiche AutorInnen die Arbeit der Kommission kritisch begleitet. In diesem Beitrag gehen wir zunächst auf die Arbeit der einzelnen Projektgruppen ein, daran schließen sich einige Einschätzungen zur gesamten Kommissionsarbeit an.

Die Projektgruppe 1, «Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft», lieferte keinen gemeinsamen, sondern zwei separate Bericht, einen von der Regierungskoalition und einen von der Opposition. Die Tatsache, dass in dieser – für die Problemanalyse so wichtigen Projektgruppe – kein gemeinsames Verständnis erreicht werden konnte, ist einerseits enttäuschend, andererseits macht sie deutlich, welche großen Konfliktlinien zwischen Regierung und Opposition verlaufen: Anscheinend entstanden die getrennten Berichte, weil sich einige Kommissionsmitglieder der Regierung geweigert hatten, über eine Wirtschaft ohne Wachstum zu diskutieren. Der Text der Regierungskoalition liest sich dementsprechend nicht wie eine Analyse des Wachstums und seiner Folgen, sondern eher wie eine Reihe von Empfehlungen, wie wirtschaftliches Wachstum gewährleistet werden kann. Die ökologischen Effekte werden dabei gar nicht erst thematisiert. Der Oppositionsentwurf hingegen bietet eine sehr gute Analyse, ist aber auch nicht ohne Widersprüche: So wird mit Bezug auf die ökologischen Krisen Wirtschaftswachstum eindeutig kritisch gesehen, andererseits ist man doch daran interessiert, dass a) die Produktivität der Erwerbstätigen steigt, um die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates zu erhalten, und b) dass die Fi-

nanzmärkte stärker reguliert werden, damit Kapital wieder in produktive Investitionen fließt.

In der Projektgruppe 2 ging es um die «Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikators». Das Dilemma, Indikatoren zu finden, die einerseits Wohlstand in seiner Komplexität erfassen, andererseits aber intuitiv verständlich sind, wurde dabei von der Regierung hinsichtlich ersterem Aspekt aufgelöst. Das Ergebnis ist eine Art *dashboard* aus zehn Leitindikatoren,² neun Warnlampen und einer Hinweislampe – eine Gewichtung dieser oder gar eine Zusammenfassung in eine Größe fehlt. Damit hat man ein Indikatorenset geschaffen, das einerseits für die Information der Öffentlichkeit ungeeignet ist und andererseits weniger Daten liefert als der bereits existierende Indikatorenbericht «Nachhaltige Entwicklung in Deutschland». Immerhin werden wohl die verschiedenen Leit-, Warn- und Hinweislampen zu einem leuchtenden Herz in den Farben der deutschen Nationalflagge zusammengefügt und als Installation in den Bundestag gehängt. Positiv am Regierungsentwurf zu bewerten bleibt allenfalls, dass der Bundestag in einem jährlichen Bericht zum Indikatorenherz Stellung nehmen soll. In diesem Zusammenhang ist die Vielzahl der Indikatoren vielleicht sogar positiv zu sehen: Es wird spannend sein, wie in Zeiten großen Wirtschaftswachstums eine schlechte Entwicklung anderer Indikatoren gerechtfertigt wird. Andersherum fragt man sich, zu welcher Gesamteinschätzung der Bundestag kommen wird, sollte das Wirtschaftswachstum stagnieren und die anderen Indikatoren sich verbessern. Die Opposition schaffte es leider nicht, sich auf ein konkurrierendes Indikatorensystem zu einigen.

Die Projektgruppe 3, «Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischer Fortschritt – Möglichkeiten und Grenzen der Entkoppelung», legte eine sehr gelungene Analyse der Wechselwirkungen zwischen Wachstum und Umwelt vor. Hier werden klar die Umweltbelastungen durch inländische Produktion und Nachfrage aufgezeigt. Ebenso deutlich wird formuliert, dass Umweltpolitik die Verteilungsfrage mitdenken muss. Hinsichtlich konkreter Handlungsempfehlungen konnte die Projektgruppe sich leider nicht einigen. Die Koalition verweist auf die europäische und globale Ebene und die Fragwürdigkeit nationaler Alleingänge. Das Oppositionsvotum beinhaltet hingegen eine lange Liste von Handlungsempfehlungen – jedoch ohne Priorisierung.

In der Projektgruppe 4 wurde eine «nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik» anhand der Felder Finanzpolitik, chemische Industrie und Klimapolitik angedacht. Das Ergebnis sind getrennte Handlungsempfehlungen, wie man sie jeweils von Koalition und Opposition erwartet hätte. Das lässt sich zum Beispiel anhand des Themas Fi-

2 Die zehn Leitindikatoren sind: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, Einkommensverteilung (nach oberen und unteren Einkommensgruppen), Staatsschulden (Schuldenstandsquote), Treibhausgase (nationale Emissionen), Stickstoff (nationaler Überschuss), Artenvielfalt (nationaler Vogelindex), Beschäftigung (Beschäftigungsquote), Bildung (Sekundarabschluss-II-Quote), Gesundheit (Lebenserwartung) und Freiheit (Weltbank-Indikator «Mitsprache und Verantwortlichkeit»).

nanzpolitik zeigen: Die Koalition singt im Bericht das Hohelied des grünen Wachstums, die Opposition bemerkt, dass Wachstum eben nicht als Allheilmittel gesehen werden darf und der Staat lieber seine Einnahmen stärken sollte.

In der Projektgruppe 5 ging es um den Themenbereich «Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile». Bezüglich des Themas Konsumverhalten macht der Abschlussbericht sehr klar, dass rein technische Lösungen bei der Umgestaltung hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft nicht ausreichen werden. Im Gegenteil: Verhaltensänderungen, Suffizienz und zivilgesellschaftlichen Innovationen kommen als Strategien wesentliche Bedeutung zu. Dabei übersahen die Mitglieder der Projektgruppe nicht, dass den Möglichkeiten der Menschen, dies zu berücksichtigen, zurzeit starke Grenzen gesetzt werden. Beim Thema Arbeitswelt gelang es zudem, drei verschiedene, den Parteivorstellungen entsprechende Bilder zukünftigen Arbeitens zu skizzieren.

Nicht alle Aspekte des Themas «Wohlstand, Wachstum und Lebensqualität» konnten in den Projektgruppen aufgegriffen werden. Das ist – mit Blick auf die Größe der Aufgabe und den gegebenen Zeitrahmen – einerseits verständlich, andererseits verwundern manche weiße Flecken sehr. Als Beispiel seien hier drei Punkte genannt:

- Die Aushöhlung demokratischer Institutionen und Prozesse durch Wachstumseffekte der modernen Marktwirtschaft, zum Beispiel durch die Beschleunigung politischer Prozesse. Eine traurige Ironie liegt darin, dass die Enquete-Kommission selbst auch unter Zeitdruck stand. Zahlreiche Mitglieder der Kommission haben angemerkt, dass insbesondere für die Entwicklung der Handlungsempfehlungen nur noch wenig Zeit zur Verfügung stand.
- Die Eurokrise und die Rolle des Wachstums durch Wettbewerb zwischen den Euroländern, insbesondere Deutschlands Rolle als Wettbewerber und Gläubiger. Der (steuerliche) Wettbewerb zwischen den Euroländern wird mittlerweile bis in die CDU hinein abgelehnt. Dies hätte ein spannendes «Einfallstor» für eine grundsätzliche Reflektion der Zusammenhänge von Wettbewerb, Wachstum und Wohlstand sein können.
- Die multiplen Krisen und Lösungsmöglichkeiten aus feministischer Perspektive. Hier ist allerdings DIE LINKE positiv hervorzuheben, die mit mehreren Sondervoten und der Einladung von Prof. Dr. Adelheid Biesecker versucht hat, diese Debatte in die Kommission hineinzutragen.

Neben diesen weißen Flecken gibt es große Bereiche des Abschlussberichts, die zeigen, wie besonders die Wirtschaftsexperten des konservativen Lagers in alten Denkmustern verhaftet sind. Die Wachstums- und nationale Wettbewerbslogik wird nicht hinterfragt. Im Gegenteil: Alle Politikfelder, seien es Sozial-, Bildungs- oder Umweltpolitik, werden daran ausgerichtet. Die offensichtliche Unbeweglichkeit der Regierungskoalition und ihrer Experten³ ist sehr bedauerlich. Sie verhinderte, ergeb-

3 Die beauftragten Sachverständigen waren tatsächlich bei der ersten Berufung alle männlich. Durch das Ausscheiden von Mitgliedern kamen zwei weibliche Sachverständige in die Kommission.

nisoffen und umfassend eine Vision einer Gesellschaft zu entwerfen, die nicht mehr wachsen muss.

Die Arbeit der Enquete-Kommission ist beendet, unser wachstumsgetriebenes Wirtschaftssystem noch nicht. In der Kommission wurde deutlich, dass die größten Konfliktlinien zwischen Opposition und Regierung verlaufen. Auch das ist ein Verdienst der Enquete. Es wäre erfreulich, wenn die Opposition aus dieser Erkenntnis eine Zusammenarbeit für eine soziale und ökologische Wirtschaft entwickeln würde.

Hans Thie

UNGENIESSBARER ZAHLENSALAT - IN DER MASSE VERHARMLOSENDER INDIKATOREN IST DER ENQUETE-AUFTRAG UNTERGEGANGEN

Lebensqualität für alle Menschen innerhalb der ökologischen Grenzen zu ermöglichen – das ist wohl die entscheidende Aufgabe im 21. Jahrhundert. Breite Zustimmung zu solchen Sätzen gibt es in Sonntagsreden reichlich. Aber im politischen Alltag herrscht immer wieder die Parole: Wachstum und nochmals Wachstum. Wie ist diesem Dilemma zu entkommen? Ein nicht allein selig machendes, aber doch wichtiges Mittel sind alternative Leitindikatoren, die das Übergewicht ökonomischer Kennziffern relativieren und den Blick auf die sozialen und ökologischen Dimensionen des Lebens lenken.

In der internationalen Indikatoren-Diskussion herrscht Einvernehmen darüber, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein verzerrendes Maß der wirtschaftlichen Entwicklung ist. Das BIP erfasst nur die mit einem Preis bewerteten wirtschaftlichen Aktivitäten und schließt damit unbezahlte Tätigkeiten aus. Es berücksichtigt ebenfalls kaum die sozialen Folgen und ökologischen Kosten wirtschaftlichen Handelns und unterschätzt systematisch den Wert öffentlicher Güter. Im BIP schlägt sich darüber hinaus wirtschaftliches Handeln unabhängig von seiner Qualität nieder. Das BIP bewertet beispielsweise den Abbau, die Verwertung und den damit verbundenen Verlust von Naturgütern als Zugewinn. Angesichts vielfältiger Mängel des BIP herrscht allgemeines Einvernehmen darüber, dass andere Indikatoren das BIP ergänzen und relativieren sollten.

Optimal für die Zwecke politischer Kommunikation wäre ein zusammenfassender Indikator, der alle wesentlichen Aspekte der Lebensqualität enthält. Deshalb hatte die Enquete-Kommission, wie es im Einsetzungsbeschluss heißt, die Aufgabe, zu «prüfen wie die Einflussfaktoren von Lebensqualität und gesellschaftlichem Fortschritt angemessen berücksichtigt und zu einem gemeinsamen Indikator zusammengeführt werden können», der «das BIP ergänzt». In diesem Sinne gibt es eine Reihe von Vorschlägen, die ansatzweise, aber nicht mit ernsthaftem Interesse von der Enquete-

Kommission diskutiert worden sind. Inwieweit diese Vorschläge, wie etwa der Nationale Wohlfahrtsindex (NWI), der Genuine Progress Indicator (GPI) oder der Happy Planet Index (HPI) so zu qualifizieren sind, dass sie breite Akzeptanz finden, muss deshalb in künftigen Diskussionen geklärt werden.

Wenn es bislang keinen einzelnen Indikator gibt, der wesentliche Veränderungen eines Landes wie Deutschland zuverlässig und verständlich zusammenfasst und entsprechend als Wohlstandsmaß Akzeptanz finden könnte, dann stellt sich die Frage, wie ein aus möglichst wenigen Kennziffern bestehender Indikatorensatz aussehen sollte. Um mediale und politische Wirkung zu erzielen und um die öffentliche Debatte dauerhaft anzuregen, ist die Beschränkung auf wenige Indikatoren zwingend.

Die Enquete-Kommission war mehrheitlich leider nicht willens, die zentralen Dimensionen der sozialen und ökologischen Entwicklung kritisch zu würdigen und entsprechende Indikatoren zu identifizieren. Zu bedauern ist, dass nicht nur ein mangelhafter, sondern auch ein viel zu umfangreicher Indikatorensatz beschlossen wurde. Ein Tableau aus insgesamt 20 Indikatoren ist einer breiten Öffentlichkeit nicht vermittelbar. Zu diesem Sammelsurium gehören zum Beispiel: Verschuldungsstand der öffentlichen Hand, Beschäftigungsquote, Lebenserwartung, Stickstoffbilanz und sogenannte Kredit-, Aktienkurs- und Immobilienpreislücken und vieles andere mehr. Abwegig ist darüber hinaus die Aufgliederung des Indikatorensatzes in zehn Leitindikatoren, neun Warnlampen und eine Hinweislampe – ein abstruses Zahlenspiel mit Disco-Beleuchtung.

In der Indikatoren-Projektgruppe der Kommission kam es zu einer merkwürdigen konservativ-liberal-sozialdemokratischen Koalition unter Führung der FDP. Der von der FDP benannte Sachverständige, Professor Christoph Schmidt, Chef des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, hat die Indikatoren-Diskussion über weite Strecken dominiert und seine Ziele durchgesetzt: erstens das kritische Anliegen der Kommission in einer möglichst großen Masse von Indikatoren zu ertränken; zweitens Wohlstandsmaße durchzuboxen, die Probleme verharmlosen und verniedlichen. So gehört beispielsweise die sogenannte P80/P20-Relation zum Mehrheitsbeschluss. Dieses Maß setzt das Einkommen am unteren Rand der einkommensstärksten 20 Prozent ins Verhältnis zum Einkommen am oberen Rand der einkommensschwächsten 20 Prozent. Aktuell errechnet sich eine Verhältniszahl von knapp über zwei. Die Aussage lautet also: Das Einkommen der Besserverdienenden ist gut doppelt so hoch wie das Einkommen der Schlechtverdienenden. Eine krasse Verharmlosung, weil sehr hohe Einkommen und sehr geringe Einkommen unberücksichtigt bleiben. Ein zweites Beispiel ist das Verschuldungsproblem. Es wird ohne jede Berücksichtigung weltweiter Banken Krisen und dramatischer privater Verschuldung in vielen Ländern der öffentlichen Hand angelastet. Und ein drittes, besonders haarsträubendes Beispiel: Über den Zustand von Freiheit und Demokratie sollen anonyme, sogenannte Experten befinden und nicht der Souverän, die Bevölkerung selbst. Freiheit und Demokratie unter Ausschluss der Bevölkerung bewerten zu wollen, ist ein grotesker Widerspruch in sich. Die Auswahl eines solchen Indikators ist für sich

schon ein alarmierendes Zeichen für den Zustand der Demokratie. Die Vielfalt der Kennziffern sei – so die Gelb-Schwarz-Rosa-Koalition in der Kommission – notwendig, weil man die verschiedenen Aspekte des Wohlstands nun mal nicht auf einen Nenner bringen könne. Dieses Argument wäre ernst zu nehmen, wenn die Enquete-Kommission einen wissenschaftlichen Auftrag gehabt hätte. Aber in politischer Hinsicht – und der Auftrag der Enquete war ein politischer – ist das Argument abwegig.

DIE LINKE hat gemeinsam mit den GRÜNEN und mit dem CDU-Sachverständigen Professor Meinhard Miegel immer wieder darauf hingewiesen, dass man sich bei der Auswahl von alternativen Wohlstandsmaßen auf wenige beschränken muss. Leider haben das die SPD-Mitglieder in der Projektgruppe nicht begriffen und sich immer wieder auf Wunsch-Dir-Was-Diskussionen eingelassen. Was am Ende beschlossen wurde, dürfte für die rechtsliberale Initiative «Neue Soziale Marktwirtschaft», bei der Professor Schmidt kräftig mitwirkt, ein willkommener Triumph sein. In einem Sondervotum hat DIE LINKE einen eigenen Indikatoren-Vorschlag präsentiert: das «Trio der Lebensqualität». In diesem Trio stehen die durchschnittlichen Bruttolöhne für den materiellen Wohlstand, die Klassenspaltung bei den Vermögensbeständen für die soziale und gesellschaftliche Teilhabe und der ökologische Fußabdruck für die Nutzung beziehungsweise Gefährdung der Biosphäre. Dieses Modell hat eine klare Struktur und benennt den politischen Handlungsbedarf.

Erstens sind die durchschnittlich gezahlten Löhne seit etwa 1995/96 deutlich hinter der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben. Sie sind ein sensibles Maß für die Teilhabe beziehungsweise fehlende Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten an der wirtschaftlichen Entwicklung. Im Vergleich zu den Löhnen und Gehältern je Arbeitnehmer hat das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, das mehrheitlich von der Enquete-Kommission als Leitindikator für materiellen Wohlstand beschlossen wurde, gravierende Nachteile. Es verwässert den für die meisten Menschen wichtigen Bezug zum Arbeitseinkommen, weil es sämtliche Unternehmens- und Vermögenseinkommen und zusätzlich die Abschreibungen enthält und weil die Pro-Kopf-Berechnung keinen direkten Bezug zum Arbeitseinkommen erlaubt.

Zweitens ist seit Langem bekannt, dass materielle Ungleichheit der entscheidende Faktor ist, der auch andere nicht-monetäre Ungleichheiten verschärft. Wenn Arm und Reich finanziell auseinanderdriften, dann wachsen auch die Ungleichheiten bei der Lebenserwartung, der Gesundheit, der Bildung, beim Schutz vor Gewalt, bei der Teilhabe an der gesellschaftlichen Willensbildung und in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen. Wer also materielle Ungleichheit gut und verlässlich erfasst, hat viele sonstige soziale Dimensionen implizit ebenfalls erfasst. Ungleichheit zeigt sich am krassesten bei den Vermögen und vor allem, wenn man das reichste Prozent der erwachsenen Bevölkerung ins Verhältnis setzt zur ärmeren Bevölkerungshälfte. Die Reich-Arm-Verteilung in diesem Sinne beträgt 1.250 zu 1.

Drittens ist der ökologische Fußabdruck ein ausgereifter Indikator für unseren Umgang mit der Natur. Er zeigt an, inwieweit menschliche Aktivitäten die Biosphäre

nutzen und durch Übernutzung gefährden. Der ökologische Fußabdruck ist der beste verfügbare und zudem bereits allgemein bekannte und eingeführte Indikator für die ökologische Tragfähigkeit, weil er die Belastung der Atmosphäre, der Böden und der Gewässer zusammenfassend zum Ausdruck bringt. Komplexe Zusammenhänge der Übernutzung der Erde werden in einem Maß sichtbar. Trotz der teilweise komplexen Berechnungsschritte ist das Ergebnis ein anschauliches und hinsichtlich der Kernaussage leicht verständliches Maß.

Mit diesen drei Indikatoren kommen diejenigen Dimensionen der gesellschaftlichen Entwicklung zum Ausdruck, die dringend der Korrektur und der Umkehr bedürfen. Das Trio der Lebensqualität kann die Fragen beantworten, die für die Mehrzahl der BürgerInnen von zentraler Bedeutung sind. Bin ich an der wirtschaftlichen Entwicklung beteiligt oder geht sie an mir vorbei? Ist die Teilhabe an den sozialen Aspekten der Lebensqualität und an der Gestaltung der Gesellschaft gesichert oder bestimmen nur die «oberen Zehntausend», was in unserem Lande geschieht? Wie steht es um die natürlichen Lebensgrundlagen bei uns und weltweit? Und was muss getan werden, damit unsere Kinder und Enkel auch in Zukunft gut leben können?

Literatur zum Thema Wohlstandsmessung (Zusammengestellt von Hans Thie)

- Bach, Stefan; Beznoska, Martin; Steiner, Viktor (2011): A Wealth Tax on the Rich to Bring Down Public Debt? Revenue and Distributional Effects of a Capital Levy, SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research. Berlin: DIW.
- Brangsch, Lutz (2011): Kennziffernfragen sind Machtfragen: politische Dimensionen von Gegenstand und Methode von Wachstumsdebatten. In: Kurswechsel 1/2011: 25–38.
- Bringezu, Stefan; Schütz, Helmut (2010): Material Use Indicators for Measuring Resource Productivity and Environmental Impacts, Workshop, Berlin, 25.–26. Februar 2010, Endbericht. Wuppertal, unter: http://ressourcen.wupperinst.org/downloads/MaRess_AP6_2.pdf.
- Brode, Tatjana (2011): Anforderungen an einen ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikator oder einen Indikatorenansatz im Hinblick auf seine mediale Kommunizierbarkeit. Studie im Auftrag der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Kom-Drs. M-17(26)10 vom 22.11.2011.
- BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland); Brot für die Welt; Evangelischer Entwicklungsdienst (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Canadian Index of Wellbeing (2011): How Are Canadians Really Doing? Highlights: Canadian Index of Wellbeing 1.0. Waterloo (Ontario): University of Waterloo.
- Deutscher Bundestag, Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN (2010): Einsetzung einer Enquete-Kommission «Wachstum Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft». Antrag. BT-Drs. 17/3853 vom 23.11.2010.
- Diefenbacher, Hans; Zieschank, Roland (2010): Der Nationale Wohlfahrtsindex. PG-Materialie 2/10 vom 9.5.2011.
- Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität (2011): Übersetzung der Zusammenfassung des Berichts der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission. Kom-Drs. M-17 (26)2 neu vom 18.4.2011.
- Eurostat (2009): Nachhaltige Entwicklung in der Europäischen Union. Fortschrittsbericht über die EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung 2009, Zusammenfassung. Luxemburg.
- Ewing, Brad; Reed, Anders, Galli, Alessandro, Kitzes, Justin, Wackernagel, Mathis (2010): Calculation Methodology for the National Footprint Accounts (2010 edition). Oakland: Global Footprint Network, unter: http://www.footprintnetwork.org/images/uploads/National_Footprint_Accounts_Method_Paper_2010.pdf.
- Galli, Alessandro, Kitzes, Justin, Wermer, Paul, Wackernagel, Mathis, Niccolucci, Valentina, Tiezzi, Enzo (2007): An Exploration of the Mathematics behind the Ecological Footprint. In: International Journal of Ecodynamics 2(4): 250–257.

- Giljum, Stefan; Hammer, Mark; Stocker, Andrea; Lackner, Maria; Best, Aaron; Blobel, Daniel u. a. (2007): Wissenschaftliche Untersuchung und Bewertung des Indikators «Ökologischer Fußabdruck». Dessau-Roßlau, unter: <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3486.pdf>.
- Global Footprint Network (2011) National Footprint Accounts. Oakland, unter: <http://www.footprintnetwork.org>.
- Gracey, Kyle; Lazarus, Eli; Borucke, Michael; Moore, David; Cranston, Gemma; Katsunori, Iha; Larson, Joy; Morales, Juan Carlos; Wackernagel, Mathis; Galli, Allesandro (2012): Guidebook to the National Footprint Accounts (2011 edition). Oakland: Global Footprint Network, unter: <http://www.footprintnetwork.org/methodology>.
- IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) (2007): Climate Change 2007: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- ISG-Institut (2011): Studie zur Wahrnehmung und Berücksichtigung von Wachstums- und Wohlstandsindikatoren. Studie im Auftrag der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Kom-Drs. M-17(26)11 vom 22.11.2011
- Kitzes, Justin; Wackernagel, Mathis (2009): Answers to common questions in Ecological Footprint accounting. In: Ecological Indicators 9: 812–817.
- Kuhn, Michael, Statistisches Bundesamt (2011): Indikatoren zur Messung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Indikatorenbericht 2010. PG-Materialie 2/3 vom 4.4.2011.
- OECD (2008): Divided We Stand. Why Inequality Keeps Rising. Paris.
- OECD (2011): Compendium of OECD Well-being Indicators. Paris.
- OECD (2011): Towards Green Groth. Monitoring Progress. Paris.
- Rockström, Johan u. a. (2009): Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity. In: Ecology and Society 14(2): 32, unter: <http://www.ecologyandsociety.org/vol14/iss2/art32>.
- Rockström, Johan u. a. (2009). A Safe Operating Space for Humanity. In: Nature 461: 472–475.
- Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung; Conseil d'Analyse Économique (SVR/CAE) (2010): Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Ein umfassendes Indikatorensystem. Wiesbaden/Paris.
- Scharioth, Nicolas; Haaf, Andreas (2011): Deutsche Daten zur Wohlfahrtsmessung aus dem Gallup World Poll und dem Gallup Healthway Index. PG-Materialie 2/23 vom 19.9.2011.
- Schmidt, Christoph M. (2011): Konstruktion eines ganzheitlichen Wohlstands-/Fortschrittsindikators. Stand der globalen Debatte. PG-Materialie 2/4 vom 4.4.2011.
- Schulte, Martin; Butzmann, Elias (2010): Messung von Wohlstand. Ein Überblick über verschiedene Verfahren. PG-Materialie 2/3 vom 3.3.2011.
- Statistisches Bundesamt (2011): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Inlandsproduktsberechnung. Detaillierte Jahresergebnisse 2010 (Fachserie 18, Reihe 1.4). Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2012): Umweltökonomische Gesamtrechnungen. Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2012): Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Einkommensverteilung in Deutschland (Fachserie 15, Heft 6). Wiesbaden.
- Stiglitz, Joseph E.; Sen, Amartya; Fitoussi, Jean-Paul (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, unter: http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf.
- Thie, Hans (2011): Gleichheit, Planung, Tempo – Der grüne Umbau kann nur als gesellschaftlicher Umbau gelingen. In: Berliner Debatte Initial 22 (3): 47–57.
- Tiemann, Heinrich; Wagner, Gert G. (2012): Jenseits des BIP – Zur Organisation der Politikberatung zur Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland (RatSWD Working Paper Nr. 199). Berlin.
- Suntum, Ulrich van; Lerbs, Oliver (2011): Theoretische Fundierung und Bewertung alternativer Methoden der Wohlfahrtsmessung. Münster. PG-Arbeitsunterlage 2/2 vom 28.6.2011.
- Wackernagel, Mathis; Rees, William (1997): Unser ökologischer Fußabdruck. Basel: Birkhäuser.
- Wahl, Stefanie; Schulte, Martin; Butzmann, Elias (2010): Das Wohlstandsquartett. PG-Materialie 2/5 vom 6.4.2011.
- WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten. Berlin, unter: <http://www.wbgu.de>.
- Wilkinson, Richard; Pickett, Kate (2009): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Berlin: Zweitausendeins.
- World Wildlife Fund (2012): Living Planet Report 2012, unter: http://wwf.panda.org/about_our_earth/all_publications/living_planet_report.

2 PERSPEKTIVEN UND VERKNÜPFUNGEN

Daniela Gottschlich

KRITISCHE WISSENSCHAFTEN ZWISCHEN KRISE UND VISION

ZUR NOTWENDIGEN VERBINDUNG VON FEMINISTISCHER FORSCHUNG UND NACHHALTIGKEITSFORSCHUNG FÜR SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATIONEN

Über die Verbindung von Nachhaltigkeit und Geschlecht, über das Verhältnis von sozial-ökologischer Forschung und feministischer Forschung⁴ zu schreiben, heißt über Ambivalenzen und Widersprüche zu schreiben. Einerseits sind beide Wissenschaftsbereiche explizit normativ auf Gerechtigkeit und damit auf die Transformation bestehender Verhältnisse ausgerichtet, beide zeichnen sich durch Kontextbezogenheit und integrative Problembetrachtung aus. Als innovative, kritische Zugänge haben sie in den letzten 15 Jahren Bewegung in die Hochschul- und Förderpolitik gebracht. In neuen Lehr- und Lernmodulen wird der Fokus nun stärker auf Subjektorientierung und Kompetenzerwerb gelegt und die Epistemologie des Mainstreams infrage gestellt. Wissen gilt nicht länger unwidersprochen als universell gültig, ahistorisch, objektiv und gesichert. Die Bedingungen der Wissensproduktion und ihr politischer Charakter sind damit ebenso in den Blick geraten wie die sozialen Konstruktionen gesellschaftlicher Natur- und Geschlechterverhältnisse.

Andererseits hat jedoch die Verflechtung von Geschlechterforschung und Nachhaltigkeitsforschung weit weniger systematisch stattgefunden, als es die inhaltlichen und strukturellen Ähnlichkeiten beider Wissenschaftsbereiche vermuten lassen. Hochschulpolitisch werden sie bisher in der Regel getrennt institutionalisiert.⁵ Als (herr-

4 Sozial-ökologische Forschung wird in meinem Beitrag synonym mit Nachhaltigkeitsforschung verwendet und feministische Forschung mit Geschlechterforschung – auch wenn keine vollständige Deckungsgleichheit besteht. Zu groß und heterogen sind mittlerweile die Diskurse zu Nachhaltigkeit und Geschlechterverhältnissen. Feministische Forschung steht wie die soziale Ökologie in der Tradition kritischer Gesellschaftstheorie und ermöglicht damit kritisch-emanzipatorische Ausdeutungen von Nachhaltigkeit und Gender. Vgl. hierzu z. B. exemplarisch Becker, Egon; Jahn, Thomas (2006) (Hrsg.): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt a. M./New York: Campus.

5 Zum Verhältnis von Geschlechterforschung und Nachhaltigkeitsforschung vgl. die aktuellen Bestandsaufnahmen: Franz-Balsen, Angela (2013): Forschung und Lehre – Hochschulen als Orte der Integration von Gender und Nachhaltigkeit. In: Hofmeister, Sabine u. a. (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Ka-

schafts-)kritische Wissenschaften bleiben beide trotz aller Erfolge im Kleinen damit nach wie vor eher randständig, im Fall explizit feministischer Forschung scheint der Einfluss sogar noch stärker zu schwinden. Wird die Randständigkeit überwunden und gelingt die Integration in die Mitte des (bildungs- und hochschul-)politischen Systems, dann häufig zu dem Preis, dass die kritischen Spitzen geschliffen, Inhalte modifiziert und eingepasst werden in ein System, das – ausgerichtet auf Gleichstellung und ökologische Modernisierung – nun offiziell Geschlecht als Humankapital und Natur als ökologische Ressource in die kapitalistische Verwertung einbezieht und darüber zu seiner eigenen Stabilisierung beiträgt.

Wenngleich feministische Kritik durch diese Vereinnahmungsbewegungen zum Teil in die Krise geraten ist – und ich werde im Folgenden noch einmal kurz auf die Schwierigkeiten und Blockaden eingehen, die den Versuchen, eine feministisch und sozial-ökologisch informierte politische Praxis zu etablieren, im Wege stehen (Punkt II) –, so liegt in feministischen Perspektiven insbesondere mit Blick auf den Themenkomplex der Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» ein visionäres Potenzial (Punkt I). Entsprechend lassen sich auch «Punkte zum Anfassenden» für gesellschaftliche Transformationen identifizieren, die sich gerade aus einer Verbindung sozial-ökologischer, linker und feministischer Anliegen ergeben. Dafür braucht es zuletzt neue Allianzen und einen Austausch sowie ein Zusammendenken verschiedener kritisch-emanzipatorischer Positionen (Punkt III).

I Feministische Forschung als transformative, herrschaftskritische Forschung – unverzichtbar für die Neugestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse

Es ist ein großes Verdienst der Opposition auf Bundesebene – vor allem der LINKEN, ihrer Sachverständigen und der Rosa-Luxemburg-Stiftung –, durch Hintergrundpapiere und Sondervoten feministische Perspektiven in die Enquete-Kommission eingebracht zu haben. Denn bereits die feministischen Krisendiagnosen fallen anders aus: Nicht fehlendes Wachstum wird als Problem identifiziert, sondern die Prozesse der Externalisierung und Abwertung von Naturproduktivität und Sorgearbeiten (Care) bei ihrer gleichzeitigen Aneignung und Ausbeutung durch die kapitalistische Ökonomie. Die Zerstörung der sozialen und ökologischen Lebensgrundlagen durch das kapitalistische Wachstumsmodell stellt die gesellschaftliche Reproduktion als Ganzes infrage. Entsprechend ist aus feministischer Perspektive ein fundamentaler gesellschaftlicher und ökonomischer Wechsel notwendig, der die Lebensprozesse und das gute Leben für alle Menschen zum Ausgangspunkt politischen Handelns macht, statt monetären Profit, Nutzenmaximierung und immer weiteres Wachstum als Ziele von Wirtschaften zu bestimmen.

tegorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften. Opladen u. a.: Barbara Budrich, 160–169; Höhler, Sabine (2013): Kommentar: Nachhaltigkeitsforschung und Geschlechterforschung: Parallele Welten? In: Hofmeister, Sabine u. a. (Hrsg.), a. a. O., 169–174.

Kern eines feministisch inspirierten Wohlstandsbegriffs ist daher die Entwicklung, Etablierung und Sicherung von Versorgungssystemen für ein gutes Leben. Ein neues Verständnis und eine andere Organisation von Arbeit sind dafür ebenfalls zentral. Denn feministische Arbeitskonzepte als visionäre Konzepte thematisieren die möglichen und notwendigen Tätigkeiten, die es für ein gutes Leben braucht. Sie zielen auf die Aufhebung bestehender Trennungen von bezahlter und unbezahlter Arbeit, von Beruflichem und Privatem, von Produktivem und Reproduktivem, von körperlicher und geistiger Arbeit. Es geht bei Entwürfen für eine Neugestaltung der Arbeit für nachhaltige Gesellschaften – und dies sei ausdrücklich betont – nicht länger in erster Linie um die Frage nach der Vereinbarkeit und damit auch um die Vereinbarkeit sich widersprechender Rationalitäten, von Marktlogik versus Sorgelogik. Es geht also nicht um ein Verständnis vom Ganzen der Arbeit, in das der bisher ausgeblendete Bereich der Sorgeökonomie additiv einbezogen wird. Es geht vielmehr um eine Transformation der Ökonomie durch care-ökonomische Prinzipien insgesamt.⁶ Denn Sorgearbeiten sind davon geprägt, dass sie dazu beitragen, soziale und ökologische Qualitäten zu erhalten. Je weniger Sorgearbeit geleistet wird, desto größer die sozial-ökologische Krise. Es braucht als neue gesellschaftliche Norm für einen Transformationsprozess in Richtung Nachhaltigkeit daher mehr Care-Arbeit für Menschen und Natur als bisher.

II Die Krise der feministischen Kritik

Es gehört zur facettenreichen Krise, in die die feministische Kritik in den letzten Jahren geraten ist, dass – wie etwa von Familienministerin Kristina Schröder – behauptet wird, feministische Positionen und Forderungen seien angesichts der nachzuweisenden Gleichstellungserfolge nicht mehr nötig und zeitgemäß. Angelika Wetterer hat dagegen nachgewiesen, dass zwar die kritisch-emanzipatorischen Ansprüche der Frauenbewegung mittlerweile als Common Sense gelten und die politische Kultur prägen – allerdings vorrangig auf der diskursiven Ebene.⁷ Die «rhetorische Modernisierung» führe dazu, dass reale Ungleichheiten, etwa bei der Verteilung der häuslichen Sorgearbeit, als Ergebnis selbstbestimmter Entscheidungen ausgegeben werden – nicht nur vonseiten der institutionalisierten Politik, sondern gerade auch von den Individuen selbst. Die traditionelle Rollenverteilung, die Frauen den Hauptteil der Sorgeverantwortung zuweist, wird so nicht mehr als Herrschaftsbeziehung wahrgenommen, sondern vielmehr durch Diskurse von Freiheit, Selbstbestimmung und Individualisierung gegen Kritik immunisiert.

6 Vgl. dazu Biesecker, Adelheid; Gottschlich, Daniela (2013): Wirtschaften und Arbeiten in feministischer Perspektive – geschlechtergerecht und nachhaltig? In: Hofmeister, Sabine u. a. (Hrsg.), a. a. O., 186 f.

7 Wetterer, Angelika (2013): Das erfolgreiche Scheitern feministischer Kritik. Rhetorische Modernisierung, symbolische Gewalt und die Reproduktion männlicher Herrschaft. In: Appelt, Erna u. a. (Hrsg.): Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen. Münster: Westfälisches Dampfboot, 246–266.

Widerstände unterschiedlichster Art begegnen uns jedoch nicht nur im Mainstream, sondern auch von TrägerInnen kritischer Bewegungen. Feminismus wird oft missverstanden als partikularistische Politik von Frauen für Frauen und nicht als transformative Politik, die auf die Überwindung hierarchischer Geschlechterverhältnisse im Besonderen und von Herrschaftsverhältnissen im Allgemeinen zielt. Immer noch werden feministische Analysen und Vorschläge zur Neugestaltung der Arbeit häufig als nicht kampagnenfähig gewertet, weil sie angeblich lediglich einen Nebenwiderspruch berühren.

An der Überwindung der Widerstände zu arbeiten und über Blockaden hinweg insbesondere innerhalb der heterogenen Linken zu reflektieren, ist auch deswegen so wichtig, weil die immer gleichen Kämpfe Energie und Kreativität binden, die dann nicht in das Neudenken und Neugestalten von gesellschaftlichen Naturverhältnissen einfließen können – ganz zu schweigen von den Ermüdungserscheinungen, die die Folge sind, wenn alte Kämpfe immer wieder neu geführt werden müssen.

III Punkte zum Anfassen

Strukturelle Verankerung feministischer Forschungsergebnisse und Forderungen, Veränderung der politischen Kultur und radikale Kritik als Bestandteile einer kritisch-emanzipatorischen Mehrfachstrategie für sozial-ökologische Transformationen

Herrschaftskritische Perspektiven strukturell und damit im herrschenden (forschungs- und bildungs-)politischen System verankern zu wollen, erscheint auf den ersten Blick als ein Widerspruch in sich. Die Integration birgt die Gefahr der oben beschriebenen diskursiven Vereinnahmung samt inhaltlicher Uminterpretationen und Abschwächungen. Doch ohne strukturelle Ansatzpunkte, ohne die Integration feministischer Theorie beispielsweise in die Module von Studiengängen, die auf eine nachhaltige Gestaltung von Gesellschaft ausgerichtet sind, oder in Forschungs- und Förderprogramme, die Bedingungen und Prozesse sozial-ökologischer Transformationen fokussieren, wird es entweder allein von einzelnen Lehrenden und Forschenden abhängen, die Randständigkeit und die Marginalisierungsprozesse kritischer Theorien zu durchbrechen, oder einzelne Studierende müssen diese Themen immer wieder einfordern beziehungsweise diese Perspektiven selbst einbringen.

Wird feministische Theorie jedoch in den «Kanon» mit aufgenommen, können nicht nur Ideensamen gepflanzt und weitergegeben werden, die die politische Kultur beeinflussen – die Idee des «Kansons» selbst kann hinterfragt werden: Wer entscheidet, was als relevante Fragestellung, was als relevantes Wissen gilt? Welches Wissen wird wertgeschätzt, welches entwertet? Welche Art von Wissen wird für sozial-ökologische Transformationen in Richtung Nachhaltigkeit gebraucht und warum? Wie sehen die Prozesse der Wissensgenerierung aus?

Um den herrschaftskritischen Stachel und den transformatorischen Anspruch feministischer Theorie und Praxis in Lehre und Forschung zur Geltung und Entfaltung zu bringen, bedarf es aber des politischen Drucks von unten und außen, braucht es

Prozesse, in denen die Veränderungen im Spannungsfeld von Kooptation und Transformation permanent reflektiert werden.

Neue Allianzen schmieden

Allianzen zwischen verschiedenen Akteuren und Bewegungen, die auf eine Veränderung der krisenverursachenden Verhältnisse zielen, zu schmieden, ist nicht nur politisch-praktisch und strategisch notwendig. Der Austausch über politische Fragen, wie wir leben und arbeiten wollen und welches Verhältnis zur Natur unsere Lebensweise prägen soll, ist inhaltlich unentbehrlich. Denn das Ökonomische neu – (geschlechter-)gerecht und nachhaltig – zu denken, erfordert auch eine Reflexion des zugrunde liegenden Politik- und Staatsverständnisses. Hier gibt es beispielsweise spannende Anknüpfungspunkte zur Commons-Debatte und -Bewegung. Auch eine noch stärkere Berücksichtigung von Erfahrungen aus den feministischen Bewegungen des globalen Südens, von Erkenntnissen der postkolonialen Theorie, der Queer Studies sowie der Environmental-Justice-Ansätze scheinen mir ebenso wegweisend wie der Aufbau von Räumen, in denen sowohl gewerkschaftliche als auch postwachstumsorientierte Positionen im Zusammenhang mit Fragen nach Care-Arbeiten für Mensch und Natur diskutiert werden können.

Jana Flemming, Michael Popp

EINFÜHRUNG ZUM SONDERVOTUM

Nachdem der 844-seitige Abschlussbericht der Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» eingereicht war, haben die Abgeordneten Ulla Lötzer und Sabine Leidig sowie die Sachverständigen Ulrich Brand und Norbert Reuter ein Sondervotum zum Bericht verfasst, das im Folgenden wiedergegeben wird. Mit dem Titel «Sozial-ökologische Transformation als demokratischen, gerechten und emanzipatorischen Prozess gestalten» will die LINKE einen Kontrapunkt zu den vorherrschenden Positionen setzen. Das Sondervotum gibt einen kompakten Überblick über diese Positionen, die die Mitglieder der LINKEN und die von ihnen benannten Sachverständigen während des 28-monatigen Diskussions- und Schreibprozesses entwickelt und vertreten haben.

Enquete-Kommissionen sind in vielfacher Hinsicht ein besonderes Instrument der parlamentarischen Willensbildung. Der Deutsche Bundestag muss sie auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder – also auch wenn nur von einer Minderheit gewünscht – einsetzen. Entscheidungen werden in diesen Kommissionen nicht gefällt. Vielmehr soll die Erörterung von umfangreichen und bedeutsamen Sachkomplexen in der Kommission auf zukünftige politische Entscheidungen vorbereiten. Eine Besonderheit ist außerdem, dass sich die Kommission nicht nur aus Bundestagsabgeordneten, sondern in gleicher Zahl auch aus externen Sachverständigen zusammensetzt. Die Enquete-Kommissionen legen dem Bundestag in der Regel zum Ende der Wahlperiode Berichte und Empfehlungen vor. Der nächste Bundestag kann dann entscheiden, ob er die Handlungsempfehlungen aufgreift und entsprechend in Gesetzesinitiativen umsetzt. Häufig werden Enquete-Kommissionen auch in den folgenden Legislaturperioden weitergeführt.

Intensive Debatten und auch die Erstellung von konkreten Texten fanden vor allem in den fünf Projektgruppen der Kommission statt. Die Themenvielfalt, die im Einsetzungsbeschluss formuliert worden war, konnte nur in kleineren Gruppen abgearbeitet werden.

Projektgruppe 1:

Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft

Projektgruppe 2:

Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands-/Fortschrittsindikators

Projektgruppe 3:

Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischer Fortschritt – Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung

Projektgruppe 4:

Nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik

Projektgruppe 5:

Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile

Zu gemeinsamen Handlungsempfehlungen konnte sich die Enquete-Kommission in den Projektgruppen kaum oder nur mit großen Anstrengungen durchringen.⁸ In den Teilberichten der Projektgruppen (Kapitel B bis E) zeigt sich ein allgemeines Muster: Die inhaltliche Analyse konnte in der Regel gemeinsam erarbeitet werden, wenn ihr auch oft beschwerliche und konfliktreiche Kompromissfindungen vorausgingen. Die politischen Handlungsempfehlungen gaben Regierungsfractionen und Opposition in der Regel jedoch getrennt ab.

8 Die mehrheitlichen Handlungsempfehlungen der Enquete finden sich komprimiert in Kapitel 2 des Sondervotums. Der Gesamtbericht findet sich unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21.web/searchDocuments.do>

Bundestagsfraktion DIE LINKE, Sachverständiger Ulrich Brand,
Sachverständiger Norbert Reuter⁹

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION ALS DEMOKRATISCHEN, GERECHTEN UND EMANZIPATORISCHEN PROZESS GESTALTEN - SONDERVOTUM ZUR ENQUETE-KOMMISSION

1. Einleitung

Die Motive einer grundlegenden Kritik an Wirtschaftswachstum und Bruttoinlandsprodukt als geeigneten wirtschaftspolitischen Bezugsgrößen bzw. Indikatoren für Wohlstand und Lebensqualität sind vielfältig.¹⁰ Die Diskussion um die Frage, welches Wachstum und welchen Wohlstand wir wollen, hat sich im Anschluss an die globale Finanz- und Weltwirtschaftskrise, die 2007 als US-Immobilienkrise begann und mittlerweile als multiple Krise¹¹ beschrieben wird, immer deutlicher artikuliert. Ein Ausdruck der zunehmend wahrgenommenen Widersprüche zwischen gesamtwirtschaftlichem Wachstum und der Entwicklung von Wohlstand und Lebensqualität war die Einrichtung einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages im Dezember 2010.

9 Unser Dank gilt Michael Popp, der nicht nur kompetent und engagiert die Kommissionsarbeit mitgestaltet hat, sondern auch die Erstellung dieses Sondervotums koordinierte.

10 Einen Überblick über verschiedene Positionen der Wachstumskritik liefern Norbert Reuter, Von der Wohlstands- zur reinen Wachstumsenquete? Zur Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» in: «Gegenblende» 15/2012 und Ulrich Brand, Wachstum und Herrschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Nr. 27/28. 5. Juli 2012, S. 6–12.

11 Der innere Zusammenhang der multiplen Krise liegt in der fossilistisch-kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, die in den letzten dreißig Jahren unter neoliberalen und imperialen Vorzeichen umgebaut wurde. Damit wurden auch die politischen und gesellschaftlichen Institutionen verändert, um die neoliberal-imperiale Ordnung abzusichern. Der Staat des «Finanzmarktkapitalismus» ist heute ein «nationaler Wettbewerbsstaat» dessen Hauptorientierung die Herstellung internationaler Wettbewerbsfähigkeit ist. Die politischen Institutionen (z. B. EU und WTO) sind daher nicht dafür gewappnet, den dominanten Entwicklungen etwas entgegen zu stellen. Sie sichern letztere vielmehr ab. Zudem gehen mit der Wettbewerbsorientierung eine Aushöhlung demokratischer Strukturen und Prozesse einher sowie eine Zunahme autoritärer Formen von Politik. Letzteres zeigt sich an der Aufwertung der Exekutiven und der Schwächung der Parlamente, aber auch in den Wahlerfolgen personenbezogener und tendenziell populistischer politischer Gruppierungen. Vgl. dazu: U. Brand, Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik, Berlin 2009, Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.), VielfachKrise: Im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg 2011 sowie die Einleitung zum Sondervotum der Opposition für die Projektgruppe 1. Gesamtbericht. Kommissionsdrucksache 17 (26) 123, S. 128 ff.

Weitgehend unbestritten ist, dass in den Aufbaujahren der Bundesrepublik Deutschland wirtschaftliches Wachstum für die Mehrheit der Bevölkerung noch eng mit einer Zunahme an Wohlstand und Lebensqualität verbunden war. Ab einem bestimmten Entwicklungsniveau, wie es inzwischen in Deutschland und anderen westlichen Industrieländern erreicht ist, treten aber zunehmend negative Begleiterscheinungen eines primär durch kapitalistische Marktkräfte generierten Wachstums in Erscheinung.

Offensichtlich laufen im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung zwei mit Blick auf den Wohlstand gegenläufige Entwicklungen ab: Zum einen steigen mit einer Zunahme der Wirtschaftsleistung die durchschnittlichen Möglichkeiten, mehr Waren und Dienstleistungen zu nutzen. Hiermit ist auf niedrigem Einkommens- und Produktivitätsniveau noch ein unmittelbarer Wohlstandsgewinn verbunden. Mit zunehmender Befriedigung grundlegender Bedürfnisse sinkt andererseits aber der Nutzen zusätzlicher Waren und Dienstleistungen und damit auch die Bedeutung weiteren Wachstums. Gleichzeitig nehmen negative Begleiterscheinungen des Wachstums zu: Der Raubbau an natürlichen Ressourcen (in vielen Ländern als Entwicklungsmodell des Extraktivismus dominant), Klimawandel, Erosion der Biodiversität, schlechte Arbeitsbedingungen, sowie stark zunehmende Verteilungsungleichgewichte bei Einkommen und Vermögen, verbunden mit einer sich ausweitenden Armut, breiter Bevölkerungsschichten. Im Ergebnis wird es notwendig, diesen Entwicklungspfad zu verlassen, wenn statt hohen Wachstumsraten und überhöhten Kapitalprofiten in Zukunft Wohlstand und Lebensqualität für alle Menschen im Vordergrund stehen sollen.

Wir haben in der Enquete-Kommission darüber hinaus auch die weitergehende Frage nach dem Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und den sich darin ausdrückenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen gestellt – also inwiefern etwa hierarchische Klassenverhältnisse festgeschrieben werden, weil die Unternehmer und Kapitalbesitzer über die Art von Investitionen und damit Wachstum entscheiden, die Beschäftigten darauf aber in der Regel keinen Einfluss haben.¹² Kapitalistisch getriebenes Wirtschaftswachstum reproduziert gesellschaftliche Verhältnisse, in denen Lebenschancen und Handlungsspielräume, Vermögen und Einkommen höchst unterschiedlich verteilt sind. Es festigt gesellschaftlichen Ein- und Ausschluss entlang von Klassenstrukturen, Macht- und Eigentumsverhältnisse, die asymmetrischen Geschlechterverhältnisse und ethnisierte Ungleichheit, Ungleichheit zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten sowie eine polarisierte Weltwirtschaftsordnung. Deshalb müssen Fragen alternativer Entwicklungswege mit einer Kritik von Macht- und Herrschaftsverhältnissen und mit einer Demokratisierung der Gesellschaft sowie einer Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen einhergehen. Hier liegt das Besondere einer linken Position im Feld «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität».

12 Ulrich Brand, Wachstum und Herrschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 27/28. 5. Juli 2012, S. 6–12.

Nachdem die Enquete-Kommission in den einzelnen Projektgruppen ihre Arbeit aufgenommen hatte, wurde schnell deutlich, dass insbesondere VertreterInnen der Koalitionsfraktionen und einige ihrer Sachverständigen den Versuch einer kritischen Zustandsbeschreibung blockierten, sofern sich daraus Notwendigkeiten für Regulierungen und für weitergehende gesellschaftliche Reformen abzeichneten:¹³ Die Krise war nach Auffassung der Mehrheitsposition kein Anlass zur Revision der Wachstumsfixierung. Im Gegenteil: Entwicklung, Fortschritt und Wachstum wurden von Beginn an gleichgesetzt, Wachstumskritik als Entwicklungs- und Fortschrittsverweigerung und als Infragestellung der angeblich so gut funktionierenden deutschen Sozialen Marktwirtschaft gebrandmarkt.

Das durch technologische Innovationen hervorgerufene Wachstum führe demgegenüber zu kontinuierlichen Qualitätssteigerungen von Waren und Dienstleistungen und die Qualitätssteigerungen würden wiederum im Zuge von Preisbereinigungsverfahren in zusätzliche Wertschöpfung umgerechnet. Prinzipielle Wachstumsgrenzen wurden bestritten, Ressourcen- und Senkenprobleme seien durch technischen Fortschritt lösbar. Bei knappen Ressourcen würden entsprechende Preissignale ausgelöst, die technischen Fortschritt und ausreichende Effizienzsteigerungen nach sich zögen. Der Wirtschaft wird, wie der von der FDP benannte Sachverständige Karl-Heinz Paqué in großzügiger Ignoranz einer der schwersten Krisen des Kapitalismus formulierte, «bereits heute die Fähigkeit zugesprochen, sich neuen Verhältnissen durch Mobilisierung von Innovationskraft anzupassen».¹⁴ Bedingung dafür sei das möglichst freie Wirken von Marktkräften und von innovativen Unternehmern in einem weitgehend von staatlichen Eingriffen befreiten Umfeld. Alle Texte der Mehrheitsposition variieren daher die grundlegende Melodie des hohen Lieds auf die Soziale Marktwirtschaft, die sich «bewährt» habe, so dass keineswegs ein «radikales Umsteuern im Sinne einer sofort einsetzenden «Großen Transformation»» nötig sei.¹⁵

13 So wurde auch die wachstumskritische Ausrichtung des Ursprungsentwurfs des Einsetzungsantrags entschärft. Im Ursprungsentwurf (Bundestagsdrucksache 17/3990) war entsprechend zu lesen: «Zu Unrecht gelten daher das BIP und sein Wachstum als wichtigster Indikator einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Weder die sich verschärfende Klimakrise noch die Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise werden vom BIP erfasst, genauso wenig wie die wachsende soziale Spaltung in unserem Land oder der Hunger in der Welt.» Im fraktionsübergreifenden Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen (Bundestagsdrucksache 17/3853) an dessen Erstellung Die Linke nicht beteiligt wurde, ist aus dieser umfassenden Kritik am BIP der folgende Satz geworden: «Unstreitig ist, dass das BIP soziale und ökologische Aspekte nicht hinreichend abbildet.» Ein Auftrag «wie unsere europäischen Sozialstaatsmodelle auch ohne eine klassisch wachstumsorientierte Wirtschaft gestärkt werden können», fehlt. Und auch das ursprüngliche Ziel ein neues Leitbild für die Art und Weise des zukünftigen Wirtschaftens zu entwickeln, «das die systemischen Fehlentwicklungen alter Maßstäbe überwindet und den verengten Wachstumsbegriff der letzten Jahrzehnte durch ein neues und breiteres Verständnis von individuellem Wohlergehen, gesellschaftlichem Fortschritt und nachhaltiger Entwicklung ablöst», sucht man im Konsensentwurf vergeblich.

14 Vgl. Karl-Heinz Paqué: Wert des Wachstums: Kompass für eine Kontroverse, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 27/28, 2012, S. 16.

15 Vgl. hierzu das von der Koalitionsmehrheit unterstützte Kapitel «Grundsätze nachhaltiger gestalteter Ordnungspolitik» der Projektgruppe 4.

In Auseinandersetzung mit dieser wachstumseuphorischen Position¹⁶ hat DIE LINKE – zusammen mit den übrigen Oppositionsparteien und ihren jeweiligen Sachverständigen – eine alternative, kritische Bestandsaufnahme des vorherrschenden Wachstumsmodells und seiner wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen vorlegen und darauf aufbauend das Konzept einer sozial-ökologischen Transformation¹⁷ formulieren können.

Ausgangspunkte dafür sind die ungelösten Probleme der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, die zunehmende soziale Desintegration und die ökologische – oder besser gesagt: die sozial-ökologische Krise. Im Oppositionsbericht stellen wir deshalb fest:

«Entweder drohen soziale Ausgrenzungen, ökologische Krisen und erbitterte Verteilungskämpfe, weil sich die Politik den Zwängen entfesselter Märkte mit ihrer kurzfristigen Gewinnmaximierung untergeordnet hat. Die Entbettung der Ökonomie aus den gesellschaftlichen Zusammenhängen war die Ursache der großen Krisen des letzten Jahrhunderts, heute geht es um die soziale und ökologische Einbettung in einer globalen Marktgesellschaft; oder es kommt zu einer nachhaltigen Entwicklung, die weit über Umwelt und Naturschutz hinausgeht. Sie verbindet die ökologische Modernisierung mit wirtschaftlichen Innovationen, sozialer Gerechtigkeit und kultureller Erneuerung. Nachhaltigkeit erfordert eine starke Demokratie und sie stärkt auch die soziale Demokratie.»¹⁸

Davon ausgehend konnte ein Konsens in wichtigen Fragen einer nachhaltigen Wirtschafts- und Sozialpolitik erzielt werden. In dieser Konstellation haben die Bundstagsfraktion der LINKEN und ihre Sachverständigen gewerkschaftliche, globalisierungskritische und feministische Positionen eingebracht.

Schwerpunkt unserer Arbeit war vor diesem Hintergrund die Forderung nach einer Stärkung des Sozialstaats, einem Ausbau öffentlich notwendiger Dienstleistungen und der Hinweis auf die Notwendigkeit umfassender verteilungspolitischer Anstrengungen, was sowohl Einkommen wie Vermögen, aber auch Arbeitszeiten angeht.

Herausragende Kritikpunkte waren die Folgen der Arbeitsmarktreformen im Zuge der «Agenda 2010», der Emissionshandel als ein angeblich wirkungsvolles marktwirtschaftliches Instrument, Treibhausgasemissionen schnell und effizient zu senken, und der problematische Extraktivismus, demzufolge Ressourcen rücksichtslos und unter rein ökonomischen Gesichtspunkten aus der Natur entnommen werden können. Außerdem haben wir mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, dass feministische Positionen nicht ausgeblendet werden dürfen, die einen breiteren Krisenbegriff und

16 Vgl. zur Auseinandersetzung mit der wachstumseuphorischen Position bereits Reuter, Norbert: Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen, 2. vollst. überarb. und akt. Auflage. Marburg 2007.

17 Sondervotum Sozial-ökologische Transformation. Projektgruppe 3. Kapitel D. 7.1.3 Gesamtbericht. Kommissionsdrucksache 17 (26) 123, S. 570 ff.

18 Sondervotum zur Projektgruppe 1, Gesamtbericht. Kommissionsdrucksache 17 (26) 123, S. 133.

Wohlstandsbegriff haben und nicht-marktförmige Dimensionen wie etwa die Sorgearbeit thematisieren.¹⁹

Im Folgenden wird im Überblick dargestellt, welche konkreten Positionen wir in der Enquete-Kommission vertreten und in den Projektgruppen formuliert haben. Sie sind in den einzelnen Projektgruppen in unterschiedlichem Ausmaß akzeptiert und gelegentlich auch von der Mehrheit der Kommission übernommen bzw. geteilt worden; dies trifft insbesondere auf die Abschlussberichte der Projektgruppen 3 («Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischer Fortschritt – Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung») und 5 («Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile») zu, die in ihren Analysen zum Zusammenhang zum Ressourcenverbrauch, zu Veränderungen in der Arbeitswelt und zur Bedeutung des Konsums von einer Akzeptanz unterschiedlicher wissenschaftlicher Zugänge und politischer Schlussfolgerungen geprägt war («We agree, that we disagree»). Wir unterstützen entsprechend Handlungsempfehlungen der Kommission, die auf eine Korrektur der von uns kritisierten Fehlentwicklungen zielen.

In vielen Fällen war jedoch wegen grundlegend verschiedener Auffassungen eine Formulierung gemeinsamer Texte nicht möglich. Daher flossen unsere Positionen weitgehend in gemeinsame Sondervoten der Opposition ein. Dies trifft insbesondere auf die Projektgruppen 1 («Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft») und 4 («Nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik») sowie die Handlungsempfehlungen der Projektgruppe 3 zu. In einigen Fällen haben wir auch eigenständige Sondervoten formuliert, etwa im Hinblick auf ein geeignetes Indikatorenset (Projektgruppe 2 «Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands-/Fortschrittsindikators»), die Bedeutung eines gesetzlichen Mindestlohns, die grundlegende Kritik des Emissionshandels, die Schuldenbremse, die Rente mit 67 und den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt.

2. Schwerpunkte

2.1 Deregulierte Finanzmärkte als Problemverursacher

Eine forcierte und undifferenzierte «Wachstumspolitik» durch eine Entfesselung der Marktkräfte mittels Deregulierung, Entstaatlichung und Liberalisierung galt lange Zeit auch auf den Arbeitsmärkten, bei der Bereitstellung von gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen oder der Versorgung mit alltäglichen Gütern wie Elektrizität oder Trinkwasser als das richtige Mittel, um über eine Rückkehr auf den Wachstumspfad wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme zu lösen und so Wohlstand und Lebensqualität zu steigern. Am deutlichsten konnte man die negativen Folgen einer bornierten Wachstumsfixierung, die von einer «Entfesselung der Marktkräfte» Wohlstandsgewinne für alle erwartet, in den Jahren vor der großen Wirtschaftskrise auf den Finanzmärkten beobachten.

19 Sondervotum: Geschlechterpolitische und feministische Perspektiven auf Wohlstand und Lebensqualität. Vgl. Biesecker, Adelheid; Christa Wichterich; Winterfeld, Uta von (2012): Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Hintergrundpapier. Kommissionsmaterialie 17.

Seit den 1990er Jahren wurde verstärkt versucht zu belegen, dass ein deregulierter, flexibler und liberalisierter Finanzsektor starke Wachstumsimpulse für die wirtschaftliche Entwicklung liefere. Offene und deregulierte Kapitalmärkte wurden als der Königsweg zur Maximierung der Realkapitalbildung von Industrieunternehmen und damit zu höherem Wachstum propagiert.

Das Ergebnis der darauf folgenden Wellen der Deregulierung und Liberalisierung war aber das genaue Gegenteil: funktionsunfähige Finanzmärkte, die dauerhaft hohen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und im Bereich der Spekulation mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln auch ökologischen Schaden befördern und verursachen.

Vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise war die Koalition bereit, gemeinsam mit der Opposition eine umfassende Ursachenanalyse vorzunehmen und entsprechende Regulierungen zu fordern, die von höheren Eigenkapitalanforderungen, über eine Bankenabgabe bis zu stärkeren Eingriffsrechten gegen unangemessene Bonuszahlungen reichen. Ohne die vorangegangene Finanzmarktkrise wären solche Empfehlungen kaum zustande gekommen. Für uns war es darüber hinaus zentral, in eigenen Sondervoten weitergehende Regulierungen wie eine allgemeinen Rezeptpflicht für Finanzprodukte, das Verbot von Kreditderivaten und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu fordern (vgl. Projektgruppe 4: Kapitel E 2.3).

2.2 Armut trotz Wachstum

Im Mehrheitsbericht der Koalition (Projektgruppe 1: Kapitel B 3.6) wird zwar ein «moderater Trend hin zu einer Spaltung der Gesellschaft» seit den 1960er Jahren konstatiert. Dieser wird aber im Wesentlichen auf die Abnahme der Haushaltsgrößen sowie den Rückgang der arbeitsintensiven Industrien und damit ein «Wegrationalisieren» einfacher Arbeiten zurückgeführt. Die empirisch nicht zu leugnenden Spaltung der Gesellschaft wird dadurch zu relativieren versucht, dass es zukünftig zu einem «Ende des Spaltungstrends» komme, da «die Marktkräfte nicht mehr so stark in Richtung Spreizung ziehen» würden. Daher bedürfe es auch keiner verteilungspolitischen Eingriffe. Notwendig sei vor allem eine bildungspolitische Offensive und damit eine Anpassung der Qualifikationsprofile an die technische Entwicklung. Bessere Bildung und technische Innovationen werden nach diesem Verständnis zur zentralen Voraussetzung für eine Rückkehr zu hohen Wachstumsraten, die dann auch ein «Ende des Spaltungstrends» wahrscheinlich machen würden.

Im gemeinsamen Sondervotum der Opposition in der Projektgruppe 1 wurde demgegenüber festgehalten, dass das Bruttoinlandsprodukt als Maßstab für die Wohlstandsentwicklung ungeeignet ist, schon allein weil es nicht einmal die tatsächliche Leistung angemessen erfasst, geschweige denn eine Auskunft über die Einkommensverteilung gibt. Darüber hinaus wurde der wichtige empirische Zusammenhang betont, dass sich Armutsentwicklung und Einkommensungleichheiten trotz einer realen Zunahme des Bruttoinlandsproduktes verschärft haben. In diesem Zusammenhang wurde erneut die zunehmende Entkopplung von Wachstums- und Wohlstandsent-

wicklung deutlich. In der Projektgruppe 4 wurden deshalb konkrete verteilungspolitische Maßnahmen wie die Anhebung des Spitzensteuersatzes und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer vorgeschlagen (Sondervotum zu Kapitel E 3.5 und 3.6). Die wesentlichen Ursachen für die armutsverschärfende Entwicklung in unserer Gesellschaft sind aber auf dem Arbeitsmarkt zu suchen.

2.3 Prekäre Arbeit trotz Wachstum!

Trotz aller Wachstumsfixiertheit wird im Mehrheitsbericht der Koalition (Projektgruppe 1: Kapitel B 3.5) zumindest die Fragestellung aufgegriffen, ob auch bei niedrigen Wachstumsraten ein hohes Beschäftigungsniveau aufrechterhalten werden könne, da sich empirisch jenseits von kurzfristigen konjunkturellen Schwankungen kein eindeutiger Zusammenhang zwischen Wachstumsentwicklung und Beschäftigungsniveau feststellen lasse. Unbestritten bleiben jedoch in der Koalition die positiven Wirkungen der seit 2003 schrittweise durchgeführten Arbeitsmarktreformen (Hartz I-IV) für das Beschäftigungsniveau und die «Wettbewerbsfähigkeit» der deutschen Wirtschaft.

Für uns stand dagegen die Tatsache im Vordergrund, dass gerade in Folge der Arbeitsmarktreformen ein Gros des jüngsten Anstiegs der Beschäftigung auf die Zunahme der Teilzeit zurückzuführen ist. Hinter der vermeintlich positiven Arbeitsmarktentwicklung verbirgt sich zudem eine massive Ausweitung des Niedriglohnssektors. Obwohl die Zahl der Erwerbstätigen deutlich angestiegen ist, sind insgesamt die geleisteten Arbeitsstunden (das Arbeitsvolumen) weitgehend gleich geblieben. Mehr Beschäftigte teilen sich also ein weitgehend konstantes Arbeitsvolumen, das auch heute noch unter dem Wert des Jahres 1990 liegt. Diese Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt gingen mit einem deutlichen Anstieg prekärer Beschäftigungsverhältnisse einher, wovon vor allem Frauen betroffen sind. Als Reaktion darauf fordert die Opposition unter anderem eine koordinierte Strategie der Arbeitszeitverkürzung, eine staatlich flankierte Lohnpolitik mit einem gesetzlichen Mindestlohn und Equal-Pay-Regelungen und ein umfassendes Konzept der geschlechtergerechten Neuverteilung von Erwerbs- und Care-Arbeit.

Angesichts von Entgrenzungen und Flexibilisierungen in der Arbeitswelt, dem Wandel der Beschäftigungsverhältnisse und daraus resultierenden zunehmenden psychischen Belastungen war es notwendig, über die Zukunft der Arbeit neu nachzudenken. Hier wurden in der Projektgruppe 5 drei verschiedene Perspektiven verfolgt (vgl. Kapitel F 3).

Die neoliberale Position setzt wie gehabt weiter auf Flexibilisierung, Deregulierung und ein «Produktivitätsplus durch Humankapitalerhöhung». Erwerbsarbeit soll ausgedehnt und die Arbeitszeit erhöht werden. Wir lehnen diese herabwürdigende Sicht auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab und wollen den Menschen eine gute Arbeit und ein gutes Leben ermöglichen. Als Linke können wir uns in den beiden anderen der im Bericht der Projektgruppe 5 festgehaltenen idealtypischen Optionen zur Zukunft der Arbeit verorten:

Die zweite Perspektive beinhaltet gewerkschaftliche Positionen und zielt auf eine qualitative Aufwertung von Erwerbsarbeit. Den Beschäftigten sollen bessere Arbeitsbedingungen ermöglicht werden. Arbeitszeit sollte verkürzt und nicht ausgeweitet werden und wie die Einkommen geschlechtergerecht verteilt werden. Die Partei DIE LINKE hat dazu Sondervoten zum Thema Mindestlohn und Mitarbeiterkapitalbeteiligung vorgelegt.

Die dritte Perspektive, welche die zweite ergänzt, geht darüber hinaus und wird insbesondere in der kritischen und feministischen Arbeitsforschung diskutiert. Erwerbsarbeit wird dabei als zentraler gesellschaftlicher Integrationsmechanismus in unsere Gesellschaft weiter anerkannt. Es werden jedoch auch die Tätigkeiten jenseits des Arbeitsmarktes in den Blick genommen. Diese Perspektive wurde sehr stark von der LINKEN in die Enquete-Kommission eingebracht und im Bericht der Projektgruppe 5 verankert: «Damit die ‚Zukunft der Arbeit‘ zu zukunftsfähigem Arbeiten führt, ist ein neues Arbeitsverständnis nötig, das die vielfältigen Arbeitsformen jenseits des Marktes (z. B. Sorge-Arbeit, bürgerschaftliches Engagement, Eigenarbeit) mit der Erwerbsarbeit integriert und dieses Ganze der Arbeit hierarchiefrei und naturverträglich gestaltet. Dieses neue Arbeitsverständnis ist die Basis für eine gesellschaftliche Umverteilung und Umwertung von Arbeit, die alle einschließt und geschlechtsspezifische Zuweisungen und Abwertungen überwindet.»²⁰ Hintergrund dieses erweiterten Arbeitsverständnisses ist dabei die Vorstellung, dass in die klassischen Wohlfahrtsindikatoren nur die marktförmige, bezahlte und als «produktiv» geltende Arbeit einfließt. Der Bereich der unbezahlten Arbeit bleibt unsichtbar. Hierin spiegelt sich eine historische Trennungsstruktur zwischen Produktion und Reproduktion, zwischen öffentlich und privat sowie zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit wider. Dabei wird die Care-Arbeit ähnlich wie die Natur als quasi unendlich dehnbare Ressource vorangesetzt, sodass von einer Externalisierung als Prinzip gesprochen werden kann.²¹

Ausgangspunkt dieser Betrachtung des Ganzen der Ökonomie sind die vielfältigen Tätigkeiten, welche die Gesellschaft und ihre natürlichen Lebensgrundlagen reproduzieren – dazu gehört auch die Erwerbsarbeit, aber eben nicht nur diese. Dabei wird der Versuch unternommen, soziale und ökologische Nachhaltigkeit sowie emanzipatorische Ansätze miteinander zu verbinden. Das geht mit erheblichen Herausforderungen für die Umgestaltung der Systeme der sozialen Sicherung einher sowie mit weitreichenden gesetzlichen Eingriffen in das Wirtschaftsgeschehen. Der Politik kommen daher erhebliche Gestaltungsaufgaben zu.

Vor diesem Hintergrund kommt auch dem Zeitwohlstand eine zunehmende Bedeutung zu. Deshalb sind verstärkt individuelle Wahlmöglichkeiten zwischen Ein-

20 Biesecker, Adelheid (2012). Wie wird aus der «Zukunft der Arbeit» zukunftsfähiges Arbeiten? Anhörung der der Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität», Kommissionsmaterialie M-17 (26) 24.

21 Vgl. Biesecker, Adelheid; Christa Wichterich; Winterfeld, Uta von (2012): Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Hintergrundpapier. Kommissionsmaterialie 17 (26) 23.

kommenssteigerung und Zeitwohlstand durch Formen der Arbeitszeitreduzierung zu schaffen. Dazu gehört die Sicherstellung von Personalausgleich oder dem Wegfall von Aufgaben bei Arbeitszeitverkürzung, um wachsenden Arbeitsdruck zu verhindern. Allgemeines Ziel wäre eine «verkürzte Vollzeit für alle». Auch könnte mit der Möglichkeit, Arbeitszeitverkürzung befristet individuell zu testen («Schnupper-AZV») dem Gewohnheits- und Tretmühlenproblem entgegengewirkt werden. Damit diese Entwicklungen nicht zu weiterer Prekarisierung führen, bedarf es starker sozialpolitischer Gestaltung.

2.4 Abnehmende Wachstumsraten und die Folgen

Für uns war es im Verlauf der Enquete-Beratungen wichtig, dem von konservativer Seite propagierten «Verzichtsmythos»²² entgegenzutreten. Sofern die Prognose auch in Zukunft niedriger bzw. weiter sinkender Wachstumsraten geteilt wird, wird gerade von konservativer Seite auf die Notwendigkeit sozialstaatlicher Demontage geschlossen. Der von der CDU/CSU benannte Sachverständige Meinhard Miegel hatte dies wie folgt umschrieben: «Auch künftig wird der Staat sozial sein, sozial sein müssen, wenn er von Dauer sein will. Gerade deshalb wird er aber nicht umhinkommen, den breiten Strom materieller Leistungen spürbar einzudämmen.»²³

Es ist jedoch falsch, aus dem Rückgang von Wachstumsraten auf den Sachzwang zu sozialen Kürzungen zu schließen. Zum einen ist Deutschland trotz seit Jahrzehnten sinkender Wachstumsraten eines der reichsten Länder der Welt, sodass hier per se keine grundsätzlichen Finanzierungsprobleme, sondern in erster Linie Verteilungsprobleme von Einkommen und Vermögen im Vordergrund stehen: Hohe und stark gestiegene Gewinn- und Vermögenseinkommen stehen stagnierende Arbeitnehmerentgelte und wachsende Armut gegenüber; hohe und stark steigende private Geldvermögen einer hohen Staatsverschuldung. Auch lässt sich mit Projektionen auf der Grundlage realistischer Annahmen abschätzen, dass selbst bei weiterhin hoher Arbeitslosenquote und niedrigen zukünftigen Wachstumsraten trotz Alterung unserer Gesellschaft keineswegs mit sinkenden, sondern mit deutlich steigenden Pro-Kopf-Einkommen zu rechnen ist (vgl. Sondervotum der Opposition zur Projektgruppe 1).

Insofern bestätigt sich erneut, dass umfassendes Sparen, Kürzen und sozialstaatliches Schrumpfen keineswegs alternativlos ist. Auch wenn die jährlichen Zuwächse zweifellos zukünftig kleiner werden, vergrößern sich die Verteilungsspielräume – wenn auch langsamer – weiter. Insofern hat Deutschland kein grundsätzliches (finanzielles) Knappheits-, sondern in erster Linie ein Verteilungsproblem. Deshalb müssen sich alle politischen Maßnahmen jetzt und in der Zukunft daran messen lassen, inwieweit sie der sich verschärfenden Verteilungsproblematik entgegenwirken. Dies gilt, wie erwähnt, für die Verteilung des vorhandenen und im Trend sinkenden Arbeitsvolu-

22 Vgl. ausführlich Norbert Reuter: Deutsche Verzichtsmythen, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 4, 2012, S. 311–314.

23 Miegel, Meinhard: Exit: Wohlstand ohne Wachstum, Berlin 2010, S. 202f.

mens, aber auch für die Ausgestaltung des Steuerrechts wie für die Frage der Finanzierung der Sozialversicherungen. Steuergerechtigkeit ist im zunehmend autoritären Neoliberalismus nach wie vor weitgehend tabu. Dies hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung in seinem Bericht von 2011 bekräftigt, als er jegliche Erhöhung von Steuern und Abgaben mit dem pauschalen Hinweis kategorisch zurückwies, «dies [hätte] ungünstige Anreizwirkungen auf dem Arbeitsmarkt und für die Investitionstätigkeit».²⁴ Diese Position beschreibt auch die Mehrheitsmeinung in der Enquete.

Wir konnten demgegenüber im Oppositionsvotum die alternative Sichtweise verankern, dass der Staat vor allem ein Einnahmeproblem hat und durch Ausgabenkürzungen bereits in der Vergangenheit die Zukunftsvorsorge massiv vernachlässigt hat. Demzufolge liegt der Fokus bereits im Sondervotum der Projektgruppe 1 auf der Darstellung und Beschreibung der staatlichen Kürzungspolitik und seiner negativen Auswirkungen und sozialen Folgeprobleme. Dies wurde dann im Sondervotum der Projektgruppe 4 zur «Nachhaltigen Finanzpolitik» durch eine Analyse von steuerlichen Reformmaßnahmen zur Verbesserung der Einnahmesituation aufgegriffen und konkretisiert.

Auch wenn dort nicht detailliert unsere steuerlichen Reformvorschläge ausgeführt werden konnten, ist es dennoch gelungen, die wesentlich von uns vertretenen Reformnotwendigkeiten anzusprechen. Hierzu gehören:

- die Anhebung des Spitzensteuersatzes;
- eine Erhöhung der Abgeltungssteuer mit dem perspektivischen Ziel, Kapitalerträge wieder in die individuelle Einkommensteuer einzugliedern;
- die Einführung einer Finanztransaktionssteuer;
- die Erhebung einer dauerhaften Vermögenssteuer und einer zeitlich befristeten Vermögensabgabe («Millionärsabgabe»);
- die Stärkung des Erbschaft- und Schenkungsteueraufkommens;
- die Erhöhung der Unternehmensbesteuerung;
- die Bekämpfung von Steuerbetrug;
- die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer unter Einbeziehung der Freiberufler zu einer Gemeindewirtschaftssteuer.

2.5 Herausforderungen zur Sicherung des Sozialstaates

Vor dem Hintergrund zukünftig niedriger Wachstumsraten wird immer wieder auf Probleme bei der Finanzierung der Sozialversicherungssysteme verwiesen. Hier hat sich bereits über Jahrzehnte die Finanzierungsbasis der Gesundheits- wie der Altersvorsorge verändert. Im Ergebnis sind die sozialversichert Beschäftigten wie die Steuerzahler über die Anhebung u. a. von Verbrauchssteuern und Abgaben verstärkt belastet worden. Durch vorhandene Beitragsbemessungsgrenzen werden demgegen-

24 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung: Herausforderungen des demografischen Wandels, Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden 2011, S. 11.

über hohe Einkommen relativ entlastet. Darüber hinaus können sich Bezieher hoher Einkommen und ganze Berufsgruppen durch den Wechsel in private Versicherungen der Pflichtversicherung und damit auch der solidarischen Lastenverteilung entziehen.

Die Folge der Finanzierungsengpässe waren Leistungssenkungen bei der Kranken- wie bei der Rentenversicherung. Über die dahinterstehenden politischen Entscheidungen droht das System insgesamt in eine Funktions- und Legitimationskrise zu geraten. Die bestehende Finanzierung ist nicht nur sozial ungerecht und nicht nachhaltig, zugleich gibt es Fehl-, ebenso wie Unter- und Überversorgung. Dessen ungeachtet ist Grundvoraussetzung jeder qualitativ hochwertigen allgemeinen Gesundheitsversorgung und Alterssicherung eine ebenso stabile wie ausreichende Finanzierungsbasis, die möglichst sämtliche Einkommensarten berücksichtigt und alle Bürgerinnen und Bürger integriert. Dann ließe sich eine steigende Belastung pro Kopf (als Beitrags- wie als Steuerzahler) bei hohem Sicherungsniveau selbst angesichts demographischer Entwicklungen, niedriger Wachstumsraten und angespannter öffentlicher Haushalte verhindern.

Für das Segment der Gesundheits- und Pflegeversicherung erfordert dies erstens die Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger und damit auch das Ende der Privatversicherungen als Vollversicherungssystem. Zweitens müssen bei der Berechnung der individuellen Beiträge sämtliche Einkommensarten (neben den Arbeitseinkommen auch Honorare sowie Miet-, Pacht- und Kapitalerträgen) berücksichtigt werden. Drittens muss die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft und damit eine progressive Ausrichtung der Beiträge an der individuellen Leistungsfähigkeit erreicht werden. Schließlich ist viertens die paritätische Finanzierung der Gesamtbeiträge zwischen Arbeitsgeber und Arbeitnehmer wiederherzustellen.

Ähnlich wäre bei der Rentenversicherung zu verfahren: Ziel ist es, alle Personen unabhängig vom Einkommen und Berufsstatus in das System einzubeziehen. Um die Herausforderungen der Altersarmut anzugehen und eine solide Finanzierungsbasis zu erreichen, sind auch hier die Umverteilungskomponenten im System auszubauen, etwa durch Anhebung und mittelfristige Abschaffung der bisherigen Beitragsbemessungsgrenzen. Zugleich müsste der daraus resultierende Anstieg der potentiellen Rentenzahlung ab einer bestimmten Höhe degressiv gestaltet oder sogar gedeckelt werden. Maßnahmen zur Bekämpfung der drohenden Altersarmut sind zudem über Steuern zu finanzieren, da es sich hierbei um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt. Um ein strukturell armutsfestes und Lebensstandard sicherndes Rentenniveau zu finanzieren und die Kosten der Altersarmut gesellschaftlich gerecht zu verteilen, müsste auch der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung steigen. Insgesamt müssten als Folge dieses Maßnahmenpaketes die Beschäftigten jedoch einen geringeren Anteil ihres Bruttoeinkommens für die Altersvorsorge ausgeben als nach heutigem Stand.

Die skizzierten Änderungen der Finanzierungsbasis zweier Hauptzweige der sozialen Sicherung sind unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit wie auch der solidarischen Lastenverteilung der Absicherung gegen die auch in Zukunft bestehen-

den großen Lebensrisiken (Krankheit und Alter) nur rational. Sie sind aber auch die Grundvoraussetzung für jede tragfähige, nachhaltige und effiziente Finanzierung der Sozialversicherungssysteme – gerade um den demografischen Wandel angesichts sinkender Wachstumsraten zu bewältigen.

2.6 Wohlstand neu messen

Die Enquete-Kommission hat den Auftrag, einen Indikator zu entwickeln, der ein ganzheitliches Verständnis von Wohlstand in Zahlen auszudrücken vermag.²⁵ Dabei wurde schnell deutlich, dass sie mehrheitlich nicht willens war, die zentralen Dimensionen der sozialen und ökologischen Entwicklung kritisch zu würdigen und entsprechende Indikatoren zu identifizieren.

Ebenso zu bedauern ist, dass von der Mehrheit aus CDU/CSU und FDP aber auch der SPD nicht nur ein mangelhafter, sondern auch ein viel zu umfangreicher Indikatorensatz vorgeschlagen wird. Ein Tableau aus insgesamt 20 Indikatoren ist einer breiten Öffentlichkeit nicht vermittelbar. Abwegig ist darüber hinaus die Aufgliederung des Indikatorensatzes in zehn «Leitindikatoren», neun «Warnlampen» und eine «Hinweislampe». Aus diesen Gründen wird der mehrheitlich beschlossene Indikatorensatz kaum mediale Aufmerksamkeit finden und keine nennenswerte politische Wirkung entfalten. Das grundsätzlich begrüßenswerte Anliegen der Enquete-Kommission wird dadurch konterkariert.

Wohlstand und Lebensqualität für alle Menschen innerhalb der ökologischen Grenzen – das ist im 21. Jahrhundert die entscheidende politische Aufgabe, deren Erfüllung mit geeigneten und möglichst wenigen Indikatoren gemessen werden sollte. Für die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger sind drei Fragen von zentraler Bedeutung, wenn es um die Lebensqualität geht. Bin ich an der wirtschaftlichen Entwicklung beteiligt oder geht sie an mir vorbei? Ist die Teilhabe an den sozialen Aspekten der Lebensqualität und an der Gestaltung der Gesellschaft gesichert oder bestimmen nur die «oberen Zehntausend», was in unserem Lande geschieht? Wie steht es um die natürlichen Lebensgrundlagen bei uns und global, und was muss getan werden, damit unsere Kinder und Enkel auch in Zukunft gut leben können? Folglich geht es darum, diese drei genannten Dimensionen in der Sache zutreffend und für breite Bevölkerungsschichten verständlich zu quantifizieren.

Der Indikatoren-Vorschlag der Linken

Damit deutlich wird, inwieweit die wirtschaftliche Entwicklung bei den Erwerbstätigen tatsächlich ankommt, sollte erstens das Bruttogehalt je Beschäftigten als Indika-

25 Deutscher Bundestag Drucksache 17/3853, 17. Wahlperiode 23. 11. 2010, Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Einsetzung einer Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft».

tor für die Teilhabe am wirtschaftlichen Wohlstand genommen werden. Weil krasse Ungleichheit nahezu alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens prägt, sollte zweitens die Reich-Arm-Verteilung die soziale Qualität der Gesellschaft und die Chancen der Mitgestaltung repräsentieren. Und drittens ist der ökologische Fußabdruck ein wissenschaftlich ausgereifter und gut kommunizierbarer Indikator für die ökologische Tragfähigkeit, weil er die Belastung der Atmosphäre, der Böden und der Gewässer zusammenfassend zum Ausdruck bringt. In diesem Sinne schlägt DIE LINKE ein «Trio der Lebensqualität» vor.

Trio der Lebensqualität		
Dimensionen	Indikatoren	Zusätzliche Aspekte
Teilhabe am wirtschaftlichen Wohlstand	Bruttogehalt preisbereinigt, je Beschäftigten (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer)	BIP, Beschäftigung, Umfang und Qualität der Investitionen, private und staatliche Finanzen, globaler Handel und globaler Kapitalverkehr
Soziale Qualität der Gesellschaft und Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens	Reich-Arm-Verteilung (Vermögen des reichsten Prozents der Bevölkerung im Verhältnis zur ärmeren Bevölkerungshälfte)	Gesundheit, Bildung, Rente, Zugang zu allen Leistungen der Daseinsvorsorge, Qualität der Demokratie, Zugang zu Informationen/Kultur/Meinungsbildung, Missbrauch wirtschaftlicher und politischer Macht
Ökologische Tragfähigkeit	Ökologischer Fußabdruck	Klimawandel, biologische Vielfalt, Eintrag von Stickstoff und Phosphor in die Biosphäre, stratosphärische Ozonschicht, Landnutzungsänderungen, Wassernutzung, Versauerung der Ozeane, Aerosolbelastung und Verschmutzung durch Chemikalien.

Für die regelmäßige, jährliche Berichterstattung über das «Trio der Lebensqualität» sollte ein «Rat für sozialen und ökologischen Wohlstand» zuständig sein, der sich pluralistisch zusammensetzt und in dem Vertreterinnen und Vertreter mit nachgewiesener sozialer und ökologischer Expertise die Federführung haben. Dieser Rat ist ausdrücklich darauf zu verpflichten, seine Methodik, sämtliche von ihm verwendete Daten und seine Diskussionsprozesse offen zulegen. Mittels prominent platzierter und interaktiv gestalteter Internetseiten sollte die Bevölkerung die Möglichkeit bekommen, an den Debatten über die Lebensqualität teilzunehmen. Statt eine solche offene und demokratische Kommunikation anzuregen, setzt die Enquete-Kommission mehrheitlich auf Hochglanz-Werbung mit nationalistischem Einschlag. Die beschlossene «Wohl.Stand-Kampagne» ist aus unserer Sicht sowohl konzeptionell als auch hinsichtlich ihrer grafischen Umsetzung völlig abwegig.

2.7 Wachstum und Ressourcenverbrauch

Im Einsetzungsbeschluss wurde die Frage gestellt, wie Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch entkoppelt werden können und welche politischen Schlussfolgerungen insbesondere aus der Rebound-Problematik gezogen werden müssen. In der öffentlichen Wahrnehmung der Enquete-Kommission wurde vor allem positiv auf die weitgehend im Konsens verabschiedeten Analysen zum Zusammenhang von Wohlfahrtsentwicklung und Ressourcenverbrauch Bezug genommen (vgl. Projektgruppe 3).

Die sich bereits im Antrag andeutende Engführung auf technische Innovationen und Marktinstrumente hat sich im Laufe der Kommissionsarbeit jedoch weiter verfestigt. Von Seiten der Koalition wurde zunächst versucht, die globale Dimension der Rohstofffrage weitgehend auszuklammern. Die ökologischen und sozialen Folgen des hohen Materialverbrauchs durch Industrieländer und in zunehmend auch der Schwellenländer wurden als lediglich lokale Probleme herabgestuft, die vor allem durch eine unzureichende Umweltgesetzgebung in den rohstoffreichen Ländern des Südens erklärt wurden. Zudem setze der «Weltmarkt» hier ohnehin die richtigen Preissignale. Je knapper bestimmte Ressourcen, allen voran das Erdöl würde, desto schneller würde ihr Preis steigen und damit Anreize für technischen Fortschritt und Ressourceneffizienz setzen.

Übrig bleibe dann nur noch das globale Problem der Emission von Treibhausgasen, für die es auch globale Marktlösungen brauche und zwar einen globalen Vertrag, der die Nutzung und den Handel mit Emissionsrechten regeln solle. Nationale Alleingänge – wie die deutsche Energiewende oder das EEG sowie die gesamten Handlungsempfehlungen der Opposition zum Kapitel 7 der Projektgruppe 3 – werden unter den Generalverdacht eines «Entkopplungs-Aktionismus» gestellt: Sie seien zu teuer, wettbewerbsfeindlich und global wirkungslos. (vgl. Projektgruppe 4: Kapitel E 1: Ordnungspolitik.).

Uns war es von Anfang an wichtig, zivilgesellschaftliche und kritische Perspektiven auf aktuelle Rohstoffpolitiken und -konflikte, wie um die meist katastrophalen Auswirkungen der Erdölförderung, den Abbau von Teersanden, beim Fracking oder den fehlenden Umwelt- und Sozialstandards beim Bergbau in den Ländern des Südens in die Kommissionsarbeit, einzubringen.²⁶ [...]

Erst durch die kritische Perspektive der politischen Ökologie – die nicht «der Gesellschaft» oder «der Menschheit» «die Umwelt» gegenüberstellt, sondern thematisiert, welche Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie Produktions- und Lebensweisen zur zerstörerischen Aneignung von Natur beitragen²⁷ – und unsere Kritik an der

26 Vgl. z. B. Friedel Hütz-Adams, Möglichkeiten und Grenzen der Ressourceneffizienz, Kommissionsdrucksache 17 (26) 69, unter: http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2012/2012-04_Thesenpapier_Enquete-Kommission_Wachstum.pdf.

27 Vgl. Köhler, Bettina/Wissen, Markus: Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein kritischer theoretischer Zugang zur ökologischen Krise, in: Lösch, Bettina/Thimmel, Andreas (Hrsg.): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch, Schwalbach 2009, S. 217–227; Katz, Christine/Müller, Christa/von Winterfeld, Uta: Globalisierung und

Modellwelt der neoklassischen Umweltökonomie wurden in der Enquete-Kommission kritische Perspektiven auf den *Ressourcen-Extraktivismus* möglich. Wir verstehen darunter ein Entwicklungsmodell vor allem für Gesellschaften in Lateinamerika und Afrika, das die Abhängigkeit von der Förderung und dem Verkauf der energetischen und metallischen Ressourcen beschreibt.²⁸ Jüngere Entwicklungen in Griechenland deuten darauf hin, dass auch hier der Ressourcen-Extraktivismus zu einem mächtigen Versprechen aufgebaut wird, um die Wirtschaftskrise zu überwinden.²⁹ In den Industrie- und Schwellenländer werden spiegelbildlich ressourcenintensive Produktions- und Konsummuster sowie Wertschöpfungsketten befördert, die es in den Blick zu nehmen gilt, wenn man nicht bei abstrakten Forderungen nach einem neuen globalen Klimavertrag enden will.

In Oppositionssondervoten zur grundlegenden Reform der Weltwirtschaftsordnung (jeweils Projektgruppe 3, Kapitel D 7) konnte deutlich gemacht werden, dass die bestehenden globalen Institutionen (WTO, Weltbank, IWF) eher Teil des Problems als deren Lösung darstellen und die Verantwortung für globale Umweltprobleme auch bei den nationalen und europäischen politischen Strategien zum Umgang mit Rohstoffen und Energieressourcen zu verorten ist. Darauf aufbauend wurde im Konsens der Oppositionsfraktionen ein umfassender Katalog von Handlungsempfehlungen vorgelegt. Dieser sieht neben klassischen ordnungspolitischen Vorgaben auf nationaler und europäischer in den Bereichen Ressourcen- und Energieeffizienz, Produkt- und Gebäudestandards oder Abfallwirtschaft auch Abgaben im Bereich der Müllwirtschaft, bei Baustoffen und Stickstoff vor; neben Maßnahmen zum Verbot der Spekulation mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln auf globaler Ebene, umfassende Sozial- und Umweltstandards bei Handelsverträgen, Rohstoffabkommen und Investitionsschutzverträgen. Nur angedeutet werden konnte die wichtige Frage, welche politischen Schlussfolgerungen aus der Rebound-Problematik gezogen werden sollten. Für den Energiebereich würde dies z. B. bedeuten, bisherige Einsparziele in absolute Verbrauchsziele zu überführen.

Ein Desiderat für eine weiterführende Diskussion bleiben Alternativen zum Extraktivismus. Hierbei würde es darum gehen, alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle voranzutreiben und etwa wegzukommen von der großen Abhängigkeit der

gesellschaftliche Naturverhältnisse. Wuppertal Papers 143, Wuppertal 2004; Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011): Die Regulation der ökologischen Krise. Theorie und Empirie der Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 36(2), S. 12–34; Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse in: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.): VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg, S. 78–93.

28 Vgl. Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika/Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Der neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin 2012.

29 Charitsis, Alexis/Velegrakis, Giorgos: Energy Sector in Greece. Industrialization, privatization and social resistance, in: Gensler, Marlis (Hrsg.): Energy Policy and Resource Extractivism. Resistances and Alternatives, Brüssel, S. 21–27, unter: <http://rosalux-europa.info/userfiles/file/Reader-EN-Extractivism-Tunis-2013.pdf>.

Staatsbudgets von Rohstoffexporterlösen. Das berührt Fragen nach nachhaltigen Formen der Industrialisierung und ganz zentral nach Landreformen und einer nachhaltigen Nutzung von Ressourcen. Auf Seiten der Rohstoffimporteure müssen Maßstäbe einer solidarischen internationalen Wirtschaftspolitik entwickelt werden. Dazu gehören Instrumente der Preisregulierung und der Einschränkung der Macht von transnationalen Unternehmen.³⁰

2.8 Kritik an der Finanzialisierung der Natur und am Emissionshandel

Im Kapitel D 7 der Projektgruppe 3 wird argumentiert, die Europäische Union sei weltweit ein Pionier bei der Reduktion von Treibhausgasen und habe ihre Klimaschutzziele vor allem durch den Mechanismus des europäischen Emissionshandels (ETS) erreicht. Dieser wird als ein wesentlicher Beitrag zur Energiewende und zur Begrenzung der Erderwärmung auf maximal zwei Grad Celsius dargestellt.

Dem wurde von uns in einem Sondervotum grundsätzlich widersprochen.³¹ Schon die empirische Betrachtung zeigt, dass nicht nur global der Ausstoß an Klimagasen weiterhin steigt. Vielmehr hat der Verbrauch von fossilen Brennstoffen, insbesondere Kohle, zugenommen und gleichzeitig ist der CO₂-Preis im System des Emissionshandels seit 2008 gesunken. Die in einigen Industrieländern erreichten Reduktionen von Treibhausgasen können demnach nicht auf den Emissionshandel zurückgeführt werden. Sie erklären sich primär aus energiepolitischen Weichenstellungen wie etwa das Erneuerbare Energien-Gesetz in Deutschland, der Wirtschaftskrise und der Verlagerung industrieller Produktion in Länder des Globalen Südens. Gleichzeitig wurden durch den ETS und weitere Mechanismen nicht nur neue soziale und ökologische Konflikte in den Ländern des Globalen Südens befördert, sondern auch neue Geschäfts- und Spekulationsmöglichkeiten für Konzerne des Nordens geschaffen. Mittlerweile ist der Kohlenstoffmarkt vor allem durch Betrugsgeschäfte in den Schlagzeilen.

Eine wichtige Schlussfolgerung aus den gescheiterten Versuchen der internationalen Klimakonferenzen und den Erfahrungen mit dem Instrument Emissionshandel ist es für uns, den Blick auf die Inputseite – insbesondere auf die Energieträger Kohle, Gas und Öl – zu lenken und den gesamten Zyklus von der Erschließung, über die Extraktion, die Umwandlung der Energieträger in Energie, den (Börsen-)Handel und Transport bis hin zum Konsum innerhalb der Verkehrs- und Industriesysteme in den Blick zu nehmen. Dabei stößt man wiederum auf den Extraktivismus als attraktives Wirtschaftssystem in vielen Volkswirtschaften des Südens, auf die hohe Gewinne

30 Dies sind Arbeitsschwerpunkte einer internationalen Arbeitsgruppe, die vom Quito-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung koordiniert wird, und Themen mehrerer Seminare des Brüssel-Büros der Stiftung; vgl. auch Brand, Ulrich: Alternativen zur lateinamerikanischen Paradoxie, unter: www.rosalux.de/news/37795 (2011); ders. (Hrsg.): Globale Konflikte als Brennpunkt für Alternativen?, unter: www.rosalux.de/news/38459 (2012).

31 Sondervotum «Notwendige Alternativen zum Emissionshandel» zu Projektgruppe 3, Kapitel D 7.2.2. Gesamtbericht, S. 582 ff.

versprechenden Anstrengungen von Energiekonzernen, Erdöl und Gas mit hohem Energie- und Chemikalieneinsatz «unkonventionell» zu gewinnen, insgesamt also auf die fossile Basis der kapitalistisch-industriellen Produktions- und Lebensweise im Norden, die vom Individualverkehr bis hin zur Massentierhaltung die wesentlichen Ursachen der Treibhausgasemissionen sind.

Deshalb sollten nach dem Atomausstieg der Neubau von Kohlekraftwerken und das Fracking verboten und eine schnelle Stilllegung der Kohlekraftwerke angestrebt werden. Für ein neues Modell von Wohlstand und Fortschritt wird es unverzichtbar sein, eine «postfossile» Wirtschaft und Gesellschaft und entsprechende Freiräume für alternative Lebens-, Mobilitäts-, Ernährungs- und Arbeitsmodelle zu konkretisieren. Inwieweit Produktivitätsgewinne in den Industrieländern in Form von mehr Lebensqualität (z. B. weniger Erwerbsarbeitszeit) oder in Form von mehr Konsum genutzt werden, ist vor allem eine politische Frage. Es ist auch eine politische Frage, wie eine sozial-ökologische Transformation der Produktions- und Lebensweise dem Großteil der Bevölkerung attraktiv wird, denn dazu muss die Transformation nachhaltig, gerecht und demokratisch sein.

2.9 Ökologische Grenzen einhalten und Produktions- und Lebensweise umbauen

Die Enquete-Kommission hat mit der parteiübergreifenden Anerkennung der «planetarischen Grenzen» und der zentralen Bedeutung des Rebound-Effektes³² einen wichtigen Konsens signalisiert, der – von der Politik ernst genommen – zu weitreichenden Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft sowie in der Politik selbst führen muss.

Allerdings drohen bei dieser Metapher der planetarischen Grenzen wichtige Sachverhalte ausgeblendet zu werden. Ein planetarischer Blick oder eine «Astronauten-Perspektive» (Wolfgang Sachs) privilegiert ein Denken und Handeln entlang sozial-ökologischer Grenzen und tendiert dazu, «die Menschheit» zur Ursache der Probleme zu machen. Allenfalls werden noch Unterschiede zwischen Ländern (Nord-Süd, Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer) anerkannt. Politisch landet man schnell bei Vorschlägen einer Grünen Ökonomie, d.h. der Anerkennung der bestehenden gesellschaftlichen Institutionen und Dynamiken, um die planetarischen Grenzen einzuhalten: Natur soll einen Preis erhalten, um «Kosten zu internalisieren» und damit Preise «die ökologische Wahrheit» sagen. Der Markt soll es richten und der Staat gibt die Rahmenbedingungen vor bzw. interveniert im Falle eines «Marktversagens». Experimente und Nischen in der Zivilgesellschaft werden als mehr oder weniger wichtige Innovatoren gesehen.

Eine linke Perspektive ist hier analytisch präziser und politisch eindeutiger. Ursache der Probleme sind nicht die Menschen, sondern eine auf Kapitalakkumulation

32 Unter Rebound versteht man Effekte, die Effizienzgewinne durch Mehrverbrauch zunichte machen, z. B. Häuser zwar dämmt, aber dann häufig in größeren Wohnungen wohnt oder mit effizienteren Autos mehr gefahren wird.

und Wachstum gedrillte kapitalistische Produktions- und Lebensweise, die immer mehr Menschen und Elemente der Natur in ihren Kreislauf einschließt, ohne dass Menschen demokratisch über die Art und Weise des Einschließens – nämlich die Art und Weise von Produktion, Arbeitsteilung und Lebensweisen – bestimmen könnten. Das machen weitgehend die Kapitalbesitzer, Vermögenden und politischen Eliten. Sie sind es, die die Imperative unbedingter Wettbewerbsfähigkeit und ökonomischen Wachstums als unumstößlich erklären.

Nachhaltige Politik und sozial-ökologische Transformation sind politische Bezugspunkte, die auch die gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen anzu-gehen haben, die von vielen Menschen als alternativlos akzeptiert oder sogar gewollt werden. Es müssen nicht nur abstrakte Grenzen eingehalten werden – so wichtig sie als Orientierung sind –, sondern die herrschaftlichen und zerstörerischen Naturverhältnisse in den Bereichen Ernährung, Mobilität, Wohnen, Kleidung müssen auf demokratische Art und Weise verändert werden. Nachhaltige Politik in diesem Sinne möchte den Menschen nichts «vorschreiben», sondern es werden in gesellschaftlichen Lernprozessen und Konflikten mit mächtigen Interessen auf demokratische Art und Weise attraktive Formen des Zusammenlebens und der Produktion entwickelt.

Dies zeigt, dass auch linke Politik sich verstärkt mit diesen Fragen auseinander-setzen und entsprechende Ansätze entwickeln muss. Es bedarf aus ökonomischen, ökologischen, sozialen und internationalistisch-solidarischen Gründen einer drama-tischen Reduktion des Ressourcenverbrauchs, des Drucks auf Ökosysteme und von Emissionen. Das geht nicht mit technischen Lösungen alleine – so wichtig die Ent-wicklung nachhaltiger Technologien ist –, sondern bedarf eines klugen Mixes aus Effizienz, Konsistenz und Suffizienz (vgl. Gesamtbericht Kapitel F 4.2.2). Suffizienz – richtig verstanden – könnte dabei zu einem Leitmotiv progressiver Wohlstandpolitik werden: Suffizienz bedeutet «genug», genug für alle, nicht zu viel und nicht zu wenig. In diesen Kontext passt zum Beispiel die linke Forderung nach Mindesteinkommen und zugleich Einkommensgrenzen nach oben. Es geht nicht um «Verzicht», sondern um Mäßigung, welche sich in kollektiven Lernprozessen, der Entwicklung attraktiver Produktions- und Lebensweisen, Konflikten mit herrschenden nicht-nachhaltigen Kräften und Interessen durchsetzt. Wir haben dabei eine Position stark gemacht, Effi-zienz nicht nur auf der Produktionsseite zu sehen und Suffizienz beim Endverbrauch bzw. den KonsumentInnen, sondern sie in allen Gesellschaftsbereichen anzuwenden. Das bedeutet etwa auch, in einem Transformationsprozess Vermögen, Einkommen und die damit zusammenhängende Macht politisch zu mäßigen.

2.10 Nachhaltiger Konsum zwischen individueller Verantwortung und politischer Gestaltung

Liberalen Positionen in der Projektgruppe 5 waren stets darauf bedacht, dass dem konsumierenden Individuum seine freien Entscheidungsmöglichkeiten nicht genommen werden. Wir seien schließlich mündige Verbraucherinnen und Verbraucher und könnten jeweils einzeln selbst entscheiden, ob wir nach ökologischen und sozialen Kriterien konsumieren wollen – oder eben nicht. Dem gegenüber standen auf Seiten der Opposition Positionen, die das Leitbild des «mündigen Verbrauchers» als Mythos entlarven. Wir als Linke haben eingebracht, dass das dominante Leitbild vom «mündigen Verbraucher» auch dazu dienen kann, politische Untätigkeit zu rechtfertigen. Gestresst von der Arbeit, beansprucht durch den hohen zeitlichen Aufwand beim Aufziehen von Kindern und bei der Pflege von Angehörigen, bleibt nicht mehr viel Zeit, um vor dem Supermarktregal zu vergleichen, welches der Produkte aus der breiten Palette denn nun am sozial und ökologisch nachhaltigsten ist, oder gar einige Lebensmittel selbst zu produzieren. Die Konsumierenden sind in ihrem Alltag schlicht überfordert darin, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Besonders betroffen sind hiervon Frauen, da ihnen nach wie vor der größte Teil der Reproduktionsarbeit gesellschaftlich zugewiesen wird. In der hier dargestellten Tiefenschärfe konnte in der PG kein übergreifender Konsens hergestellt werden. Dennoch wurde im Bericht festgehalten, dass es «den einen, goldenen Weg» zum nachhaltigen Konsum nicht gibt» und durch ein entsprechendes Bündel von Maßnahmen gefördert werden muss.

Wir haben in der Projektgruppe 5 stark gemacht, dass es weder um staatliche Gängelung geht, noch dem Mythos individueller Gestaltungsmacht der Weg geebnet werden soll. Hier ist es gelungen, dass die Mehrzahl der Projektgruppenmitglieder sich zwischen diesen beiden Polen aufeinander zu bewegt hat. Weitgehender Konsens war, dass es einerseits Menschen braucht, die nachhaltig konsumieren *wollen*, andererseits auch Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen, nachhaltig konsumieren zu *können*.³³

Eine zentrale Herausforderung für linke Positionen zum Thema Konsum sind Menschen mit geringem Einkommen. Ihrer Freiheit, sich für ein selbstbestimmtes Leben insgesamt und für einen nachhaltigen Konsum im Besonderen zu entscheiden, ist ohnehin eingeschränkt. Für ihre «Teilhabe» am gesellschaftlichen Leben bleibt oftmals nur der billige Massenkonsum. Nachhaltig ist dieser Konsum in vielerlei Hinsicht nicht. Es ist am wahrscheinlichsten, dass diese Produkte weder langlebig und ökologisch produziert sind, noch unter sozial akzeptablen Bedingungen hergestellt und verkauft werden. Gleichzeitig wurde aber mit der Legende aufgeräumt, dass dieser Billigkonsum der umweltschädlichste ist. Die in der PG5 diskutierten Lebensstilanalysen haben verdeutlicht, dass es häufig die ökologisch sensiblen Bürgerinnen und

33 Vgl. hierzu den Beitrag von Jana Flemming in diesem Heft.

Bürger sind, die den größten ökologischen Fußabdruck haben. Die Wohnung mag energetisch saniert sein, aber dafür ist sie vergleichsweise groß. Urlaub findet möglicherweise sehr naturverträglich statt, dafür müssen aber weite Flugreisen bewältigt werden. Gleichzeitig fanden sich in Textentwürfen der PG5 Vorschläge, dass Hartz-IV-EmpfängerInnen ihre Wohnungen mit gebrauchten Einrichtungsgegenständen ausstatten könnten und sich dafür energieeffiziente Haushaltsgeräte leisten können. Solch einem Abwälzen der Konsumproblematik auf Menschen in den unteren Einkommensschichten sind wir entgegen getreten.

Eine linke Position setzt auf hohe soziale und ökologische Standards für Konsumgüter. Es soll gewährleistet werden, dass Produkte nach sozialen und ökologischen Maßgaben produziert, vertrieben und nach dem Gebrauch beseitigt werden. Dem Staat kommt hier die Aufgabe zu, im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe Vorbildfunktion zu übernehmen, Vorgaben zu formulieren, Innovationen zu fördern und für die Einhaltung der Standards zu sorgen. Gesetzliche Regelungen sollen geschaffen werden, die den Konsumentinnen und Konsumenten die alltägliche Last des Entscheidens vereinfachen.

Als Linke haben wir besonders darauf hingewiesen, dass auch Änderungen in der Nachfrage leistungsfähiger Infrastrukturen notwendig sind, etwa im Verkehrs- oder Energiebereich. In der Opposition war man sich darüber einig, dass der Staat durch seine öffentliche Beschaffung als gewichtiger Konsument zu berücksichtigen ist.

Für eine linke Perspektive auf das Konsumthema ist es wichtig, die Frage nach der Produktionsweise zu stellen. Damit geht es auch darum, wer über die Produktionsmittel und Entscheidungen über Investitionen verfügt, welche Bedingungen kapitalistischer Konkurrenz herrschen und wie sich der Zwang zu Kapitalakkumulation auswirkt. Hier zeigt sich erneut, wie zentral das Thema «Wirtschaftsdemokratie» mit dem Thema dieser Enquete-Kommission verknüpft ist. Dies dürfte auch der Grund sein, warum unsere Positionen in ihrer Tiefe und mit ihren Konsequenzen nicht von der Mehrheit mitgetragen wurden. Sozial-ökologischer Konsum ist für uns nicht nur eng verwoben mit einer sozial-ökologischen Produktionsweise, sondern auch mit demokratischen Entscheidungsprozessen, die auf verschiedenen Ebenen neu zu gestalten sind. Dem Individuum wollen wir dabei seine Handlungsmöglichkeiten nicht absprechen und seine Verantwortung nicht abnehmen; es geht jedoch auch um die Notwendigkeit staatlicher Gestaltung im Prozess sozial-ökologischer Transformation. Ausgeblendet wurde in der Projektgruppe 5 jedoch weitestgehend, dass nicht nur Endverbraucherinnen und Endverbraucher konsumieren, sondern auch Vorprodukte in die Produktion eingehen. Konsumtion und Produktion stehen in einem Wechselverhältnis. Vor der Konsumtion bzw. Nutzungsphase läuft im Bereich der Produktion für die späteren Konsumenten Unbeeinflussbares ab. Unter der Maßgabe globalisierter kapitalistischer Produktionsverhältnisse sind Konkurrenz- und Verwertungsdruck zu problematisieren, die einen nachhaltigen Konsum erschweren. Eine echte demokratische Partizipation für Konsumentinnen und Konsumenten an der Gestaltung

ihrer Konsummöglichkeiten muss angestrebt werden, die auch globale und nationale Produktionsprozesse berücksichtigt.

2.11 Demokratisierung der Wirtschaft und die Rolle der Zivilgesellschaft

Die linke Perspektive einer Demokratisierung der Wirtschaft war in der PG5 nicht anschlussfähig. Dabei ist es für uns zentral, dass Bürgerinnen und Bürger mehr Einfluss auf die Gestaltung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen erhalten müssen, um Wohlstand und Lebensqualität erhöhen zu können. Insofern ist eine weitere Demokratisierung aller Lebensbereiche, v.a. der Wirtschaft anzustreben. Auch und gerade ökologische Wirtschaftspolitik sollte nicht auf Kosten der Beschäftigten und der Verbraucherinnen und Verbraucher stattfinden. Um dem zu begegnen, sind eine alternative Wirtschaftspolitik und eine Demokratisierung auch in den Betrieben notwendig. Ein wichtiger Schritt ist die Rekommunalisierung bereits privatisierter Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, um Verbraucherinnen und Verbrauchern eine demokratische Teilhabe an ihrer Grundversorgung zu ermöglichen.

Zivilgesellschaftlichen Akteuren wurde von vielen Mitgliedern der Projektgruppe 5 ein hohes Potential auf dem Weg in eine nachhaltige Gesellschaft zugesprochen. Auch wir finden es wichtig, dieses Potential zu fördern und auszubauen. Doch ist immer auch kritisch zu hinterfragen, inwieweit innerhalb der Zivilgesellschaft Machtverhältnisse bestehen aufgrund unterschiedlicher Ressourcen, Einflussmöglichkeiten oder der politischen Anschlussfähigkeit von Positionen an bestimmte Spektren; zwischen dem ADAC und dem Verkehrsclub Deutschland, zwischen der in «zivilgesellschaftlichen» Verbänden organisierten Atomlobby und Greenpeace bestehen ja erhebliche Unterschiede politischer Einflussmöglichkeit. Weiterhin sollte berücksichtigt werden, inwiefern gerade den kritischen Gruppen eine Partizipationsillusion unterbreitet wird. Ihre Gestaltungsmacht ist begrenzt, sobald knallharte Interessen ihre Bemühungen konterkarieren. In einem innerhalb der Opposition Sondervotum haben wir gemeinsam mit der Vorsitzenden der Enquete-Kommission die Positionen einer zivilgesellschaftlichen Gruppe zu den Problematiken und Risiken zunehmend aggressiver Werbestrategien eingebracht. Vor allem in sozialen Bewegungen wie Attac, konsumkritische Initiativen wie Bewegungen der Stärkung urbaner Landwirtschaft oder internationalistischen Gruppen sehen wir inhaltliche Anknüpfungspunkte für linke Perspektiven auf Wohlstand. Es ist daher wichtig, nicht nur allein von Konsum zu sprechen, sondern die Lebensweisen von Gesellschaften im Globalen Süden und Norden insgesamt in den Blick zu nehmen.

Jana Flemming

WOHLSTAND UND KONSUM – KRITISCHE PERSPEKTIVEN

Wohlstand wird in den herrschenden Denkweisen und Politiken in der Form von Gütern bestimmt. Dieser Begriff von Wohlstand orientiert sich an ökonomischen Kriterien und bleibt rein materiell. Konsum in diesem Sinn ist eng mit Wachstum verknüpft: Es geht um ein immer mehr an Gütern. Kaufen heizt das Wirtschaftswachstum an. Die volkswirtschaftliche Konsumfreude der MarktteilnehmerInnen wird statistisch erhoben und mit ihrer Verkündung in den Medien weiter politisch propagiert. Den Menschen selbst erscheint der stetige Güterkonsum als der Bestimmungsfaktor für ein gutes Leben.

Lässt sich Konsum aus einer linken Perspektive auch jenseits dieser eng gefassten ökonomistischen Dimension fassen? Wie sieht Konsumkritik aus, die sozial und ökologisch ist? Was trägt eine feministische Perspektive zum Thema Wohlstand und Konsum bei?³⁴

Sozial-ökologische Perspektiven

KritikerInnen der Konsumkritik verziehen häufig das Gesicht, denn sie fürchten, dass diese Form der Kritik auf Verzicht hinausläuft. Auch in der Linken herrscht weithin die Meinung vor, dass die Menschen am Wachstum teilhaben wollen und können. Diese «Teilhabe» wird ihnen letztlich durch den Warenkonsum ermöglicht. In diesem Kontext bedarf es weiterer Diskussionen um den Stellenwert von Konsum im Hinblick auf eine soziale und ökologische Transformation der Gesellschaft. Anknüpfungspunkte an linke Debatten liegen dabei nicht immer auf der Hand, lassen sich jedoch finden.

³⁴ Die folgenden Überlegungen sind zum Teil inspiriert durch die Diskussion in der «AG Konsum» auf der Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung «Wohlstand – Wie Anders? Linke Perspektiven nach der Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität», die am 10. April 2013 in Berlin stattfand.

Eine soziale *und* ökologische Linke bewegt sich hier in der Tat in einem Spannungsfeld. In der Verzichtsrhetorik aus konservativen (und teilweise auch grünen) Reihen kommt in der Regel die soziale Frage nicht vor. Für Menschen mit geringem Einkommen ist billiger Massenkonsum häufig eine der wenigen Möglichkeiten, um überhaupt noch am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Wenn es darum geht, den Massenkonsum unserer Zeit mit seinen katastrophalen sozialen und ökologischen Folgen einzudämmen, wird häufig nicht nach der sozialen Ungleichheit in der konsumierenden Gesellschaft gefragt. Die banale Tatsache, dass nicht jede Person aufgrund ihres Einkommens gleich große Spielräume hat, den eigenen Konsum sozial und ökologisch zu gestalten, wird viel zu wenig angesprochen. Zudem sollte auch danach gefragt werden, wie viele Bildungsressourcen zur Verfügung stehen, um verantwortungsvoll zu konsumieren. Einer Abwälzung der Konsumproblematik auf Menschen in den unteren Einkommensschichten sollte entgegengetreten werden. Häufig sind diejenigen, die sich wähnen, ökologisch und bewusst zu konsumieren, nicht diejenigen, die auch wirklich weniger Ressourcen verbrauchen (Stichwort Flugreisen und Hightech-Konsum). Die Kunst einer linken sozial-ökologischen Perspektive besteht darin, den Überflusdiskurs der gesättigten Mittelschichten mit Interessen und Bedürfnissen der ökonomisch Schwachen zu verbinden.

Eine linke Perspektive denkt Konsum in Zusammenhang mit gesellschaftlichen Produktionsbedingungen. Da Produktion und Ressourcenextraktion immer mehr in den globalen Süden ausgelagert werden, ist eine internationalistische Perspektive auf die Konsumthematik unerlässlich. Die weiter immens wachsende Arbeiterklasse des globalen Südens stellt die Konsumgüter her, die (auch) für die sozial Ausgegrenzten unserer Gesellschaft das einzige Freiheitsversprechen bleiben. Auch hier gilt es, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen nicht gegeneinander auszuspielen. Die jeweiligen Problemlagen im globalen Norden und Süden sollten zusammengebracht und eine Perspektive gemeinsamer sozialer Kämpfe entwickelt werden.

Der Massenkonsum kapitalistischer Gesellschaften mit ihrem strukturell generierten Überfluss an Konsumgütern bleibt ein Problem, mit dem sich die Linke dezielter auseinandersetzen sollte. Konsum ist in ökonomische Logiken eingeflochten. Als kapitalistisches Strukturprinzip sind die Möglichkeiten, durch Konsum selbst gesellschaftliche Änderungen herbeizuführen, begrenzt. Gleichzeitig gibt es kulturelle Dimensionen des Konsums, denen Beachtung geschenkt werden muss. Über die sozialen und ökologischen Verwerfungen, die mit dem Konsum verschiedener Güter und Dienstleistungen einhergehen, wissen viele Menschen recht genau Bescheid. Dennoch können sie sich nicht vorstellen, den Konsum von Fleisch, den neuesten Mobiltelefonen oder Flugreisen aus ihrem Alltag zu streichen. Verschiedene Fragen und Thesen wurden hierzu in der «AG Konsum» der Wohlstandskonferenz aufgeworfen:

- Wie verändert die gegenwärtige Konsumgesellschaft unser psychisches Bewusstsein? Dient Konsum als Trost und Ersatz für inkonsistente soziale Beziehungen und fehlenden Zeitwohlstand? Welche Rolle spielt Werbung dabei?

- Welchen Sachzwängen unterliegen wir durch die Konfrontation mit permanent neu auf den Markt geworfenen Konsumgütern? Ein Mobiltelefon macht uns – vermeintlich – zu effizienteren, immer schneller agierenden Menschen. Widersetzen wir uns dem Konsum, haben wir vorgeblich nicht mehr den gleichen Humankapitalwert wie Menschen, die durch ein Smartphone permanent kommunikationsbereit und erreichbar sind.
- Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene lässt sich die Überlegung anstellen, dass soziale Sicherheit einer Gesellschaft im Ganzen vermeintlich nur in Verbindung mit Konsumverpflichtungen der Menschen eingelöst werden kann. Ob diese Rechnung angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Krisensituation noch aufgeht, lässt sich bezweifeln.
- Für viele Menschen bedeutet Konsum auch längst nicht mehr Bereicherung, sondern schlicht immense Überschuldung.
- Die strukturellen Zusammenhänge zwischen der Konsumsphäre und der Produktionssphäre müssen deutlich gemacht werden. Der erzwungene, permanente Konsumdruck entsteht auch, weil Konsumgüter schon so produziert werden, dass sie nach einer gewissen Nutzungsdauer kaputtgehen. So geht dann die neueste Serie des Druckers oder Mobiltelefons besser über den Ladentisch. Die KundInnen haben auf diese Prozesse keinen Einfluss, obwohl ihnen suggeriert wird, dass sie es doch sind, die die Macht haben, das Angebot zu gestalten. Das Fremdwort für diesen Vorgang heißt geplante Obsoleszenz.³⁵ Auf Webseiten wie «MURKS? Nein Danke!» lassen sich zahlreiche Fallbeispiele finden.³⁶

Der Gedanke der Suffizienz kehrt ab vom wachstumsfixierten Konsum und fragt: Was ist genug? Es geht dabei nicht darum, den Gürtel enger zu schnallen. (Denn dabei werden oft die sozial ungleichen Voraussetzungen vergessen: Bei manchen wäre der Gürtel um mehrere Löcher enger zu schnallen als bei anderen. Suffizienz bedeutet Mäßigung, die gewollt ist und ermöglicht wird). Eine linke Perspektive wählt daher den Ausgangspunkt: Es ist genug für alle da – nur über die Bedürfnisse der Menschen sollte es eine gesellschaftliche Auseinandersetzung geben. Zeit für sich und soziale Beziehungen, eine sinnvolle Beschäftigung und eine intakte Umwelt lassen sich nicht im Supermarktregal finden. Die Herausforderung liegt darin, den Menschen die Frage, was sie konsumieren möchten und wie sie jenseits des privaten Konsums leben wollen, nicht individuell zu überlassen und in den privaten Bereich abzuschieben.³⁷ Es gilt, kollektive gesellschaftliche Prozesse zu entwickeln, in der die Frage nach dem richtigen Maß gemeinsam beantwortet wird. Bei der Frage nach dem Grundbedarf

35 Obsoleszenz bedeutet, dass ein Produkt auf natürliche oder künstlich beeinflusste Art veraltet ist oder altert. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE tritt für ein Gesetz ein, das für technische Produkte eine Mindestnutzungsdauer vorschreiben würde. Dies soll zum Ressourcenschutz beitragen.

36 Vgl. www.murks-nein-danke.de.

37 Mit der Kritik an einer Privatisierung des Konsums lässt sich an die weiter unten skizzierte feministische Debatte anknüpfen.

der Menschen in einer Gesellschaft lässt sich an linke Denktraditionen anknüpfen. Ein Blick in «Das Kapital» von Karl Marx macht deutlich: Was in einer Gesellschaft als notwendige Bedürfnisse der Menschen definiert wird, verändert sich historisch und ist durch soziale Auseinandersetzungen bestimmt.

Eine emanzipatorische Perspektive fragt zudem nach den strukturellen Hindernissen, die eine suffiziente Lebensweise blockieren. So wird durchaus von staatlicher Seite interveniert, wenn in Forschungsprojekten ein sinkender Konsum in den Blick der Möglichkeiten genommen wird. Weniger konsumieren ist in der herrschenden Ideologie verpönt. Und natürlich muss nach den geeigneten Infrastrukturen gefragt werden. Gibt es einen günstigen (oder kostenlosen) Nahverkehr? Wird die Bahn subventioniert und nicht das Flugbenzin? Wird unser Zusammenleben und Wirtschaften so organisiert, dass möglichst wenig Wegkilometer zurückgelegt werden müssen? Wie steht es um die Energieversorgung? Wird sie ökologisch hergestellt und bleibt sie für alle bezahlbar? Entscheidungen über basale Konsumbedürfnisse von Menschen dürfen nicht an Gewinnmaximierungen, sondern sollten in demokratischen Prozessen mit den eigentlichen NutzerInnen der Infrastrukturen abgestimmt werden.

Feministische Perspektiven

Die Stärke feministischer Ansätze besteht darin, dass sie Wohlstand aus den Reproduktionsverhältnissen des Alltags und der Gesellschaft heraus denken können. Sie fragen zum Beispiel danach, wie der Alltag für Menschen strukturiert ist. Wer macht was? Wer kauft ein? Wie viel Zeit bleibt, um sich über die sozialen und ökologischen Standards der Produkte zu informieren?

Die private Praxis des Konsums lässt sich in der Care-Ökonomie ansiedeln. Insbesondere der Alltagskonsum im familiären Kontext wird in der Regel einseitig von Frauen organisiert und verantwortet. Sie wissen längst, dass Shopping nicht nur Vergnügen bereitet, sondern tatsächlich anstrengende und zeitaufwändige Arbeit ist, die einen ständigen Blick auf die Haushaltskasse erfordert. Gesellschaftlich ist diese Form der Arbeit aber, wie andere in den privaten Bereich verlagerte Care-Arbeiten, zu wenig anerkannt. Hier unter anderem kann eine feministische Kritik über die Verteilung gesellschaftlich notwendiger Arbeit ansetzen.

Die kapitalistische Produktionsweise braucht den Konsum der Gesellschaft als Treiber. Gleichzeitig besteht zwischen den Bereichen Konsum und Produktion eine Trennungsstruktur, wobei die Produktion männlich kodiert und als gesellschaftlich bedeutungsvoller bewertet wird, während der Konsum weiblich kodiert ist.³⁸ Konsum wird in der gegenwärtigen Diskussion ein irrationales Moment zugeschrieben: Er müsse nur vernünftig von den Individuen gestaltet werden, dann ließe er sich auch

38 Weller, Ines (2013): Gender und Nachhaltigkeit. Konzeptionelle Überlegungen für das Um- und Neudenken einer nachhaltigen Entwicklung, Vortrag auf der Fachtagung «Green Economy: Gender_Gerecht», Landesfrauenrat Niedersachsen, am 13.4.2013, Georgsmarienhütte.

nachhaltig verwirklichen.³⁹ Solch eine Rationalisierung des Konsums im Sinne des Homo oeconomicus berührt einen Kernbereich feministischer Kritik. Damit wird deutlich, dass Konsum in einer grundsätzlich anderen Logik gedacht und gestaltet werden muss.

Hier lässt sich ein Gedanke aus der Konferenz «Wohlstand – wie anders? Linke Perspektiven nach der Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» aufnehmen, der auf eine Umkehrung abzielt: Nicht die Produktion sollte die gesellschaftlich dominante Richtgröße sein. Vielmehr sollte die Produktion der Reproduktion dienen. Es ist notwendig, eine Demokratisierung von Konsumtion und Produktion zu diskutieren und umzusetzen. Es geht nicht nur darum, *wer* die Arbeit des Konsums auf sich nimmt, sondern auch darum, darüber kollektiv zu entscheiden, *was* produziert wird. Damit lässt sich die Kritik am Konsum auf eine Kritik an der Lebensweise ausweiten.

Politische Initiativen und gesellschaftspolitische Veränderungen

Die herkömmliche Konsumkritik setzt in der Regel am Individuum an. Vereinzelt KonsumentInnen wird die Aufgabe aufgebürdet, durch ihr tägliches Konsumverhalten ökologische und soziale Verantwortung zu tragen. Zweifel, dass das ausreichend ist, um eine soziale und ökologische Gesellschaft zu gestalten, kommen schnell auf.

Eine emanzipatorische Perspektive setzt auf kollektiv gestaltete Prozesse. Dazu ist es wichtig, zivilgesellschaftliche Akteure und darin vor allem soziale Bewegungen in den Blick zu nehmen. Für ihr kritisches und emanzipatorisches Potenzial gilt es, Wege zu ebnen und Räume zu gewährleisten. Auf der Konferenz wurden solidarische Einkaufsgruppen, die in den von den krisengeschüttelten Ländern Südeuropas derzeit aus dem Boden sprießen, beispielhaft genannt. Menschen schließen sich in sogenannten Sparvereinen zusammen und erwerben regional produzierte Lebensmittel. Gleichzeitig wird so die Subsistenz von KleinbäuerInnen ermöglicht. Angesprochen wurden auch andere Formen des Zusammenlebens, die Suffizienz – ganz allgemein oder konkret – auch im persönlichen Lebensbereich ermöglichen.

Staatlichen Akteuren kommen in einem solchen Setting grundlegend andere Funktionen zu als bislang in ordnungspolitischen Rahmungen. Sie identifizieren Pioniere des Wandels und befördern sie politisch und ökonomisch. Sie gestalten Rahmenbedingungen und ermöglichen Räume, um alternative Konsumpraktiken zu erproben und in einem gesellschaftlich breiteren Rahmen umzusetzen. Damit werden den Individuen eigene Verantwortlichkeiten und Handlungsmöglichkeiten nicht abgespro-

39 Vernachlässigt wird dabei auch, dass der private Konsum nur einen Teil der Kaufkraft ausmacht. Die öffentliche Hand konsumiert in einem ebenso beachtlichen Maß. Die Gestaltungsmacht privater KonsumentInnen ist auch dadurch begrenzt. Vgl. dazu Weller, Ines (1999): Ökologische Stoff- und Produktinnovation. Analyse der Gestaltungsmacht privater Konsumentinnen und Konsumenten am Beispiel Textilien. In dies./u. a. (Hrsg.): Nachhaltigkeit und Feminismus: Neue Perspektiven – Alte Blockaden. Bielefeld: Kleine Verlag, S. 133–150.

chen, aber gleichzeitig sind im Hinblick auf eine sozial-ökologische Transformation auch entsprechende staatliche Gestaltungsmaßnahmen einzufordern.

Für eine linke Perspektive auf das Konsumthema ist es zudem wichtig, die Frage nach der Produktionsweise zu stellen. Vor der Konsumtion beziehungsweise Nutzungsphase läuft im Bereich der Produktion für die späteren KonsumentInnen Unbeeinflussbares ab. Unter der Maßgabe globalisierter kapitalistischer Produktionsverhältnisse sind Konkurrenz- und Verwertungsdruck zu problematisieren, die einen nachhaltigen Konsum erschweren. TeilnehmerInnen an der «AG Konsum» befanden, dass auch Unternehmen im Prozess einer sozial-ökologischen Transformation in die Pflicht genommen werden sollten.

Den KonsumentInnen sollte es auch ermöglicht werden, an der Entwicklung neuer Produkte zu partizipieren. Ein viel diskutierter Punkt ist auch die Frage nach dem Besitz beziehungsweise Eigentum von Produkten. Um eine höhere Lebensdauer der Produkte zu gewährleisten, könnten sie im Eigentum von Unternehmen bleiben. Die KonsumentInnen nutzen oder besitzen sie nur vorübergehend; die Verantwortung für eine nachhaltige Produktion wird somit den Unternehmen in deren eigenem Interesse stärker nahe gelegt.

Letztlich können diese verschiedenen Ansatzpunkte erste Schritte in Richtung einer sozial-ökologischen Transformation sein. Die Frage bleibt, ob die verschiedenen Initiativen vereinzelt bleiben und in die herrschenden Wirtschafts- und Politikformen integriert werden, oder ob es gelingt, eine gemeinsame Politik zu entwickeln, die neue Horizonte für emanzipatorische Konsum- und Wirtschaftsweisen eröffnet.

Kristina Dietz, Jutta Kill

ENERGIE - WIE ANDERS?

Energie ist ein zentraler Aspekt jeder sozial-ökologischen Transformation, denn die Verfügbarkeit unterschiedlicher Energieformen (z. B. Strom, Wärme, Kraftstoffe) bestimmt soziales Dasein und soziale Teilhabe maßgeblich. Energie ist Voraussetzung jeder Produktion sowie Grundlage aller Reproduktion. Energie ist notwendig, um Arbeit zu organisieren oder effizienter zu gestalten, wir benötigen Energie zum Kochen und Heizen und um uns von A nach B zu bewegen.⁴⁰ Energie beinhaltet aber auch Fragen von Ernährung und Gesundheit, Wohlbefinden und Krankheit. Diese Aspekte von Energie liegen uns heute oftmals fern, tragen aber zunehmend zu einem erweiterten Verständnis von Energie bei, etwa wenn der Einfluss von Freiflächen im Lebensumfeld auf das individuelle Wohlbefinden thematisiert wird. Energie ist ob ihrer zentralen Rolle somit nicht in neutraler Weise in gesellschaftliche Abläufe eingebunden, und Energiefragen bestimmen das Politische ebenso wie das Öffentliche: In der Bundesrepublik ist die Energiewende zum Wahlkampfthema geworden. In Bolivien kam es 2010 im Zuge einer schockartigen Erhöhung der Treibstoffpreise zu landesweiten Protesten,⁴¹ und in Bulgarien musste die Regierung im Februar 2013 wegen massiver Proteste der Bevölkerung gegen die Energiepreise zurücktreten.

Ferner sind Fragen nach der materiellen Basis, Erzeugung, und Verteilung von Energie eng verknüpft mit den gegenwärtigen sozial-ökologischen Krisen. Die zentrale Ursache der Klimakrise liegt in der seit 250 Jahren von Kohle, Gas und Öl abhängigen kapitalistischen Produktionsweise und den damit verbundenen und

40 Vgl. Müller, Tadzio (2012): Von Energiekämpfen, Energiewenden und Energiedemokratie. In: LuXemburg 1/2012: 6–15.

41 Mokrani, Dunia (2012): Konfliktszenarien in der zweiten Amtszeit von Präsident Evo Morales. In: Lang, Miriam (Hrsg.): Demokratie, Partizipation, Sozialismus. Lateinamerikanische Wege der Transformation. Berlin: Karl Dietz Verlag, 63–80.

kontinuierlich steigenden Kohlendioxidemissionen. Die Ernährungskrise ist nicht zuletzt das Ergebnis einer energieintensiven globalisierten Ernährungsproduktion, die auf eine Ausdehnung energieintensiver Konsummuster (erhöhter Fleischkonsum, jahreszeitlich unabhängige Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln etc.) setzt. Nicht die Überwindung von Hunger und die Ernährungssouveränität stehen hierbei im Mittelpunkt, sondern Profit, Zentralisierung, Effizienzsteigerung und Naturbeherrschung. Die genannten Krisen lassen sich nicht von der als Energiekrise beschriebenen Krise des fossilistischen Energieregimes trennen. Die Intensivierung von Produktions- und Lebensweisen in den kapitalistischen Zentren sowie die Ausweitung derselben in den neuen kapitalistischen Zentren wie China, Brasilien und Indien führen zu einer erhöhten Nachfrage nach Energie, einem fortschreitenden Rückgang an leicht verfügbaren Ölreserven (*peak oil*) sowie einem steigenden Einsatz von Risikotechnologien. Diese Prozesse produzieren eskalierende sozial-ökologische Verwerfungen und Folgeschäden. Von diesem Muster unterscheidet sich die Suche nach Rohstoffen für ein «grünes Energieregime» bislang kaum. Denn auch eine auf Zentralität und Profit ausgerichtete «erneuerbare» Energieproduktion bedarf der Rohstoffe, die irgendwo ausgebeutet werden müssen. Lithium in den Salzseen der Anden, Holz in Liberia, Zuckerrohr oder Palmöl für Agrarkraftstoffe sind hierfür beispielhaft. Schließlich produziert ein auf Profit, Zentralität und Großtechnologie basierendes Energiesystem nicht nur Strom, sondern auch Verlierer: Die UN schätzen, dass weltweit 1,5 Milliarden Menschen über keinen und eine weitere Milliarde Menschen nur über einen unsicheren Zugang zu Elektrizität verfügen. Energiearmut und Stromsperrern sind jedoch nicht nur ein Thema im globalen Süden. In Deutschland beziffert die Bundesnetzagentur die Zahl der Haushalte, denen 2012 der Strom abgeklemmt wurde, auf etwa 312.000.⁴²

Die beschriebenen Krisendynamiken zeigen in der Zusammenschau, dass Energie nicht nur soziales Dasein und soziale Verhältnisse auf der individuellen und gesellschaftlichen Ebene prägt, sie ist auch maßgeblich für die Aufrechterhaltung und Vertiefung einer asymmetrischen globalen Arbeitsteilung verantwortlich. In dieser nimmt der globale Süden weiterhin die kolonial verfasste Rolle als Rohstofflieferant zur Absicherung einer «imperialen Lebensweise» in den kapitalistischen Zentren ein.⁴³ «Energie anders zu denken» gestaltet sich ausgehend von diesen komplexen Krisenphänomenen, der tief verankerten und vielfältigen Abhängigkeit unseres Wirtschaftens von fossilen Energieträgern und den damit verbundenen (Macht-)Strukturen als außerordentlich schwierig. Bisherige Versuche der Transformation lassen sich als

42 Pomrehm, Wolfgang (2013): *Armutsrisiko Energiewende? Mythen, Lügen, Argumente*, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe argumente, Berlin.

43 Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.): *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA, 79–94.

eindimensional und systemimmanent beschreiben. Eindimensional sind sie, weil sie, wie die Energiewende der Bundesregierung zeigt, Transformation vor allem als Substitution fossiler durch erneuerbare Energiequellen verstehen. An den zentralistischen und oligopolistischen Strukturen wird ebenso festgehalten wie an fossilen Energiequellen, an Großtechnologien und an der zentralen Stellung des Finanzkapitals. Zwar wird die materiell-stoffliche Notwendigkeit eines Wandels anerkannt, aber unter der Annahme, dass dieser in den bekannten Bahnen von Wachstum und Profitmaximierung verlaufen kann. Ziel einer solchen Energiewende ist es, die Beiträge unterschiedlicher Energieträger an der Gesamtenergieproduktion in einem neuen Verhältnis zu mischen. Die gesellschaftlichen Strukturen und Machtverhältnisse als zentrale Ansatzpunkte für Transformation werden dabei bewusst ausgeklammert. Maximal ließe sich somit von einer Transition im Sinne einer ökologischen Modernisierung des Kapitalismus sprechen.

Energie anders denken, hieße aus unserer Perspektive, die Zentralität der Energiefrage für den sozial-ökologischen Wandel in ihrer Mehrschichtigkeit anzuerkennen. Energie berührt eben nicht nur die Frage des richtigen Anbieters und kohlenstoffärmerer Energieträger.⁴⁴ Energie berührt die Frage gesellschaftlicher Organisation und Machtverteilung. Das bedeutet, das Energiethema als Bestandteil eines umfassenden gesellschaftlichen und politischen Wandlungsprozesses zu begreifen. In einem solchen Prozess müssten Fragen hinsichtlich des (un-)gerechten Zugangs zu Energie und der (un-)gleichen Verteilung von Kosten und Nutzen der Energieproduktion ebenso thematisiert werden wie der Verbrauch und bestehende Produktions- und Konsummuster.

Auf der Konferenz «Wohlstand – wie anders? Linke Perspektiven nach der Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» wurden Ansätze für eine umfassende gesellschaftliche Transformation deutlich, in deren Verlauf sich auch unser Verständnis von Energie wandelt. Es standen Fragen im Mittelpunkt wie: Welche Energie produzieren wir wo? Wie organisieren wir demokratische Beteiligung, die über reine Akzeptanzerhöhung für einen anderen Energiemix hinausgeht? Welches Demokratieverständnis ist nötig für eine solche Beteiligung? Welche Änderungen bei Import und Subvention von Energie sind notwendig? Welche Rolle spielt ein klares Bekenntnis zum Ausstieg aus der industriellen Nutzung fossiler Energieträger?

Im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus der industriellen Nutzung fossiler Energieträger wurden die Signalwirkungen unterschiedlicher politischer Zielvorgaben erörtert. Gegenübergestellt wurden das im Kyoto-Protokoll verankerte Ziel der Emissionsreduktionen und ein «fossiles Ausstiegsszenario». Letzteres würde den Schwerpunkt zum einen sehr viel direkter auf die Frage der Verteilung der dann noch verbleibenden nutzbaren fossilen Energieträger ausrichten. Zum anderen würde die

44 Hildyard, Nicholas & Larry Lohmann (2013): Energy Alternatives: Setting the Table. <http://www.thecornerhouse.org.uk/resources/results/taxonomy:22>.

Zielvorgabe «Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger bis zum Jahr 20xy» eine stärkere Signalwirkung für einen Umbau der Energiewirtschaft entwickeln als prozentuale Emissionsreduktionen. So wirken sich bestehende klimapolitische Ziele zur CO₂-Reduktion nicht verhindernd oder hemmend auf Investitionen in fossile Energien aus, obwohl selbst die Internationale Energieagentur festgestellt hat, dass mindestens zwei Drittel der bekannten fossilen Reserven ungenutzt bleiben müssen, wenn das Zwei-Grad-Ziel noch erreicht werden soll. Übersteigt die durchschnittliche Erderwärmung diesen Wert, werden Klimaveränderungen von Wissenschaftlern als unkontrollierbar eingestuft.

Weitere Kernpunkte der Diskussion waren die Notwendigkeit einer Rekommunalisierung und Dezentralisierung der Energieversorgung. Unterschiedliche Modelle von Dezentralisierung wie die kommunale und genossenschaftliche Organisation von Energieversorgung wurden erörtert. Es zeigte sich, dass die Suche nach einer geeigneten Organisationsform für eine emanzipatorische Energieversorgung und -produktion nicht gelingen kann, ohne die Eigentumsfrage zu stellen. Hieran anschließend wurde das Beispiel des «Berliner Energietischs»⁴⁵ als Versuchsfeld diskutiert, um die Möglichkeiten und Grenzen einer Vergesellschaftung der Energiewirtschaft auszuloten. Inwieweit die Initiative einen größeren gesellschaftlichen Transformationsprozess anstoßen kann, wurde kontrovers bewertet, doch bestand Einigkeit darüber, dass es dem Berliner Energietisch gelungen ist, eine Debatte um Demokratisierung der Stromversorgung und Energie als soziales Grundrecht anzustoßen, BürgerInnen zu politisieren und zu mobilisieren sowie die Zukunft der Energie wieder zu einem zentralen Konflikt- und Diskussionsfeld in Berlin zu machen. Allerdings sollte die Forderung nach Demokratisierung und Dezentralisierung nicht bei der Stromversorgung aufhören, sondern die Bereiche Flächennutzung, Infrastruktur- und Wohnungspolitik sowie Verkehr mit einbeziehen. Nicht mehr Verkehr, sondern eine andere Mobilität für alle, nicht mehr Versiegelung von Flächen zum privaten Wohnungsbau, sondern eine Rekommunalisierung ehemals öffentlicher Wohnhäuser wäre hierbei zentral.⁴⁶

45 Vgl. <http://www.berliner-energietisch.net/ueber-uns/selbstverstaendnis>.

46 Brand/Wissen: Sozial-ökologische Krise.

Sabine Leidig

MOBILITÄT FÜR ALLE - MIT WENIGER VERKEHR

Das Thema Mobilität eignet sich hervorragend für die Konkretisierung von Wachstumskritik und für die Frage, was eigentlich Wohlstand und Lebensqualität bedeutet.

Alle können mitreden und es gibt unzählige alltägliche Erfahrungen, Ärgernisse und Ideen. Und es gibt real existierende Alternativen zur herrschenden Verkehrspolitik, wenn auch mit begrenzter Reichweite. Diese geht nach wie vor davon aus, dass Verkehrswachstum Ausdruck von gesellschaftlichem Wohlstand ist beziehungsweise umgekehrt die Bereitstellung von hervorragender Verkehrsinfrastruktur (und damit ist motorisierter und insbesondere individualisierter Verkehr gemeint) notwendige Voraussetzung für Wirtschaftswachstum ist. Dem gegenüber stehen massive Belastungen und Belästigungen durch Lärm, Schmutz und Umweltschäden. Die Kämpfe gegen wachsenden Flugverkehr, gegen Bahn- und Fluglärm, gegen zerstörerische Verkehrsprojekte haben die Schwelle der punktuellen Bürgerinitiativen überschritten und mit den zigsten Montagsdemonstrationen in Stuttgart, Frankfurt und Berlin ist eine soziale Bewegungsform entstanden, die wachstumskritische Potenziale entfaltet.

Es gibt einige Grundlinien, auf die sich linke Akteure und Bewegungen einigen könnten:

Mobilität für alle ist ein emanzipatorischer Anspruch ...

... denn Mobilität bedeutet Bewegungsfreiheit; die Möglichkeit, die Orte des Lebens zu erreichen. Wenn diese nah und fußläufig sind, werden lange Wege und motorisierte Verkehre überflüssig. Die Menschen gewinnen auf diese Weise Zeit und Lebensqualität.

Ein spezieller Aspekt der Mobilität, der mit Verkehr gar nichts zu tun hat, wurde auf der Konferenz im April von einer selbst davon betroffenen Teilnehmerin eingebracht: die Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch Einreisebeschränkungen und Visumpflicht. Leidvolle Erfahrungen mit der Bürokratie, lange Wartezeiten und

hohe Kosten schränken die Mobilität von Menschen deutlich ein – bis hin zur «Residenzpflicht», gegen die sich in jüngster Zeit in Deutschland die sogenannte Flüchtlingskarawane auf den Weg gemacht hat. Unser Credo als Zitat aus der Workshop-Debatte: «Leute sollen die Freiheit besitzen, dorthin einzureisen, wo es ihnen besser gehen würde und ihre Lebensqualität eine größere wäre.»

Damit niemand auf das eigene Auto angewiesen ist, kommt den öffentlichen Mobilitäts- und Verkehrsangeboten eine zentrale Rolle zu. Und es gibt keinen Zweifel, dass der bürgerfreundliche und flächendeckende Ausbau des öffentlichen Nahverkehrssystems (ÖPNV) und der Bahn ein wichtiges Transformationsprojekt wäre: für eine umweltverträglichere Fortbewegung, für den barrierefreien Zugang zu Mobilität (auch was die Fahrpreise betrifft) und schließlich für attraktive neue Beschäftigungsperspektiven. Allerdings kommt der Forderung nach Demokratisierung auch in diesem Bereich große Bedeutung zu. Vor allem die Deutsche Bahn-AG mit ihrer Weltmarkt- und Bilanzgewinn-Orientierung vernachlässigt das Nötige und betreibt «große unnütze Projekte» wie Stuttgart21. Dieses größte öffentliche Unternehmen muss an gemeinnützigen Zielen ausgerichtet und von den gesellschaftlichen Akteuren mitgestaltet werden. Für den ÖPNV ist die Forderung nach kostenloser und ticketfreier Nutzung zeitgemäß und sollte als linke Kampagne organisiert werden.

Verkehr ist keine Leistung, sondern ein zu minimierender Aufwand

Der größte Teil der Verkehrslast entsteht durch den zunehmenden Güterverkehr. Am stärksten steigen CO₂-Ausstoß, Verkehrslärm und Luftschadstoffe aufgrund des LKW-Verkehrs und der Luftfahrt. Die Konzerne nutzen die Kostenvorteile durch niedrige Löhne andernorts oder benutzen die Autobahnen als rollendes Lager für ihre «Just-in-time-Produktion». Der LKW-und Flugverkehr werden von der Allgemeinheit subventioniert. Dagegen müsste eine ernstgemeinte Transformationspolitik auf die Vermeidung von Transporten setzen, auf eine systematische Strukturpolitik, die Nähe fördert und weite Reisen, insbesondere Flüge, reduziert auf sinnvolle Arbeitsplätze und regionale Produktionen und Dienstleistungen, statt auf Weltmarktkonkurrenz und Wachstumswahn.

3 AUSBLICKE

Judith Dellheim

DEN ALLTAG VERÄNDERN

Dieser «Ausblick» beginnt mit einem «Draufblick» – mit einem Blick auf den individuellen wie kollektiven Alltag, der die BürgerInnen mit zahlreichen Problemen konfrontiert: Der Arbeitsplatz muss erreicht und verteidigt werden, der Leistungsbezug muss erwirkt werden. Die Kinderbetreuung und die Pflege müssen gesichert werden. Mit dem Vermieter muss verhandelt werden. Für die Kinder muss die geeignete Schule gefunden werden. Die richtige medizinische Behandlung muss aufgespürt werden. Steuer- und Versicherungsangelegenheiten sind zu klären, Strom- und Telefonanbieter sind zu prüfen und gegebenenfalls zu wechseln. Die BürgerInnen sollen für die Arbeit- und AuftraggeberInnen sowie für die Behörden ständig erreichbar sein. Unsere Arbeits- und Einkommensbedingungen sowie das Familienleben und Freizeitverhalten stecken voller Widersprüche und Herausforderungen. Unser Leben ist geprägt vom Leitbild des modernen Unternehmers beziehungsweise der flexiblen Unternehmerin, die sich und die Familie weitgehend alleine managt und sozial absichert. Den individuellen wie kollektiven Alltag prägen darüber hinaus eine Vielzahl von Waren und Prozessen, die vermeidbaren Stress verursachen, Natur zerstören, Ressourcen verschwenden: Da sind der Druck, ständig auf der Höhe der Zeit zu sein bei Mobiltelefon, Notebook, PC und Unterhaltungselektronik, der Zwang zum Neukauf bei reparablen Schäden, Mengen an Kaffee, Tee, Kakao, Südfrüchten und exotischen Gemüsen im Supermarkt ... Es sind Bedingungen und Folgen eines «Dazugehörens» zu einer Gesellschaft, die auf Kaufen, Konsumieren und ständig mobil sein orientiert ist. In unserer Gesellschaft können die Menschen jedoch nur bedingt ihren Lebensstil wählen, weil sie die Notwendigkeit nicht begreifen, es nicht gelernt haben und die hierfür erforderlichen Lernprozesse in der Gesellschaft nicht organisiert werden, weil ökologisch vernünftige Verhaltensweisen nicht wirksam honoriert und zerstörerisches Verhalten nicht entsprechend sanktioniert werden, weil die erforderlichen individuellen Wahlmöglichkeiten durch die gesellschaftlichen Produktions-, Verteilungs-, Zirkulations- und Konsumtionsstrukturen

sowie durch den gesellschaftlichen Alltag nicht gegeben sind und weil jene Akteure, die letztlich wirtschaftlich, wirtschafts- und gesellschaftspolitisch hegemonial sind, ihre Interessen so durchsetzen können, dass sie die Entwicklung dieser Strukturen bestimmen. Und weil jene, die solidarisch und ökologisch vernünftig leben wollen, zu schwach sind, um die Machtstrukturen in der Gesellschaft zu verändern.⁴⁷

Die «Wachstumsdebatte» sollte also von der sozialistischen Linken dazu genutzt werden, um gesellschaftspolitische Kräfteverhältnisse zu beeinflussen. Sie wäre mit einem elementaren Anspruch zu verbinden: Jede und jeder soll selbstbestimmt in Würde, in solidarischem Miteinander und in intakter Natur leben können. Zugleich wäre die Debatte als individuelle wie kollektive Analyse der Ursachen und Verursacher jener Zustände zu gestalten, die unentwegt solidarisches und ökologisch verantwortungsvolles Handeln behindern und verhindern. Sie wäre weiter mit der Suche nach gesellschaftlichen Alternativen und neuen Konzepten zu verbinden und sollte individuelle wie kollektive Spielräume für solidarisches und ökologisches Alltagshandeln eröffnen. Die «Wachstumsdebatte» wäre so auch und insbesondere in radikaler Auseinandersetzung mit zwei miteinander verbundenen Thesen zu führen:

1. Die Europäische Union ist auf intelligentes, sozial inklusives und ressourcensparendes Wachstum angewiesen, um globale Entwicklungen positiv beeinflussen zu können.
2. Die Sanierung der öffentlichen Finanzen hat die absolute Priorität. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass Armut, soziale Ausgrenzung und Umweltzerstörung wirksam bekämpft werden können.

Diese Thesen sollen die herrschende Politik legitimieren, die vor allem an globaler Konkurrenzfähigkeit und eigener «Sicherheit», nicht zuletzt eigener «Energie- und Ressourcensicherheit» interessiert ist. Diese Politik ist nicht widerspruchslös, wie die Wachstumsausrichtung bei gleichzeitiger Austeritätspolitik beweist. Ihre Umsetzung drückt zugleich auf Löhne, öffentliche Sozialausgaben und Investitionen, die jedoch Bedingungen für «nachhaltiges Wachstum» sind. Diese Politik zielt auf Destabilisierung von Konkurrenten und auf die Aneignung von Ressourcen und Eigentumsrechten (über Privatisierung, Finanzialisierung und Verhandlungen über geistige Eigentumsrechte). Sie wird insbesondere von den Interessen derer bestimmt, die an den Finanzmärkten führen und den Regierenden sagen: Anschlussfinanzierung gibt es nur, wenn ihr «Kreditfähigkeit» beweist und Verschuldung reduziert. Das kommt jenen zu pass, die Humankapital verbilligen, Engagement – auch militärisches – für die «Energie- und Ressourcensicherheit» erhöhen und neue Kapitalakkumulationsfel-

47 Vgl. Brangsch, Lutz u. a. (2012): Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Manuskripte 99, Berlin, 87 ff.; Judith Dellheim (2012): Auf der Suche nach Handlungsmöglichkeiten. In: Brie, Michael; Candeias, Mario (Hrsg.): Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur ersten Transformationskonferenz, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin, 83 ff.

der erschließen wollen. Das sind zusammen mit den mächtigsten Finanzmarktakteuren jene, die die gesellschaftlichen Produktionsstrukturen prägen, die uns in unserem Alltag dazu nötigen, an der Ausbeutung Schwächerer zu partizipieren, Ressourcen zu verschwenden, Natur zu verschmutzen, zu übernutzen und zu zerstören. Die an den Finanzmärkten Bestimmenden, die sich ihnen beugenden Regierenden oder an die Regierung Strebenden, die Führenden im Energie-, Transport-, Agro- und Sicherheits-Business sind mehr oder weniger stark miteinander vernetzt. Es handelt sich hierbei um Netzwerke von mächtigen Kapitaleigentümern, Managern, Eliten in Politik, Wissenschaft, Kultur und Medien. Diese Netzwerke werden in den Sozialwissenschaft häufig «Kapitaloligarchien» genannt.

Wachsende und immer stärker werdende soziale Kräfte, die alternative Entwicklungen bewirken könnten, sollten beziehungsweise müssen heute mit konkreten Projekten beginnen, die insbesondere Alltagsprobleme – wie Wohnen, Ernährung, Mobilität, Partizipation, Bildung und Gesundheit – mildern und lösen. Derartige Kräfte werden aber nur dann «nachhaltig wachsen», wenn sie ihr konkretes Projekt lokal oder regional verankern und mit anderen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen verbinden. Dabei zeigen sich insbesondere drei miteinander verbundene beziehungsweise miteinander verbindbare politische Handlungsfelder: erstens das Ringen um demokratische, soziale (insbesondere armutsfeste soziale Mindestsicherungen) und ökologische Standards; zweitens der Kampf um den Erhalt und die Demokratisierung des Öffentlichen, insbesondere der öffentlichen Finanzen und drittens eine aktive Lokal- und Regionalentwicklung. Für alle drei Handlungsfelder und als Bindeglied zwischen ihnen sind partizipative Prozesse wesentlich, denn hier finden individuelle und kollektive Lernprozesse statt. Über sie können emanzipativ-solidarische Bewegungen wachsen. Insbesondere lateinamerikanische Erfahrungen beweisen dies. Das alles wirbt unter anderem für die aktive Unterstützung einer Initiative aus Griechenland: Nach dem Vorbild der Versammlung der Völker zum Klimawandel in Cochabamba vom April 2010 soll 2014 in Athen auf einem europäischen Forum zur Lebensqualität und in diesem Kontext zur sozialökologischen Frage diskutiert werden.⁴⁸ Es ist entscheidend, dass man sich an dieser Diskussion beteiligt; dass man Kämpfe gegen die Privatisierung des Öffentlichen, gegen Megaprojekte, vor allem in den besonders ressourcenintensiven und umweltzerstörenden Bereichen, gegen die Absenkung demokratischer, sozialer und ökologischer Rechte beziehungsweise Standards – und damit gegen Finanzialisierung, gegen hegemoniale Freihandels- und Investitionsschutzabkommen und geistige Eigentumsrechte – führt. Zugleich geht es darum, die Arbeit an gesellschaftlichen Alternativen fortzusetzen, die eigenen Erfahrungen zu reflektierten, diese in einen europäischen und globalen Austausch einzubringen und sich in solidarischer Zusammenarbeit zu üben.

48 Vgl. hierzu www.enallaktiki-drasi.gr.

Sabine Leidig

WOHLSTAND ANDERS! UND DIE LINKE?

Für die Partei DIE LINKE und die Linke insgesamt stehen in Bezug auf Fragen von Wohlstand und Lebensqualität verschiedene Schwierigkeiten und Möglichkeiten nebeneinander. Die erste Herausforderung besteht darin, eine Selbstverständigungsdebatte anzustoßen, die den linken Pluralismus auf neue Füße stellt.

Man darf die Ökologie nicht den GRÜNEN überlassen, sondern sie gehört zur linken Systemkritik. Sozialökologische Transformation ist ein linkes Projekt, das sich von platter Ökonomisierung (Inwertsetzung) der Natur und vermeintlich systemneutraler Green-Growth-Ökologisierung fundamental unterscheiden muss. Der Umgang der Menschen mit der Natur ist im eigentlichen Sinne eine soziale Angelegenheit; also abhängig von der gesellschaftlichen Arbeits- und Produktionsweise, von Kultur und Politik, von Interessen sowie Eigentums- und Kräfteverhältnissen. Nicht technologische Innovation muss in den Fokus rücken, sondern soziale Erneuerung. Soll die Frage, wie wir leben und arbeiten wollen, nicht rhetorisch bleiben, muss sie mit wirklichem Einfluss verbunden sein. Eine deutlich gerechtere Verteilung von Vermögen, Einkommen und Arbeitszeiten ist ebenso zwingende Voraussetzung eines nachhaltigen Wirtschaftsmodells wie globale (Umwelt-)Gerechtigkeit und die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Aus der Arbeit (in) der Enquete-Kommission gibt es einige Impulse, die für die Linke wegweisend sind: Wir müssen uns von Wirtschaftswachstum als Ziel gesellschaftlicher Entwicklung verabschieden (einige sagen sogar, es sei auch kein Mittel mehr dafür). Hinzu kommt die Erkenntnis, dass Effizienzsteigerungen – zumindest unter kapitalistischen Bedingungen – nicht zur absoluten Reduktion von Naturverbrauch führen. Und schließlich müssen wir die Bedeutung der Suffizienz als sozialkulturelle, politische und ökonomische Kategorie anerkennen, die darauf zielt, selbstbestimmte Mäßigung durchzusetzen: nicht zu wenig und nicht zu viel – genug für alle.

So angestoßen wächst die Herausforderung für die Linke, solidarische Lebensweisen zu thematisieren, die nicht auf Kosten des globalen Südens, nicht auf Kosten der Natur und der nachfolgenden Generationen gehen. Dazu gehört die «De-Globalisierung» im Sinne einer Regionalisierung und Lokalisierung von Produktion und einer Zurückdrängung der Weltmarktzwänge wie Konkurrenz und Wettbewerbsfähigkeit um jeden Preis. Dazu gehören auch Ernährung, die Souveränität darüber und der ganze Kampf gegen Freihandel. Dazu gehören die Orientierung auf Gemeingüter und die «Entmarktlichung», der Verzicht auf zerstörerische Technologien oder solche ohne Gebrauchswert sowie die zentrale Bedeutung der Care-Ökonomie. Die solidarische, demokratische und nachhaltige Reproduktion der Gesellschaft und der Individuen muss im Mittelpunkt stehen.

Für diese Themen gibt es in der Partei Die LINKE gute Ansätze, einige ProtagonistInnen und einen gut ausgearbeiteten «Plan B». Aber insgesamt, da sollten wir uns nichts vormachen, haben diese Themen nach wie vor noch wenig Aufmerksamkeit. Die Überwindung der imperialen Lebensweise müsste Ausgangspunkt linker, emanzipatorischer Programmatik werden. Die Ausbeutungsverhältnisse gegenüber der Natur zu beenden, sollte selbstverständlich ebenso zur linken Utopie gehören wie das Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen weltweit. Einer solchen Perspektive stehen in der Partei Hemmnisse und Probleme im Weg, es fehlt vielfach der Mut, sich damit vorwärtsweisend auseinanderzusetzen. Einige dieser Probleme seien hier angesprochen: Die vorherrschende Orientierung auf Kaufkraft und den (Arbeits-)Markt beziehungsweise die Erwerbsarbeit, die in Forderungen nach höherer Massenkaukraft, in Formulierungen wie «die Beschäftigten brauchen mehr Geld, um die Wirtschaft anzukurbeln» oder Forderungen nach öffentlichen Investitionsprogrammen zum Ausdruck kommt, bleibt meist unhinterfragt. Und das, obwohl die ganze Verteilungsmisere auch Ergebnis dieser impliziten Ausrichtung auf Wirtschaftswachstum und Kapitalakkumulation ist. Emanzipatorische Wachstumskritik, die eben ein anderes Gesellschaftsmodell entwirft und nicht moralisierend Verzicht predigt, ist längst nicht selbstverständlicher Bestandteil linker Gesellschaftskritik. Auch linke Konsumkritik reduziert sich meist auf Verbraucherpolitik, ohne das Ganze der Vermarktung und Entfremdung in den Blick zu nehmen.

Die Partei DIE LINKE versteht sich nicht als Ort für die Erprobung von Alternativen und für die Politisierung der Lebensweise. So ist beispielsweise die Verpflegung bei Parteitag in der Regel – gemessen an sozialökologischen Kriterien – eine einzige Katastrophe. Auch die große Chance, dass in gesellschaftlicher Selbstbestimmung über die Gegenstände der Arbeit als Ganzes zu sprechen wäre, bleibt weitgehend ungenutzt. Mit «guter Arbeit» sind in der Regel die Arbeitsbedingungen gemeint – also das wie. Das was ins Spiel zu bringen, würde thematisieren, was konkret produziert wird, es würde neue Dimensionen der bewussten Planung und der Demokratisierung beinhalten. In diesem Zusammenhang steht die große und kaum diskutierte Frage nach den Akteuren der Transformation und daran anschließend nach der Rolle, die

die Partei DIE LINKE beim Formieren beziehungsweise bei der Stärkung solcher Akteure spielen könnte. Dazu gehört auch das Problem des linken Parlamentarismus, der sich zu sehr auf den Staat und die Staatsraison bezieht.

Eine offensive Auseinandersetzung mit der Art und Weise, wie sich die Gesellschaft nicht nur der Wirtschaft, sondern auch des Staates ermächtigen kann und wie dazu Parlamentsfraktionen der LINKEN – in Regierung oder Opposition – explizit dazu beitragen können, steht noch aus. Es ist eben nicht nur das Gegenüber von Markt und Staat problematisch, sondern wir erleben heute die Tendenz, dass sowohl Markt wie auch Staat autoritärer werden. Dann kann die linke Antwort nicht lauten «mehr Staat», sondern sie muss (auch) lauten: mehr Demokratie. Allerdings ist derzeit keine andere Parteiformation in Sicht, die bessere Voraussetzungen hätte, den Kampf um emanzipatorische Postwachstumsperspektiven beziehungsweise eine sozial-ökologische Transformation zu unterstützen. Die potenziellen Stärken der LINKEN liegen auf der Hand:

Der Blick auf die sozialen Macht- und Kräfteverhältnisse öffnet nicht nur der Kritik der politischen Ökonomie, sondern auch der politischen *Ökologie* den Raum.

Dabei wird die Steuerung, Kontrolle und Einhegung der Märkte als Voraussetzung für sozialökologischen Umbau betrachtet. Kooperation statt Wettbewerb ist so zentral wie die angesprochene Demokratisierung. Auch gesellschaftliche Planung oder nichtkapitalistisches Wirtschaften entsprechen linker Utopie. Das unterscheidet uns im Kern von anderen politischen Akteuren, und hier haben wir in den Debatten um Wohlstand und Lebensqualität viel zu sagen, viel zu gewinnen – und viel zu tun.

Michael Brie

VOM WACHSTUMS- ZUM TRANSFORMATIONSDISKURS

Erbittert wird in der Linken und ihren verschiedenen Fraktionen, Gruppen, Bewegungen und Initiativen pro oder contra Wachstum gestritten. So sehr Einigkeit besteht, dass es zumindest ein «anderes» Wachstum sein müsse, so sehr spaltet doch das Thema selbst. Die VertreterInnen der Interessen der Beschäftigten sehen bei einer Arbeitslosigkeit, die in Griechenland und Spanien sich den 30 Prozent nähert, vor allem die Notwendigkeit, den Sparkurs zu beenden und durch öffentliche und private Nachfrage das Wachstums anzukurbeln. Sie fragen danach, wie sonst die Sozialsysteme von Gesundheit bis Rente finanziert werden können. Viele ökologische und emanzipatorisch ausgerichtete Bewegungen dagegen sind skeptisch oder lehnen ab, diese Probleme durch einen Wachstumskurs zu lösen. Sie warnen vor einer weiteren Verschärfung von Umweltproblemen, Ressourcenknappheit und Ressourcenkriegen, vor der Unterwerfung unter das Diktat immer härterer Arbeitsmärkte im globalen Wettbewerbsdruck.

Die Fixierung auf die Frage nach einem (anderen) Wachstum beziehungsweise die Ablehnung jedes Wachstums überhaupt erzeugt einen falschen Gegensatz, bei dem jede soziale, ökologische und emanzipatorische Linke nur verlieren kann. Der Grund ist einfach: Dieser Diskurs stellt die falsche Frage in den Mittelpunkt und strukturiert das Feld des Diskurses so, dass sich die linken Kräfte in ihrer Pluralität antagonistisch polarisieren. Damit unterwerfen sie sich zugleich den Zwängen des Mainstreams. Gegenhegemonie sieht anders aus.

Die These vom (anderen) Wachstum übernimmt zumindest letztlich die Imperative der Kapitalverwertungswirtschaften und will sie sozial ausrichten. Damit verweist sie zurück in die für die kapitalistischen Zentren «goldene» Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als höhere Profite und Ausbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaates bei geringen Rohstoffkosten und noch wenig sichtbaren und vor allem lokalen negativen Umweltauswirkungen Hand in Hand gehen konnten, wozu eine starke Arbeiterbewegung

und die Systemkonkurrenz beitrugen. Die These vom Ausstieg aus dem Wachstum erscheint den von Arbeitslosigkeit und sinkenden Renten Bedrohten blind für ihre konkreten Nöte; sie suggeriert, dass das Gegenteil von Wachstum schon gut sei. Es werden Ängste vor sozialem Abstieg geschürt. Die wichtigsten sozialen Milieus eines möglichen solidarischen Mitte-Unten-Bündnisses – die bedrohten ArbeitnehmerInnen und die Höherqualifizierten in sozialen, kulturellen und humanen Dienstleistungen – werden gegeneinander gestellt.

Was vom Standpunkt der Kapitaloligarchien, globaler Großkonzerne und der Kontrolleure der Finanzmärkte selbstverständlich ist – die Forderung nach Wachstum! Wachstum! Wachstum! –, ist es weder vom Standpunkt der durch eine rüde Wettbewerbsorientierung und Austeritätspolitik bedrohten Lohnabhängigen, noch vom Standpunkt jener Mittelschichten, denen Umwelt und ein anderes Leben besonders wichtig ist (immer vorausgesetzt, die Finanzierung dafür ist gesichert). Die einen waren immer weniger an den prekären Gewinnen einer Wachstumsorientierung beteiligt, wie die Lohnentwicklung in Deutschland zeigt, die anderen sehen vor allem die zerstörerische Wirkung einer solchen Verbindung von Finanzmarktkapitalismus und Wachstumsfixierung.

Als zentrale Einsicht der aktuellen (Post-)Wachstums- und Transformationsdebatten scheint mir: Der Kampf um Gegenhegemonie kann nicht auf den Diskursfeldern des herrschenden Zeitgeists gewonnen werden, sondern nur durch die Verschiebung der Felder der Auseinandersetzung, weg von den falschen Gegensätzen und hin zu den richtigen Widersprüchen. Vom Standpunkt einer gleichermaßen solidarischen und emanzipatorischen Linken sind weder Wachstum noch Schrumpfen das Ziel. Beides kann nur ein Mittel sein. Die Linke muss vor allem über die Ziele sprechen und von dort aus differenziert die Mittel erörtern. Und dann wird sich zeigen, dass eine solidarische Teilhabegesellschaft, ein grüner Sozialismus, eine Gesellschaft der Nachhaltigkeit und des ressourcenschonenden guten Lebens nur dann erreicht werden kann, wenn gigantische Investitionen getätigt werden – in den Übergang zur ausschließlich regenerativ und weitgehend dezentralen Energiegewinnung, in ein von CO₂-Emissionen freies Verkehrssystem oder in die radikale energetische Sanierung der Gebäude (Verwandlung in Nettoerzeuger von Energie). Es geht um eine Wirtschaft, in deren Mittelpunkt humane, soziale und kulturelle Dienstleistungen stehen, das heißt eine Ökonomie der Reproduktion und des menschlichen Reichtums, des Sorgens, Teilens und der Teilhabe. Daran wird sich das Schicksal der menschlichen Zivilisation im 21. Jahrhundert entscheiden. Und es wird sich zeigen, dass dies ein Projekt der strukturellen Konversion, des Rückbaus und auch der völligen Beendigung von großen Produktionslinien bedeutet. Dabei sollten wir nicht vergessen: Die Chancen und Bedrohungen sind für uns, die 99 Prozent, sehr ungleich verteilt. Damit steht die Frage von gerechten Übergängen im Zentrum, die nur möglich sind, wenn sie zugleich als Projekte einer tief greifenden Umverteilung von Reichtum, Eigentum, aber auch Arbeit und Zeit realisiert werden.

Die Linke sollte so schnell als möglich das Feld des Wachstumsdiskurses verlassen, wo sie nicht einmal einen Blumentopf gewinnen kann und wo sie sich auf eine Konfrontation zwischen Strukturkonservatismus und Flucht vor den realen Widersprüchen einzulassen droht. Sie sollte den herrschenden Wachstumsdiskurs durch einen offensiven Umgestaltungsdiskurs herausfordern, der die Perspektiven von Umverteilung, sozialökologischer Transformation, Demokratisierung und Solidarität organisch verknüpft. Ansatzpunkte gibt es dafür genug. Sie aufzuarbeiten, in Beziehung zu setzen, in konkrete Einstiegsprojekt zu überführen, zu realen Experimenten zu ermutigen und sie zu fördern, dies könnten Optionen einer Mosaik-Linken sein, die sich zur Transformations-Linken formiert.

Steffen Kühne

WACHSTUMSKRITIK - MODETHEMA ODER DENKEINSTIEG FÜR DAS GANZ ANDERE?

Welchem Teil des Dilemmageflechts werden Interessierte in 50 Jahren rückblickend wohl die Hauptschuld zuweisen, dass trotz des oft postulierten «5 nach 12» noch immer Behäbigkeit, Ignoranz und vermeintliche Sachzwänge ein ums andere Mal dafür sorgen, dass das selbstzerstörerische Produktions- und Konsumtionsmodell täglich fortgeschrieben wird? Die Linken unter ihnen werden wohl analysieren, dass die Herrschenden und ihre Ideen zu fest im Sattel saßen und etablierte linke Kräfte zu sehr eingebunden waren, um andere Interessen durchzusetzen. Sie werden dem Zeitgeist attestieren, insgesamt eben zu sehr Kind seiner Zeit gewesen zu sein, um über sich selbst hinauszudenken. Kurzum, niemand war so recht willens oder in der Lage, derart grundsätzlich umzusteuern, wie es ein nüchterner Blick auf die bekannten Fakten eigentlich nahegelegt hätte. Über die sozialen Bewegungen wird es vermutlich heißen, sie waren nicht stark genug und zu selbstbezogen, um politisch wirkungsvoll zu sein. Oder sie nahmen die Lage zu weiten Teilen selbst nicht ernst genug. Wahrscheinlich wird dieses Urteil zumindest teilweise stimmen.

Postwachstum in Bewegung?

Die Arbeit der Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» wurde von AkteurInnen verschiedener sozialer Bewegungen begleitet und durch sie an vielen Stellen qualifiziert. Grund für die Beteiligung war dabei sicher weniger die Wahrnehmung parlamentarischer Gremien als maßgeblichem Hebel gesellschaftlichen Wandels, sondern eher die Hoffnung, dass die Kommission ihren Gegenstand durch mediale Präsenz einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen würde. Das Öffnen eines solchen Fensters für grundsätzlichere Kritiken ist in gewissem Rahmen gelungen. Die Bewertung der Ergebnisse fällt bei den außerparlamentarisch Beteiligten dennoch durchwachsen aus: Zwar wurden viele Diskussionen als durchaus fruchtbar wahrgenommen, wird dem Prozess streckenweise auch das Vorhandensein

analytischer Schärfe und echten Interesses bescheinigt. Dennoch fehlten aus Sicht vieler «zivilgesellschaftlicher» BeobachterInnen die Impulse für die sich aus der Arbeit ergebenden politischen Konsequenzen.

In vielen anderen Ländern sind die Diskussionen um einen Umbau hin zu einer Gesellschaft jenseits des Wachstums bekanntlich älter und werden breiter geführt. Das Spektrum, das inzwischen auch für den bundesdeutschen Raum als wachstumskritische Bewegung(en) zusammengefasst wird, konnte einiges aufholen und dürfte mit dem Degrowth-Kongress Anfang September 2014 in Leipzig weiter an Bedeutung gewinnen. Die Ablehnung oder zumindest Kritik am Wirtschaftswachstum als oberster politischer Priorität, mit der sich beinahe jedes Problem bewältigen lässt und dem sich deshalb beinahe alle anderen Belange unterzuordnen haben, hat in fast allen weltanschaulichen Grundrichtungen und ihren jeweiligen Institutionen zugekommen. Ähnlich der wachsenden Bereitschaft in Gewerkschaften, linken Gruppen und Parteien, sich über den traditionellen Positionierungsrahmen hinaus verstärkt Themen wie Umweltschutz, Ernährung, alternativen Energiesystemen oder dem Klimawandel und seinen Folgen zuzuwenden, haben in vielen umweltpolitischen Zusammenhängen, Nichtregierungsorganisationen und Zeitschriften gesellschaftliche Fragen an Bedeutung gewonnen. An vielen Stellen entstanden so Anknüpfungspunkte und neue Zugänge. Freilich ist das Spektrum weit davon entfernt, dem Bild einer AkteurInnengruppe mit einigermaßen ähnlichen Zugängen, Vorstellungen und Strategien zu entsprechen.

Linkes Zaudern

Die Vielzahl linker Themen, von denen sich Bezüge zu den Diskussionen um Wachstum und Postwachstum herstellen lassen, sollte die Auseinandersetzung eigentlich überaus reizvoll erscheinen lassen. Dem wird entgegnet, die Linke hätte gerade wegen der Schwammigkeit und Unbestimmtheiten bei diesem Thema strategisch wenig zu gewinnen – schließlich gehe es angesichts der misslichen Gesamtsituation gerade darum, sich nicht weiter in Aufsplitterung und identitärer Abgrenzung zu ergehen, sondern endlich die vorhandenen Gemeinsamkeiten zu betonen. Es mag stimmen, dass die vielen offenen Fragen, der Mangel an konkreten Ergebnissen und erzielten Konsensen die Wachstumsdiskussion unter diesem Blickwinkel nicht als idealen Katalysator dafür erscheinen lassen, das Einende wieder zum Ausgangspunkt linker Bezüge zu machen. Auch stellt der Kontext der Krise für linke Politik und ihre zentrale Forderung nach gesellschaftlicher Umverteilung keinen einfachen Zeitpunkt dar, sich kritisch mit den eigenen Vorstellungen von Wohlstand, Fortschritt und Entwicklung auseinanderzusetzen. Der Ausbau an Teilhabe für die weitgehend Ausgeschlossenen wurde bislang schließlich zumeist unter den Vorzeichen eines insgesamt beständig wachsenden Kuchens durchgesetzt. Welche Perspektive bleibt den Auseinandersetzungen um die Krümel und Brocken, wenn es dieses Mehr nicht mehr geben soll?

Bei all dem ist jedoch nicht zu übersehen, dass die Auseinandersetzung mit dem Wachstumsthema derzeit für viele Menschen einen Ausgangspunkt von Politisierung und politischer Aktivierung darstellt. Insofern sollten auch jene Linke, die der kritischen Wachstumsdiskussion bislang wenig Begeisterung entgegenbringen, sich angesichts des eigenen Unvermögens zu gezielter Diskurssetzung einmal klarmachen, dass das Postwachstum für viele interessierte und engagierte Menschen schlichtweg bereits ein Thema *ist*. Neben dem inhaltlichen Gebot einer fundierten Kritik kapitalistischer Wachstumszwänge und der dringenden Notwendigkeit von Alternativen ist diese gesellschaftliche Relevanz ein zusätzliches Argument dafür, sich engagierter als bisher in die Diskussion einzubringen. Andernfalls stehen Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien als positions- und konzeptlos, vielleicht auch irgendwann belanglos, am Rande.

Die Besetzung dieses Debattenfeldes von links ist für die Entwicklung und Weiterentwicklung einer sozial-ökologischen Gegenerzählung unerlässlich. Neben anderen starken Argumenten für eine umfassende gesellschaftliche Transformation muss sie die Endlichkeit der Ressourcen und die selbstzerstörerischen Folgen jeder wachstumsbasierten Ökonomie als unauflösbaren Pferdefuß von Utopien benennen, die in einem grün gewendeten Kapitalismus ein umfassendes Lösungsmodell gefunden zu haben meinen.

Es ist nicht zu leugnen: Die Diskussionen um eine Gesellschaft jenseits des Wachstums leidet an Unbestimmtheit. Sie franst aus und bietet verschiedensten Positionen einen Vorwand, auf dem eigenen Steckenpferd durch die Versammlung zu reiten – von der nichtkommerziellen Landwirtschaft bis zum kostenlosen Personennahverkehr, von der Arbeitszeitverkürzung bis zum bedingungslosen Grundeinkommen, von Freigeld bis Permakultur. Zuweilen ist nicht ganz klar, ob über dasselbe gesprochen wird. Wer intervenieren möchte, muss damit umgehen: Wachstumskritik wird auf absehbare Zeit weder ein geklärtes noch ein wirklich zu klärendes Begriffsfeld sein.

Was soll nun also passieren?

Die Frage nach dem ganz großen Wurf, dem Rezept für einen machtvollen gegenhegemonialen Paukenschlag erscheint nicht als hilfreichster Zugang. Das oft genannte Umdenken, dem andere Praxen folgen, die in ihrer Breite dann zu Verschiebungen im großen Maßstab führen, wird sich wohl einmal mehr prozesshaft und über schmerzhaft lange Zeiträume vollziehen müssen. Durch einzelne «spektakuläre» Ereignisse mag es immer wieder auch Entwicklungssprünge geben: maßgeblich für die Veränderung werden jedoch vielmehr die Anstrengungen der kontinuierlichen Alltagsarbeit vieler AktivistInnen und politischer MultiplikatorInnen sein. Kein wirklich neues Rezept. Soziale Bewegungen müssen den nötigen Raum für Transformationsprojekte und -praxen von der Politik einfordern, ihn notfalls auch gegen Widerstände erkämpfen, und dann beharrlich ausbauen. Denn was den herrschenden Verhältnissen langfristig wohl am meisten zu schaffen macht, ist die Entwicklung und Popularisierung

lebbarer Alternativen, die für große Teile der Weltbevölkerung nachahmenswert und umsetzbar erscheinen. Alternativen, die keine kleinen Insellösungen bleiben und sich nicht umgehend integrieren lassen in das, was grundsätzlich geändert werden muss.

Viel Kluges ist gesagt und geschrieben worden in den letzten Jahren, zahlreiche Initiativen und Kampagnen sind entstanden und freuen sich über tatkräftige Unterstützung. Sei es beim Ringen um eine demokratische Ausrichtung der Energiewende, bei der Aufklärung über Ressourcengewinnung, Verschwendung und geplante Obsoleszenz (die gezielte Verkürzung der Lebensdauer industrieller Produkte), in den Netzwerken für einen grundsätzlichen Umbau der Landwirtschaft oder in Debatten darüber, wie das Umdenken individuelle Lebensweisen betreffend mit gesellschaftlichen Rahmbedingungen zusammengedacht werden kann. Wir müssen den Kreis der bisher Diskutierenden verbreitern – vor allem um Bevölkerungsgruppen ohne Zugang zu den bislang meist viel zu akademischen Kontexten der bisherigen Meinungsfindung und um all jene, die von den Folgen eines Weiter-So am massivsten betroffen wären. Sind wir hierbei erfolgreich, muss uns um das historische Urteil in einer Zukunft, die an den besorgniserregenden Szenarien unserer Tage dann hoffentlich vorbeigeschrammt sein wird, nicht mehr ganz so bange sein.

Katharina Pühl, Jan-Philipp Vatthauer

KONFERENZBERICHT

**«WOHLSTAND – WIE ANDERS? LINKE PERSPEKTIVEN
NACH DER ENQUETE-KOMMISSION «WACHSTUM,
WOHLSTAND, LEBENSQUALITÄT»», 10. APRIL 2013, BERLIN**

Die eintägige Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung bot Raum für die Auseinandersetzung mit verschiedenen linken Politikansätzen und kritischen Gesellschaftsentwürfen, die in die Arbeit der Enquete-Kommission nicht angemessen einbezogen worden sind und zeichnete ein Bild des kritischen Debattenstandes – vor allem rund um die Begriffe Wachstum und Wohlstand. Neben Mitgliedern der Enquete-Kommission (externe Sachverständige und Mitglieder der Fraktion der LINKEN im Bundestag) beteiligten sich rund 100 KonferenzbesucherInnen aus einem breiten Spektrum von NGOs, sozialen Bewegungen und kritischer Öffentlichkeit (z. B. Enquete-Watch Leipzig) an der Diskussion. Dabei ging es zentral auch darum, kritische Diskurse aus sozialökologischer und feministischer Perspektive mit einem Bezug zu den Themen und Fragestellungen der Enquete-Kommission zusammenzuführen.

Einhellig kritisierten die Teilnehmenden die in der Kommission dominante Sichtweise der dort vertretenen Regierungskoalition, die den Wachstumsbegriff nicht umfassend hinterfragen wollte: Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität waren daher kaum trennscharf zu analysieren. Gleichzeitig reflektierten die PolitikerInnen der LINKEN rückblickend auf die eigene Arbeit, dass das anfängliche Bemühen um einen Konsens bei der Einschätzung des Wachstumsparadigmas zu viel Zeit beansprucht habe. Erst relativ spät waren die Abgeordneten dazu übergegangen, sich auf eine Verständigung mit den VertreterInnen der anderen Oppositionsparteien in der Kommission und mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zu konzentrieren. Hätte dieser Crossover-Prozess früher eingesetzt, so die Einschätzung, hätte man kritische linke Positionen abgestimmt in die Debatte der Kommission und in die kritischen außerparlamentarische Öffentlichkeiten einbringen können. So wurde die Chance verpasst, die Gesellschaft angemessen an der Auseinandersetzung um zukunftsrelevante Gestaltungsfragen teilhaben zu lassen. Dass dies insgesamt ein Desiderat der

Arbeit der Enquete-Kommission war, auch darüber herrschte weitgehend Einigkeit unter den auf der Konferenz vertretenen Gruppierungen und Strömungen.

Die Diskussionen während der Konferenz zeigten jedoch auch, vor welchen großen Herausforderungen die Linke bei der Entwicklung eines gemeinsamen alternativen Wachstums- und Wohlstandsverständnisses steht, da ja sowohl Fragen der gesellschaftlichen Verteilung von Ressourcen, Gütern und Geld als auch sozial-ökologische und feministische Kriterien hierbei berücksichtigt werden müssen. Nicht nur bräuchte es mehr Zeit und Raum für diese anspruchsvolle konzeptionelle, politische und strategische Auseinandersetzung, es gälte auch Ansätze, orientiert an den Bedürfnissen der Menschen zu entwickeln, die sich in «Wohlstandsindikatoren» überführen lassen. Dass feministische Theorie und Praxis für diese Aufgabe unerlässlich ist, scheint unbestritten. Selbst wenn bestimmte Forderungen nach Gleichstellung und ihre Umsetzung in Politik und Gesellschaft inzwischen Teil der kapitalistischen Modernisierung sind, bleibt das gesellschaftskritische Potenzial von feministischen Analysen groß, da sie in besonderer Weise dazu in der Lage sind, den Blick auf unterschätzte strukturelle Mechanismen gesellschaftlicher Arbeitsteilung und auf die Reproduktion gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse zu schärfen.

Als eines der Schlüsselprobleme erwies sich in den Diskussionen, dass Beispiele und Erfahrungen aus der Praxis, das heißt alternative Entwürfe und Modelle für ein gutes Leben, die oft in lokalen Kontexten entstehen, nur bedingt auf übergreifende institutionelle und gesellschaftliche Ebenen zu übertragen sind. Die Orientierung an dieser Frage könnte dem linken politischen Spektrum jedoch als Möglichkeit für eine Neuausrichtung dienen.

Dass diese Neuorientierung auch und vor allem innerhalb der Linken hart umkämpft sein wird, ist angesichts der vielen Fragen, die auch eine kritische Wachstums- und Wohlstandsdebatte aufwirft, abzusehen. Bedarf es einer gänzlichen Abkehr von Wachstum? Lässt sich das Problem durch Umverteilen und Effizienzsteigerung lösen? Welche Rolle spielt grünes Wachstum? Sollte man sich ganz aus der Wachstumsdebatte herausziehen? In diesem Prozess der Neuorientierung ginge es für die Partei DIE LINKE hauptsächlich um eine bessere Vermittlung der eigenen Positionen, die bisher oft eher durch «Anecken» und einer Abgrenzung zu Vorstellungen anderer klar wird. Die meisten KonferenzteilnehmerInnen teilten die Einschätzung, dass jede Suche nach praktischen, konzeptionellen, politischen und gesellschaftlichen Alternativen eben auch Herrschafts- und Systemkritik ist. Es bedarf mehr als kleiner Korrekturen.

VERZEICHNIS DER AUTORINNEN

Prof. Dr. Ulrich Brand

lehrt Internationale Politik an der Universität Wien, sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission, Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied des Kuratoriums des Instituts Solidarische Moderne

Prof. Dr. Michael Brie

Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied des Kuratoriums des Instituts Solidarische Moderne

Dr. Judith Dellheim

Referentin für Solidarische Ökonomie am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Dr. Kristina Dietz

wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lateinamerika Institut der FU Berlin, Mitglied im Arbeitsschwerpunkt «gesellschaftliche Naturverhältnisse» (GesNat) der BUKO, Mitglied des Arbeitskreises Lateinamerika der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Jana Flemming

Referentin der Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» für die Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Mitglied im Arbeitsschwerpunkt «Gesellschaftliche Naturverhältnisse» der BUKO

Daniela Gottschlich

Politikwissenschaftlerin, Leuphana Universität Lüneburg, Leiterin der Forschungsnachwuchsgruppe «PoNa – Politiken der Naturgestaltung», Mitglied in der AG Frauen im Forum Umwelt & Entwicklung

Jutta Kill

Politikberaterin und Aktivistin

Steffen Kühne

Referent für Nachhaltigkeit und sozial-ökologischen Umbau, Rosa-Luxemburg-Stiftung

Kai Kuhnhenh

www.enquetewatch.de

Christopher Laumanns

www.enquetewatch.de

Sabine Leidig

MdB DIE LINKE, Mitglied der Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität», Mitglied des Vorstandes des Instituts Solidarische Moderne

Ulla Lötzer

MdB DIE LINKE und Obfrau in der Enquete Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität», Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac

Michael Popp

Mitarbeiter von MdB Ulla Lötzer, Vorstandsmitglied «Helle Panke» e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung

Katharina Pühl

Referentin für feministische Gesellschafts- und Kapitalismusanalyse am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

PD Dr. Norbert Reuter

Bereich Wirtschaftspolitik des ver.di-Bundesvorstands, Privatdozent für Volkswirtschaftslehre an der RWTH Aachen, sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität»

Dr. Hans Thie

Referent für Wirtschaftspolitik der Fraktion DIE LINKE im Bundestag,
Vorsitzender «Helle Panke» e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung

Stefan Thimmel

stellvertr. Leiter Bereich Politische Kommunikation, Rosa-Luxemburg-Stiftung

Jan-Philipp Vathauer

Student an der FU Berlin, Praktikant der Rosa-Luxemburg-Stiftung